SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Putins Militärpolitik

Adomeit, Hannes

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Adomeit, H. (2003). *Putins Militärpolitik.* (SWP-Studie, S 16). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-238764

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Studie
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Hannes Adomeit

Putins Militärpolitik

S 16
April 2003
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.
Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

Problemstellung und Schlußfolgerungen 5

Der »kritische Zustand« der russischen Streitkräfte 7
Wehrpflichtige in der Armee: Eine negative Auslese 8
Schwierigkeiten der Existenzsicherung 9
Ausbildung und Ausrüstung der Streitkräfte 10
Das Spektrum der Kriminalität 11
Strafverfolgung: Opfer und Täter 13
Die Rolle der russischen Truppen in Tschetschenien 15
Keine Alternative zur Militärreform 18

Reformbemühungen unter Putin 19
Personalstärken im Zwielicht 21
Aufbau einer Berufsarmee – eine »historische Entscheidung« 24
Der Pskow-Modellversuch und die künftige Streitkräftestruktur 26
Im Wettstreit konkurrierender Reformkonzepte 27
Eine Alternative zur alten Streitkräftestruktur? 29
Das Gesetz über den zivilen Ersatzdienst 31

Reformstau: Militärbürokratie und Politik 34
Kto winowat? – Wer ist schuld? 37
Die Rolle des Westens 39

Fazit 41

Abkürzungsverzeichnis 42

Putins Militärpolitik

Zu den innen- und außenpolitischen Herausforderungen, vor denen Präsident Putin steht, gehört auch die Militärpolitik: Die russischen Streitkräfte sind noch immer auf einen großangelegten konventionellen Krieg mit der NATO ausgerichtet. Ihr Charakter als Massenarmee mit über einer Million Soldaten hat sich nicht geändert. Die Einsatzpläne des Kalten Krieges liegen immer noch griffbereit in den Schubladen des Generalstabs, der weiterhin auf einem umfangreichen Reservistenanteil und der Fähigkeit zu umfassender Mobilisierung beharrt.

Organisationsstruktur, Ausbildung und Ausrüstung der Streitkräfte gehen an den wirklichen strategischen Erfordernissen vorbei. Gebraucht werden heute schnell einsatzfähige, mobile und flexible Kräfte. Über derartige Kräfte verfügt Rußland nicht. Der russischen Armee mangelt es auch an lasergesteuerten Präzisionswaffen, elektronischen Aufklärungs- und Führungssystemen sowie an Kommunikationseinrichtungen.

Insgesamt befinden sich die russischen Streitkräfte in einem kritischen Zustand. Dies betrifft die innere Verfassung, Moral und Ausbildung wie auch die Ausrüstung und Kampfbereitschaft. Die Streitkräfte und die »anderen Truppen« der insgesamt zwölf Ministerien und Ämter, die über bewaffnete Einheiten verfügen, sind von Kriminalität durchsetzt. Die unter Alkoholeinfluß und Einsatz von Waffen begangenen Straftaten nehmen zu. Gewalttätigkeit und Korruption sind an der Tagesordnung.

Der nicht enden wollende Konflikt in Tschetschenien beleuchtet einerseits den desolaten Zustand der Streitkräfte und Sondertruppen, verschärft andererseits aber auch die kritische Situation. Jegliche Kritik an dem menschenverachtenden Vorgehen der Einsatzkräfte wird unterdrückt, massive Gewaltanwendung gegen Zivilisten legitimiert, Dienstvergehen werden verharmlost oder geleugnet.

Die Zustände in den Streitkräften und Sondertruppen wie auch die Auswirkungen des Krieges in Tschetschenien haben die Krise der Wehrpflicht in Rußland vertieft: Wehrpflichtige und ihre Familien sehen der halbjährlichen Einberufung mit Sorge und Angst entgegen. Die Wehrunwilligkeit steigt. Rund zwei Drittel der Wehrpflichtigen entziehen sich legal oder illegal dem Militärdienst. Die Fahnenflucht hat

groteske Ausmaße angenommen. Negative demographische Trendlinien verringern den Anteil von Wehrpflichtigen, die gesellschaftlichen Entwicklungen deren Qualität.

Die Frage, wie Putin auf diese Herausforderungen reagiert, ist auch für die westliche und insbesondere die deutsche Öffentlichkeit von großem Interesse. Das ist schon deswegen der Fall, weil Parlament und Regierung in Berlin sich mit ähnlichen Problemen auseinandersetzen müssen: Verkleinerung von personalintensiven und unterfinanzierten Streitkräften, Beibehaltung oder Abschaffung der Wehrpflicht, eventuelle Verkürzung der Wehrdienstzeit, Waffenmodernisierung und Verringerung des militärtechnologischen Abstands zu den USA. Ein Austausch über derartige Probleme wäre im Interesse beider Seiten sinnvoll.

Wichtiger noch ist es, die genauere Kenntnis der Situation in den russischen Streitkräften und Putins Reformansätze in der Militärpolitik zu nutzen, um die gegenwärtige strategische Westorientierung Rußlands innenpolitisch besser zu verankern und mitzuhelfen, das russische Militär in eine noch im Aufbau befindliche Zivilgesellschaft zu integrieren, es in Demokratisierung und Marktwirtschaft einzubeziehen. Es gilt auch, Rußlands Fähigkeit zu verbessern, mit westlich geprägten – nationalen und internationalen – militärischen und sicherheitspolitischen Institutionen wie NATO und ESVP in gemeinsamen Operationen (humanitäre Interventionen, Terrorismusbekämpfung, Friedensmissionen) oder bei gemeinsamen militärischen Vorhaben (z.B. der Raketenabwehr) zusammenzuarbeiten.

Die Studie kommt allerdings zu dem Ergebnis, daß Putin diesem Interesse in seiner Militärpolitik bisher nicht entsprochen hat. Er spricht zwar von der Notwendigkeit einer »Demilitarisierung des gesellschaftlichen Lebens«, in der Praxis stehen aber auch bei seiner Militärreform, wie vorher bei Jelzin, organisatorische, technokratische und professionelle Aspekte im Vordergrund. Die angestrebten Veränderungen haben wenig mit Demokratisierung, dem Aufbau einer zivilen Gesellschaft und ziviler Kontrolle der Streitkräfte zu tun. Nach Putins Willen stehen die russischen Streitkräfte und Sondertruppen wieder nach den Klängen der sowjetischen Nationalhymne stramm, und bald soll auch wieder der rote Stern der Sowjetarmee auf ihren Uniformen prangen. Den Krieg in Tschetschenien läßt er von seinen Truppen nach dem Geiseldrama in Moskau mit neuer Härte führen. Aber auch an Putins eigenen Effizienzkriterien gemessen ist die Militärreform nicht vorangekommen. Das betrifft die Kernbereiche einer umfangreichen Reduzierung der Streitkräfte und Sondertruppen sowie der ihnen zugeordneten Zivilbeschäftigten, die Einführung einer Berufsarmee, den Aufbau von mobilen und flexiblen Einsatzkräften und die Ausstattung der Streitkräfte mit technologisch hochentwickelten Waffen.

Die Möglichkeiten westlicher Regierungen und Parlamente oder auch von Nichtregierungsorganisationen, Einfluß auf die russische Militärpolitik zu nehmen, sind zwar gering. Sie bestehen dennoch und sollten nicht ungenutzt bleiben. Dazu gehören Gespräche mit dem Präsidenten sowie mit anderen Politikern und hochrangigen Beamten aus Präsidialadministration und Regierung. In diesen Gesprächen sollte der westliche Standpunkt vertreten werden, daß eine umfassende Militärreform etwas anderes zum Ziel haben müßte als die russischen Bemühungen im letzten Jahrzehnt; daß Demokratie und Zivilgesellschaft ohne eine gesellschaftspolitisch orientierte Militärreform nicht vorstellbar sind; und daß sich eine so verstandene Militärreform und die von Putin und der Militärführung geforderte Erhöhung der Kampfbereitschaft der Streitkräfte nicht ausschließen, sondern einander gegenseitig bedingen.

Trotz aller Enttäuschungen über das Ausbleiben sichtbarer Bewußtseinsveränderungen im russischen Militär sollten auch die laufenden Austauschprogramme wie Kurse, Lehrgänge und Seminare mit Generalstabsoffizieren und Offizieren der mittleren Führungsebene nicht abgebrochen oder eingeschränkt, sondern beibehalten und womöglich unter verbesserten Rahmenbedingungen ausgeweitet werden.

Der »kritische Zustand« der russischen Streitkräfte

»Die russische Armee ist von Diebstahl und Plünderei durchsetzt«,[1] *... »ist zu einer Gefahr für die Zivilbevölkerung geworden.«*[2]

»Die Abgeordneten wollten wissen, was das Verteidigungsministerium konkret zu tun beabsichtige, um die Situation in den Streitkräften zu normalisieren. Dazu sagte Sergej Iwanow kein Wort.«[3]

Frühere Generale und Admirale blicken nostalgisch auf die Sowjetära zurück und sehen die russische Armee und Flotte heute in einem Zustand der »Desintegration«.[4] Auch die gegenwärtige Militärführung sieht die Dinge so. So meinte Generalstabschef Kwaschnin anläßlich einer Konferenz von Militärs und Militärwissenschaftlern Ende Mai 2002, die militärischen Formationen Rußlands befänden sich in einem »mehr als kritischen« Zustand. Falls nicht »außerordentliche Maßnahmen« ergriffen würden, könnte der »negative Zustand der Kampfbereitschaft der russischen Armee irreversibel werden«.[5]

Derartige Diagnosen sind in Anbetracht des Scheiterns der Reformbemühungen unter Jelzin nicht verwunderlich. Auch Putin hat lapidar festgestellt: »Die Pläne der Militärreform der letzten zehn Jahre sind nicht verwirklicht worden«.[6] Sein Generalstabschef differenziert zugunsten seines Chefs und spricht lediglich von acht Jahren »falscher« (unter Jelzin), aber zwei Jahren »richtiger« Militärreform (unter Putin).[7]

General Andrej Nikolajew, der Vorsitzende des Duma-Komitees für Verteidigungsfragen, ist an derartigen Differenzierungen nicht interessiert. Er meint: »Praktisch sind die Umgestaltungen, die sich mit der sogenannten Militärreform verbinden, zusammengebrochen. [...] Die Haupterrungenschaft der Umwandlung der Streitkräfte hat in der Verringerung der Möglichkeiten bestanden, die Verteidigung Rußlands zu gewährleisten«.[8] Andrej Kokoschin, der von März bis September 1998 in seiner Funktion als Sekretär des Sicherheitsrats eine zentrale Rolle bei der Ausarbeitung der Militärreform spielte, teilt diese Einschätzung: Die Schaffung einer neuen Armee, die sich an den Erfordernissen möglicher künftiger Kriege und militärischer Konflikte ausrichte, habe noch nicht einmal begonnen.[9]

1 Generalstabschef Kwaschnin am 30. Mai 2002 in einem Beitrag vor einer »wissenschaftlich-praktischen Konferenz«; Rossijskaja armija nachoditsja v kritičeskom sostojanii [Die russische Armee befindet sich in einem kritischen Zustand], in: Kommersant' (Integrum, online), 31.5.2002.
2 Vadim *Solov'ëv*, Nado bojat'sja čeloveka s ruž'ëm. Rossijskaja armija stala opasnoj dlja graždanskogo naselenija [Hütet Euch vor dem Menschen mit der Waffe! Die russische Armee ist zu einer Gefahr für die Zivilbevölkerung geworden], in: Nezavisimaja gazeta (Internetausgabe), 15.2.2002. Die Angaben betrafen den Monat Februar 2002.
3 Laut einem Bericht über eine nichtöffentliche Anhörung der Duma Mitte September 2002 zur militärischen Entwicklung Rußlands; Vadim *Solov'ëv*, Črezvyčajno zapuščennyj silovoj vopros. Legče sozdat' novuju armiju, čem reformirovat' suščestvujuščuju [Eine überaus vernachlässigte Armee: Es ist leichter, eine neue Armee aufzubauen, als die bestehende zu reformieren], in: Nezavisimaja gazeta (Internetausgabe), 12.9.2002.
4 Obraščenie generalov i admiralov Sovetskich Vooružënnych Sil i Rossijskoj armii k prezidentu Rossii, deputatam Gosudarstvennoj dumy, členam pravitel'stva i gubernatoram (prezidentam) regionov Rossijskoj Federacii [Brief von Generalen und Admiralen der Sowjetischen Streitkräfte und der russischen Armee an den Präsidenten, die Abgeordneten der Duma, die Mitglieder der Regierung und Gouverneure der Regionen], in: Sovetskaja Rossija (Internetausgabe), 10.11.2001.
5 Kwaschnin äußerte sich einen Tag vor einer Sitzung des nationalen Sicherheitsrats, der sich mit Fragen der militärischen Entwicklung bis zum Jahre 2010 befassen sollte. Der von Kwaschnin gebrauchte russische Begriff war »zakritičeskij«, hier übersetzt mit »mehr als kritisch«, hätte aber auch mit »überaus kritisch« wiedergegeben werden können. Rossijskaja armija [wie Fn. 1].
6 Strategija voennogo stroitel'stva – obščenacional'naja problema. Vystuplenie na otkrytii zasedanija Sovieta bezopasnosti RF [Die Strategie der militärischen Entwicklung ist ein gesamtnationales Problem. Rede zur Eröffnung der Sitzung des Sicherheitsrats der Russischen Föderation], in: Krasnaja zvezda (Internetausgabe), 16.8.2000.
7 Rossijskaja armija [wie Fn. 1].
8 Zitiert bei Igor' *Korotčenko* (Interviewer)/Andrej *Nikolaev* (Interviewter), Dumskij plan voennoj reformy [Der Plan der Duma für die Militärreform], in: Nezavisimoe voennoe obozrenie (online), 8.2.2002.
9 Russian Security Council Must Discuss Concept of Military Reform Says Official, in: Military News Agency (Moscow), 25.7.2000.

Bevor die Vorstellungen, Maßnahmen und Ursachen der »fehlgeleiteten« Reform erörtert sowie die Zukunftsaussichten der »richtigen« bewertet werden, soll eine Bestandsaufnahme der jetzigen Situation vorgenommen werden. Der »mehr als kritische« Zustand der Streitkräfte (und Sondertruppen) ist zu beleuchten. Da die umfangreichen Landstreitkräfte und die Truppen des Innenministeriums zumeist aus Wehrpflichtigen bestehen, ist zunächst zu fragen, wer denn überhaupt dient. Die Antwort auf diese Frage liefert einen der wichtigsten Gründe für die Misere der Armee: Die eingezogenen Wehrpflichtigen stellen eine negative Auslese der Gesellschaft dar.

Wehrpflichtige in der Armee: Eine negative Auslese

Offiziellen Angaben zufolge nutzen 88% der jungen Männer im Einberufungsalter von 18 bis 27 Jahren verschiedene Möglichkeiten der Befreiung oder Zurückstellung vom Wehrdienst; nimmt man jedoch die Anzahl der 18jährigen als Basis, sind es »nur« ca. 70%. Eine wichtige Frage ist, wie es zu diesem hohen Prozentsatz an Befreiungen und Zurückstellungen kommt. Der russische Generalstab hat hierzu folgende Angaben gemacht:

Tabelle 1
Gründe für Befreiung und Zurückstellung von Wehrpflichtigen
(Prozentangaben bezogen auf männliche russische Bürger im Alter zwischen 18 und 27 Jahren)

Studium oder Berufsausbildung	53
Wehruntauglichkeit aus gesundheitlichen Gründen	35
Familiäre Gründe	6
Vorbestrafte oder Bürger, gegen die ermittelt wird oder deren Verfahren noch nicht abgeschlossen sind	7

Quelle: Ob''javljaetsja pjatiletka perechoda [Ein Fünfjahreszeitraum für den Übergang wird angekündigt], in: Nezavisimaja gazeta, 28.1.2002, <http://www.ng.ru/printed/politics/2002-01-28/2_army.html>.

Diese Angaben des Generalstabs geben keinen Aufschluß darüber, ob die Zurückstellungs- oder Untauglichkeitsbescheide rechtmäßig oder unrechtmäßig erteilt worden sind. Aber auch dazu gibt es Informationen. Nach Schätzungen des Generalstabs entziehen sich ca. 60% (!) aller Wehrpflichtigen in Moskau und Sankt Petersburg dem Wehrdienst, indem sie sich Zurückstellungen oder Untauglichkeitszeugnisse erkaufen oder ihre Akten auf den Kreiswehrersatzämtern gegen Bezahlung verschwinden lassen. Nach anderen – unabhängigen – Schätzungen halten sich auf diese Weise in Rußland insgesamt bis zu 30% der Wehrpflichtigen vom Wehrdienst fern.[10]

»Gegen Bezahlung« heißt: Die Mehrzahl (bis zu 70%) der Klienten der Kreiswehrersatzämter in Moskau und Sankt Petersburg müssen für die begehrten Zurückstellungs- und Untauglichkeitszeugnisse oder das Verschwinden persönlicher Akten mehr als Tausend US-Dollar aufbringen. In der Provinz ist dieser »Service« teurer. Gängige Preise liegen im Bereich zwischen 2000 und 5000 US-Dollar.[11] Es genügt auch nicht unbedingt, ein einziges Mal zu zahlen. Um die Zurückstellung zu verlängern, wird man oft mehrere Male zur Kasse gebeten. Die Nachfrage auf dem Markt für die begehrten Zeugnisse ist infolgedessen enorm, die Gewinne sollen zwischen 600 und 800 Mio. US-Dollar pro Jahr betragen; das Geld fließt in die Taschen ziviler und militärischer Mitglieder der Einberufungskommissionen.[12]

Derartige Praktiken führen zu der Eingangsfrage zurück, wie es denn um diejenigen jungen Männer bestellt ist, die tatsächlich dienen. Die Antwort lautet: Es handelt sich im wesentlichen um junge Männer, die erstens aus Provinzstädten und ländlichen Gebieten kommen, zweitens kein Geld haben, um sich freizukaufen, und drittens über keine hinreichende Bildung oder Ausbildung verfügen beziehungsweise viertens keinen Beruf haben.[13] Es ist auch keineswegs so, daß der Anteil der tatsächlich Dienenden aus

10 Die statistischen Angaben laut Zolotaja žila [Goldader], in: Kommersant'-den'gi (Internetausgabe), 15.5.2002. Zur Kasse gebeten werden oft aber auch Wehrpflichtige, die *rechtmäßige* Gründe für eine Zurückstellung haben, seien es familiäre, gesundheitliche oder berufliche.

11 Zolotaja žila, ebd.

12 Ebd.

13 Vermutlich kommen diejenigen jungen Männer, die sich entweder nicht freikaufen wollten oder konnten oder aus anderen Gründen nicht zurückgestellt oder vom Wehrdienst befreit wurden und die dann den Wehrdienst *verweigerten*, ebenfalls aus der urbanen Schicht der Gebildeten und Begüterten. In der Frühjahrseinberufung 2002 waren das insgesamt 30 000 Wehrpflichtige, ein Anteil von immerhin fast 16%, bezogen auf die Gesamtzahl von 189 000 Einberufenen; Nikolaj *Kamalov*, Komandiry otdelenij bezgramotnoj armii [Kommandeure von Abteilungen einer ungebildeten Armee], in: Nezavisimoe voennoe obozrenie, 19.7.2002, <http://nvo.ng.ru/printed/forces/2002-07-19/3_school.html>.

gesunden jungen Männern bestünde. Um die ihnen auferlegten Einberufungsquoten zu erfüllen, überstellen die Kreiswehrersatzämter der Truppe immer wieder untaugliche oder nur bedingt taugliche Wehrpflichtige. Infolgedessen scheiden während der ersten Dienstmonate bereits wieder 15 bis 20% der Rekruten aus gesundheitlichen oder anderen Gründen aus dem Wehrdienst aus.[14]

Der Generalstab gibt jährlich Zahlen heraus, die die traurige Wirklichkeit deutlich widerspiegeln:

Tabelle 2
Zusammensetzung des Anteils der einberufenen Wehrpflichtigen (Herbst 2001/Frühjahr 2002; Angaben in Prozent)

Aus gesundheitlichen Gründen nur bedingt tauglich	55
Keinen Grundschulabschluß[a]	40
Aus unterprivilegierten oder zerbrochenen Familien	40
Ohne vorherigen Beruf oder Studium[a]	50
Mindestens einmal in Untersuchungshaft oder vorbestraft[b]	30
Mindestens einmal an Schlägereien beteiligt	50
Immer wieder an Schlägereien beteiligt	25
Haben mehr oder weniger Alkohol getrunken oder tun dies heute noch	90
Trinken regelmäßig Alkohol	12
Haben vor ihrer Einberufung Drogen genommen	20

a Angaben aus dem Militärbezirk Sibirien – nur Grundschulabschluß: 25%, Berufsschulabschluß: weniger als 2%.
b Mindestens einmal in Untersuchungshaft 22%, vorbestraft 8%.

Quellen: Nikolaj *Kamalov*, Komandiry otdelenij bezgramotnoj armii [Kommandeure von Abteilungen einer ungebildeten Armee], in: Nezavisimoe voennoe obozrenie, 19.7.2002, <http://nvo.ng.ru/printed/forces/2002-07-19/3_school.html>; Draft to Armed Forces Begins in Russia, in: Russian Media Monitoring Agency (WPS), 113 (28.9.2001), <http://www.wps.ru/chitalka/en>; Sergej *Safronov*, Stanut li voennye c 1-ogo ijunja bogače? [Wird das Militär nach dem 1. Juni reicher sein?], in: Wek (Internetausgabe), 5.7.2002; Vadim *Solo'ev*, Črezvyčajno zapuščënnyj silovoj vopros. Legče sozdat' novuju armiju, čem reformirovat' suščestvujuščuju [Eine überaus vernachlässigte Armee: Es ist leichter, eine neue Armee aufzubauen, als die bestehende zu reformieren], in: Nezavisimaja gazeta (Internetausgabe), 12.9.2002.

Auch Teilstreitkräfte und Waffengattungen wie Luftwaffe, Marine oder Raketentruppen, die aufgrund ihrer höheren Technisierung auch höhere Anforderungen an ihr Personal stellen, leiden unter dem Qualitätsrückgang der Wehrpflichtigen. So hatten offiziellen Angaben zufolge »in der Marine im Jahre 1990 noch 87% der Wehrdienstleistenden höhere und mittlere Berufsausbildung, und es gab unter ihnen keine Analphabeten. Heute haben nur 37% einer Kohorte höhere und mittlere Berufsausbildung, und manche Rekruten müssen erst lesen und schreiben lernen.«[15]

Um die Qualität der Wehrpflichtigen zu erhöhen, bemüht sich der Generalstab seit Jahren, die Anzahl der ungefähr 500 Hochschulen, deren Besuch Studenten dazu berechtigt, sich vom Wehrdienst zurückstellen zu lassen, drastisch zu beschränken. Nach seinen Berechnungen würde sich dadurch der Prozentsatz von tatsächlich Wehrdienstleistenden von 11,5% (bezogen auf den Anteil junger Männer zwischen 18 und 27 Jahren) auf 30 bis 40% erhöhen; seine Qualität würde sich verbessern.[16] Der Gesetzgeber und die Regierung haben aber bisher entsprechenden Forderungen der Militärführung nicht entsprochen.

Schwierigkeiten der Existenzsicherung

In den Kasernen sind vor allem Offiziere niederer Dienstgrade und Unteroffiziere mehr mit dem eigenen Überleben beschäftigt als mit der Ausbildung von Soldaten oder der Vorbereitung militärischer Übungen (Einzelheiten hierzu im nächsten Abschnitt). Der akute Mangel an Wohnraum ist bei dem Bemühen um Existenzsicherung eines der größten Probleme. Nach offiziellen Angaben hat jede fünfte Offiziersfamilie keine Wohnung; 123 000 Soldaten und Offiziere sowie 158 000 Reservisten suchen eine Wohnung, weil sie keine haben oder in Wohnverhältnissen leben, die sie ändern wollen oder müssen. Rechnet man die Familienmitglieder zum Militärpersonal hinzu, befinden sich mehr als eine Million finanziell von den Streitkräften abhängiger Menschen auf Wohnungssuche.

Außer Wohnraum gibt es noch andere Grundbedürfnisse, Nahrung und Kleidung zum Beispiel, die

14 »Illegal Draftees« File Suit against Military Commissions, in: RFE/RL Newsline, 2 (23.8.1999) 163, Part I.

15 Pëtr *Titov*, Skoree isključenie, čem pravilo [Eher die Ausnahme als die Regel], in: NVO, 29.11.2002.

16 Vladimir *Georgiev*, Studentov budut prizyvat' v Armiju uže etoj osen'ju. S takoj iniciativoj Genštab v tretij raz nameren vyjti v pravitel'stvo [Studenten werden schon in diesem Herbst in die Armee einberufen: Mit einer entsprechenden Initiative beabsichtigt der Generalstab, zum dritten Mal an die Regierung heranzutreten], in: Nezavisimaja gazeta (Internetausgabe), 31.5.2002.

nur unzureichend befriedigt werden: Den offiziellen Angaben zufolge müssen 45% des Militärpersonals auf einige Grundnahrungsmittel verzichten und 70% auf den Kauf von Kleidung und Schuhen.[17]

Ausbildung und Ausrüstung der Streitkräfte

Die Kampfbereitschaft von Streitkräften und das Zusammenwirken verschiedener Waffengattungen lassen sich in Friedenszeiten am besten mit Hilfe von Manövern verbessern. Wie Putin aber festgestellt hat, »finden in vielen Truppenteilen keine Übungen statt, [...] keine Gefechtsausbildung«. Aber auch der normale Ausbildungsbetrieb sei, wie Putin beklagt, praktisch zum Stillstand gekommen: »Die Piloten fliegen nicht, und die Matrosen fahren fast nie aufs Meer hinaus«.[18]

Die Zahlen, welche Generale der Luftwaffe oder der Luftverteidigung über die von den Piloten pro Jahr absolvierten Flugstunden angeben, unterscheiden sich zwar für die russische Luftwaffe und die zum größten Teil in sie integrierte Luftabwehr insgesamt ebenso wie auf regionaler Ebene oder auch für bestimmte Einheiten. Sie stimmen aber darin überein, daß die geflogenen Übungsstunden weit unter den Mindesterfordernissen liegen. So geht einer der Kommandeure der Luftwaffe und Luftabwehr davon aus, daß »ein Pilot etwa 100 bis 150 Flugstunden im Jahr braucht, um in Übung zu bleiben, [...] unsere Piloten fliegen jedoch nur 10 bis 12 Stunden im Jahr.«[19] Im Moskauer Militärbezirk seien 62% der Kampfflugzeuge und die Hälfte der Transportflugzeuge nicht funktionsfähig. Trainingsflüge gebe es wegen des Mangels an Treibstoff und Schmiermitteln nur einmal im Monat.[20]

Ein weiteres Beispiel für die abnehmende Übungstätigkeit sind Luftabwehrmanöver: Im Rahmen des Taschkenter »Vertrags über kollektive Sicherheit« und unter Berufung auf dessen angeblich »bisher einzige funktionsfähige Komponente« wurden seit 1999 jedes Jahr umfangreiche Manöver unter dem Namen »Kampfgemeinschaft« *(bojewoe sodruschestwo)* abgehalten, die nicht nur Stabsübungen und Simulation beinhalteten, sondern auch Gefechtsübungen von Truppenteilen. Die für das Jahr 2002 geplanten Übungen wurden aber aus Geldmangel abgesagt.[21]

Nicht sehr viel besser sieht es bei den Landstreitkräften aus. So wurden im Jahr 2002 bei den Landstreitkräften auf Divisionsebene keine taktischen Manöver abgehalten. Die Zahl der taktischen Manöver mit Gefechtsschießen in den Regimentern wurde auf ein Minimum reduziert. Gerade ein einziges Manöver dieser Art war für 2002 geplant.[22]

Einer der Gründe, warum der Ausbildungsbetrieb leidet, liegt in der euphemistisch so umschriebenen »kommerziellen Betätigung« der Streitkräfte. Sie ist unumgänglich, weil Garnisonen oft ihre Rechnungen für dringend notwendige Lieferungen von Lebensmitteln und Energie nicht begleichen können und es immer wieder vorkommt, daß militärischen Einrichtungen dann einfach der Strom abgeschaltet wird.[23]

17 Bericht über die Tätigkeit des Menschenrechtsbeauftragten der Russischen Föderation für das Jahr 2001, Auszüge aus dem Kapitel Menschenrechtsverletzungen in den Streitkräften der Russischen Föderation und anderen militärischen Formationen, in: Nezavisimoe voennoe obozrenie (Internetausgabe), 17.5.2002; hiermit überein stimmen auch die Angaben bei Vadim *Solov'ëv*, Črezvyčajno zapuščënnyj silovoj vopros [wie Fn. 3]. Die Angaben zu Nahrungsmitteln und Kleidung stammen nur aus letztgenannter Quelle.

18 Putin beklagt diese Zustände in seiner Rede zur Eröffnung der Sitzung des Sicherheitsrats der Russischen Föderation am 11. August 2000 [wie Fn. 6].

19 Generalleutnant Sergej Razygraew, Kommandeur der Vereinten Luftabwehrkräfte auf der Kola-Halbinsel, zitiert bei Igor' *Ževeljuk*, U sosedej nikogda ne vosnikalo želanija vser'ëz proverit' naši sily [Unsere Nachbarn hatten nie ernsthaft vor, unsere Luftwaffe zu testen], in: Poljarnaja pravda (Murmansk, Integrum, online), 1.2.2002. In anderen Quellen findet sich die Zahl von 50 absolvierten Flugstunden pro Jahr, wiederum andere unterscheiden zwischen Übungsstunden bei den Transportfliegern (27 Stunden jährlich) und bei den Taktischen Luftstreitkräften (14 Stunden); Generalleutnant Nikolaj Danilow, Kommandeur der Luftwaffe und der Luftabwehr des Militärbezirks Sibirien, zitiert bei Vadim *Koval'*, Nebo nad Sibir'ju čistoe [Der Himmel über Sibirien ist leer], in: Krasnaja zvezda (Internetausgabe), 10.7.2002.

20 Darüber beklagte sich der Befehlshaber der Luftwaffe und Luftverteidigungskräfte des Moskauer Militärdistrikts, Generaloberst Gennadij Wassiljew, im Juli 2000 in einem Brief an den Verteidigungsminister; Moscow Air Force Not Capable of Fulfilling Tasks – Commander, in: Military News Agency (Moscow), 26.7.2000.

21 Aleksandr *Orlov*, Sovmestnych učenij PVO s boevoj strel'boj v ėtom godu ne budet [Gemeinsame Luftabwehrübungen mit Gefechtsschießen finden dieses Jahr nicht statt], Strana.ru am 20.2.2002, <http://www.strana.ru/stories/01/11/21/2065/114451.html>. Die Bewertung der Bedeutung der Luftabwehrmanöver stammt vom Militärkorrespondenten der *Nezavisimaja gazeta*, Vladimir *Muchin*, Look to the Skies for a Rare CIS Success Story, in: The Russia Journal (Internetausgabe), 9.–15.9.2000.

22 Interfax-AWN (russ.), 9.1.2002, zitiert bei *Deutsche Welle*, Monitor-Dienst Osteuropa, 9.1.2002.

23 So schränkte der von Tschubais geleitete Elektrizitätsgigant Vereinigte Energiesysteme (VES) beispielsweise im

Die Beschäftigung von Soldaten in der Landwirtschaft und im Bauwesen war zwar schon in der Sowjetarmee üblich. Nach Zusammenbruch des Zentralverwaltungssystems und Einführung der Privatwirtschaft gibt es allerdings sowohl eine stärkeren Zwang als auch mehr Möglichkeiten für kommerzielle Aktivitäten der Truppe. Infolgedessen stellen sich Garnisonen oder Verbände oft in den Dienst regionaler öffentlicher und privater Wirtschaftsinteressen, indem sie Gütertransporte sichern. Gleichzeitig kassieren sie selbst ab, indem sie Waffen und Gerät verschieben. Derartige »zweckentfremdete« Aktivitäten werden nicht selten mit verschiedenen Sicherheitsdiensten oder der Mafia abgewickelt.[24]

Auch in der Ausrüstung der Streitkräfte bestehen erhebliche Mängel – eine Tatsache, die der Tschetschenienkrieg deutlich gemacht hat. Defizite liegen in Überalterung und mangelnder Wartung der Waffen. Die Konsequenz ist, daß »über ein Drittel der wichtigsten Waffensysteme und der Militärtechnik (bei den Kampfflugzeugen weniger als die Hälfte, bei den Kampfhubschraubern 80% und bei den Panzern 50%) nicht einsatzfähig sind«.[25] Die mangelnde Modernisierung der Streitkräfte läßt sich aber auch aus der Entwicklung der Waffenproduktion ersehen (vgl. Tabelle 3).

Ende der neunziger Jahre betrug die Produktion wichtiger Waffensysteme nur noch ein Zehntel dessen, was zu Beginn des Jahrzehnts hergestellt worden war. So ist die Produktion von Panzern praktisch eingestellt worden. Auch Überwasser-Kampfschiffe werden kaum mehr hergestellt. Bei der Luftwaffe ist derzeit lediglich ein Prozent der Militärflugzeuge des Gesamtbestands *nach* 1995 produziert worden, fast die Hälfte des Bestands hingegen *vor* 1985. Weiterhin ist festzustellen, daß die wenigen Waffen, welche hergestellt werden, in der Regel nicht den russischen Streitkräften zugeführt, sondern exportiert werden.

Tabelle 3
Stückzahlen produzierter Waffen und Waffensysteme 1990–2000

	1990	*1992*	*1994*	*1996*	*1998*	*2000*
Panzer	1600	500	40	5	10	30
Schützenpanzer	3400	700	400	300	250	50
Kampfflugzeuge	400	150	50	20	30	40
Bomber	40	20	2	1	0	0
Kampfschiffe	2	2	0	1	0	1
U-Boote	12	6	4	3	1	1

Quelle: Christopher J. *Hill*, Russian Defense Spending, in: Russia's Uncertain Economic Future, Congress of the United States, Joint Economic Committee, Compendium of Papers, December 2001, Washington: U.S. Government Printing Office, 2002, S. 173.

Wenn die offiziellen Angaben der letzten zwei Jahre auch einen Anstieg der Beschaffungsausgaben widerspiegeln, so betrifft dieser nicht die größeren Waffensysteme, sondern die Kategorie kleinerer Waffen (z.B. Handfeuerwaffen) und Ersatzteile. Letztere sind zwar besonders wichtig, um die Funktionsfähigkeit der Systeme aufrechtzuerhalten, jedoch sind die Produktionsraten, die erforderlich wären, um dies zu bewerkstelligen, immer noch unzureichend.[26]

Das Spektrum der Kriminalität

Eines der Kennzeichen des militärischen Alltags, das sich einst in der zaristischen Armee entwickelte, von der Sowjetarmee übernommen wurde und auch in den heutigen russischen Streitkräften als verbreitet gilt, ist die Drangsalierung der neu eingezogenen Wehrpflichtigen durch die dienstälteren Ränge, die

September 2000 nicht zum ersten Mal die Stromversorgung für die nuklearstrategische Basis in Iwanowo bei Moskau und auch für eine nahe Iwanowo gelegene Fallschirmjägerdivision ein; Andrew *Jack*, Russian-N-Arms Base Will Pay Power Bills, in: Financial Times, 14.9.2000, S. 2. Desgleichen hat der fernöstliche Energiekonzern Dalenergo schon oft der russischen Pazifikflotte den Strom gekappt, um das Verteidigungsministerium zu zwingen, aufgelaufene Schulden zu begleichen; Russia's Pacific Fleet Facing Power Cuts Due to Debts of USD7m, in: Military News Agency (Moskau), 26.7.2000.

24 Auf der Sitzung der Regierung vom 21.11.2002 über die Militärreform bezeichnete auch Premierminister Kasjanow den Fortbestand »artfremder« Beschäftigung von Armeeangehörigen als eine Praxis, die ein Ende finden solle; Michail Kas'janov: Glavnaja zadača voennoj reformy – perevod armii na kontraktnuju osnovu [Michail Kas'janov: Die Hauptaufgabe der Militärreform ist die Überführung der Armee in ein Berufsheer], in: Nacional'naja Informasionnaja Gruppa (Integrum, online), 21.11.2002.

25 Michail *Chodarenok*, Spasti čast' armii ili poterjat' eë polnost'ju? [Einen Teil der Armee erhalten oder sie ganz verlieren?], in: NVO (Internetausgabe), 22.9.2000.

26 Die zitierten Angaben finden sich bei Christopher J. *Hill*, Russian Defense Spending, in: Russia's Uncertain Economic Future, Congress of the United States, Joint Economic Committee, Compendium of Papers, December 2001, Washington: U.S. Government Printing Office, 2002.

Djedowschtschina.[27] Die Rekruten werden dem Zivilleben entrissen und an die Verhältnisse beim Militär gewöhnt, das heißt, sie werden von dienstälteren Kameraden und Vorgesetzten geschlagen, gefoltert, erpreßt, bedroht und erniedrigt. Das Militär erweist sich dabei als das, was es ist: Teil einer von der zivilen, demokratischen Gesellschaft abgekapselten Welt mit eigenen Gesetzen und Gesetzmäßigkeiten. Zu diesen gehört die Tatsache, daß Beschwerden über Mißstände und Mißhandlungen meist nicht nur zwecklos sind, sondern das Risiko weiterer Drangsalierung in sich bergen. Zu den Konsequenzen dieser Verhältnisse gehört, daß immer wieder Soldaten physisch und psychisch zusammenbrechen, Amok laufen, Kameraden oder Vorgesetzte erschießen und Selbstmord begehen.

Diese Zustände lassen sich zum Teil mit offiziellen Zahlen belegen. Nach einem vom russischen Generalstaatsanwalt, General Wladimir Ustinow, vorgelegten Bericht über Verbrechen und Verbrechensbekämpfung im Jahre 2001 wurden der Staatsanwaltschaft (trotz der erwähnten Risiken für den Beschwerdeführer) mehr als 3000 Fälle »ungesetzlicher Beziehungen« in den Streitkräften gemeldet – ein Euphemismus für Kameradenschinderei und Mißhandlung von Untergebenen.[28] Russische Militärexperten vermuten hingegen, daß die Djedowschtschina-Dunkelziffer zehnmal so hoch ist.[29] Unter den insgesamt 23 000 verfolgten Straftaten gab es nach der offiziellen Statistik lediglich 337 Fälle »vorsätzlicher Tötung«. Tödliche »Unfälle« und Selbstmorde sind allerdings in diesen Zahlen nicht enthalten. Ein wirklichkeitsgetreueres Bild zeichnet wohl das Komitee der Soldatenmütter, demzufolge jährlich mehr als 5000 Soldaten an den Folgen unmenschlicher Bedingungen in den Streitkräften ums Leben kommen. Das Komitee geht davon aus, daß jährlich etwa 1000 Wehrpflichtige Selbstmord begehen.[30]

Die Verbindung steigender Zuwachsraten für Alkoholismus und Waffengebrauch führt immer wieder zu kritischen Situationen, insbesondere zu Totschlag und Mord. So wurde von den oben erwähnten 23 000 Straftaten in den Streitkräften jede zweite als schwer oder sehr schwer eingestuft. Straftaten, die unter dem Einfluß von Alkohol begangen wurden, seien um 26% gegenüber dem Vorjahr gestiegen, die mit Waffen verübten um 25%.[31] Der Anstieg steht in direktem Zusammenhang mit dem Zuwachs an Diebstählen von Waffen und Munition: 3000 derartige Fälle wurden im Jahre 2001 registriert. Darüber hinaus wird in den Statistiken auch die Veruntreuung von Waffen und Munition aufgeführt. 2500 Strafverfahren wurden diesbezüglich eingeleitet und 20 000 Disziplinarstrafen ausgesprochen. Zu Beginn des Jahres 2002 fehlten insgesamt 54 000 Waffen.[32]

Oft sind es bewaffnete Deserteure, die der Festnahme entgehen wollen oder durchgedreht sind und auf jeden schießen, der ihnen im Weg steht – nicht nur Militärs und Polizisten, sondern auch Zivilpersonen. Auch die Zahl der Fahnenflüchtigen nimmt zu. Zum ersten Mal überhaupt hat das Verteidigungsministerium entsprechende Daten vorgelegt. Danach haben in der ersten Jahreshälfte 2002 insgesamt 2265 Wehrpflichtige unerlaubt ihre Einheiten verlassen; auf das ganze Jahr hochgerechnet wären es also über

27 Westliche Berichte zur Djedowschtschina u.a. Elfie *Siegl*, »Ein Soldat, das ist Dreck unter den Stiefeln«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.3.2000, S. 13; Manfred *Quiring*, Der ärgste Feind der russischen Armee: Die russische Armee, in: Die Welt, 21.4.1998, S. 4; Joachim *Schmidt-Skipiol*, Die Militärreform in Rußland, Teil 1: Problemlage und Vorgeschichte, Köln 1998 (Berichte des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien, Nr. 53), S. 13–17. Der russische Begriff leitet sich von *djed* (Großvater) ab.

28 Der Bericht trägt den Titel: O sostojanii zakonnosti, pravoporjadka v Rossijskoj Federacii i rabote organov prokuratury za 2001 god [Über den Zustand der Gesetzlichkeit und der Rechtsordnung in der Russischen Föderation und die Arbeit der Organe der Staatsanwaltschaft im Jahre 2001]; die hier zitierten Angaben aus dem Bericht stützen sich auf Vadim *Solov'ëv*, Prestupnost' podtačivaet armejskie ustoi [Verbrechen untergraben das Fundament der Armee], in: Nezavisimoe voennoe obozrenie, 17.5.2002, S. 1, 4. Die Zahlenangaben beziehen sich nur auf die Streitkräfte, nicht auf die »anderen« Truppen.

29 *Solov'ëv*, Črezvyčajno zapuščennyj silovoj vopros [wie Fn. 3].

30 Walentina *Melnikowa*/Walentina *Wonti*/Ida *Kuklina*, Aufgaben und politische Perspektiven der Soldatenmütter, Vortrag am 12.4.2000 in der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin. Den Angaben der Referentinnen zufolge räumt der Generalstaatsanwalt der Streitkräfte offiziell 2000 Todesfälle ein. Unklar ist sowohl im einen wie im anderen Fall, wie sich diese Zahlen zusammensetzen. Ein anderes Komitee, das sich um die Belange der Wehrpflichtigen in den Streitkräften kümmert, »Die Rechte der Mütter«, nennt 2000 bis 3000 Todesfälle pro Jahr; Maksim *Romanov*, Tema dnja [Thema des Tages], in: Izvestija.ru (Integrum, online), 24.9.2002. Die Zahl von jährlich 1000 Selbstmorden von Wehrpflichtigen findet sich bei Amelia *Gentleman*, Russian Draft Dodgers Prefer Suicide to Chechnya, in: The Guardian (Internetausgabe), 21.5.2000.

31 Die mit Waffen begangenen Straftaten in Rußland generell seien dagegen um 3,4% gefallen; O sostojanii zakonnosti [wie Fn. 28].

32 O sostojanii zakonnosti [wie Fn. 28]. Auch in der russischen Presse wird die Waffenkategorie nicht immer deutlich: Es handelt sich hier wohl um Handfeuerwaffen.

4500 Fälle. Dem Komitee der Soldatenmütter zufolge sind es aber erheblich mehr. Derzeit sind nach dessen Angaben mindestens 40 000 Armeeangehörige fahnenflüchtig.[33] Das Komitee bemüht sich zwar, den Deserteuren die Rückkehr zum Wehrdienst zu ermöglichen, wenn auch meist in anderen Einheiten als denen, die sie verlassen haben. Aber nicht alle Fahnenflüchtige melden sich beim Komitee, und der überwiegende Teil kehrt überhaupt nicht mehr zum Militär zurück.

Der Zuwachs der unter Alkoholeinfluß begangenen Straftaten spiegelt die Zunahme von Alkoholismus auch in der russischen Gesellschaft wider. Nach inoffiziellen russischen Schätzungen (offizielle Angaben gibt es nicht) beträgt der jährliche Konsum reinen Alkohols pro Kopf der Bevölkerung 14,6 Liter, was 70 Halbliterflaschen Wodka entspricht. Allein in den ersten fünf Monaten des Jahres 2002 seien 18 224 Menschen »im alkoholisierten Zustand« ums Leben gekommen (im Vorjahr waren es 16 858); auf das ganze Jahr bezogen wären das über 43 000 Personen.[34] Im Vergleich: Im ersten Tschetschenienkrieg kamen 35 700 Menschen ums Leben.[35]

Das Militär hält zivilen Kritikern denn auch entgegen, die katastrophalen Zustände in den Streitkräften seien lediglich das Spiegelbild der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse; die Kriminalität in den Streitkräften pro 1000 Personen sei sogar geringer als in der Gesellschaft.[36] Derartige Argumente lassen aber außer acht, daß sich Soldaten und Offiziere in einer strikt nach Dienstvorschriften geregelten und reglementierten Sphäre bewegen, die es eigentlich ermöglichen sollte, Alkohol- und Drogenmißbrauch, Gewaltanwendung und Gesetzesbrüche zu kontrollieren und drastisch einzuschränken. Die Äußerungen verdeutlichen aber auch, daß der noch in der Sowjetära geltende Anspruch, die Armee sei Vorbild und gesellschaftlicher Integrationsfaktor, gewissermaßen »Schule der Nation« wie im Deutschland des 19. Jahrhunderts, heute praktisch nicht mehr erhoben wird.

33 Zehntausende Militärangehörige begehen jährlich Fahnenflucht: Der Grund sind die sozialen Probleme der Streitkräfte, Interfax (russ.), 18.6.2002, in: *Deutsche Welle*, Monitor-Dienst Osteuropa, (19.6.2002) 14; desgleichen Fred *Weir*, An Army of Deserters, in: Christian Science Monitor (Internetausgabe), 30.9.2002. Ein westlicher Korrespondent zitiert Walentina Dmitriewnja vom Komitee der Soldatenmütter in Moskau sogar mit der Zahl von 50 000 fahnenflüchtigen Wehrpflichtigen *pro Jahr*. Im Jahre 2002 sollen ihr zufolge allein in Moskau 2000 Wehrpflichtige die Armee verlassen haben; Andrew *Jack*, Russia's Conscript Army Still Frozen in Its Communist Past, in: Financial Times, 13.12.2002, S. 20. Die Zahlen von 40 000 oder sogar 50 000 geben wohl als kumulierte Gesamtzahl der Fahnenflüchtigen pro Jahr die richtige Größenordnung wieder, so *Romanov*, Tema dnja [wie Fn. 30].

34 Die Zahlenangaben zur Verbreitung von Trunksucht stammen von der Nationalen Alkohol-Assoziation (NAA) Rußlands und von Alexander Nemtsow, einem leitenden Mitarbeiter im Gesundheitsministerium; P'janstvo na uboj [Trunkenheit bis zum Gehtnichtmehr], in: Nezavisimaja gazeta, 16.8.2002, S. 1, 3.

35 Es handelt sich um die Gesamtzahl ziviler und militärischer Opfer; ebd.

36 Russische Generalstabsoffiziere im Gespräch mit d. Autor.

Strafverfolgung: Opfer und Täter

Für eine Militärreform, die tatsächlich zum Ziel hätte, das Wehrwesen mit dem Aufbau einer Zivilgesellschaft in Einklang zu bringen, müßten mindestens drei miteinander verbundene Voraussetzungen erfüllt sein. Dazu würden erstens Soldaten gehören, die sich ohne Angst vor Schikanen beschweren und die sich auch gegenüber der Presse und dem Fernsehen frei äußern können, zweitens Medien, die regierungsunabhängig sind und über Mißstände frei berichten können, und drittens eine Militärgerichtsbarkeit, die energisch gegen Rechtsbrüche vorgeht. Keine dieser Bedingungen wird gegenwärtig in Rußland erfüllt.

1. Auf die Risiken, die Militärangehörige eingehen, wenn sie *Beschwerde* gegen Mißstände und Rechtsverletzungen führen wollen, ist bereits hingewiesen worden. In jedem Falle bergen Beschwerden das Risiko verschärfter Repressionen in sich.
2. Die regierungsunabhängige *Berichterstattung* im Fernsehen auf nationaler Ebene ist unter Putin systematisch beseitigt worden, eine freie Presse ist nur noch in Rudimenten erhalten. Nach dem Moskauer Geiseldrama Ende Oktober 2002 hat der Gesetzgeber die Medienfreiheit weiter eingeschränkt. Den russischen Medien ist es nunmehr verboten, über »technische Mittel oder die Taktik der Durchführung antiterroristischer Operationen« zu berichten. Auch jegliche »Propaganda von Terrorismus« wird bei Strafe untersagt.[37] Was darunter zu verstehen ist, bestimmt die Staatsanwaltschaft.
3. Von einem konsequenten Durchgreifen der *Militärstaatsanwaltschaft und der Gerichte* gegen Dienstpflichtverletzungen kann keine Rede sein: Die Aufklärung von Tatbeständen wird durch die Militärs behindert. Sie wollen keine Flecken auf die »reine

37 Florian *Hassel*, Rußland schränkt die Pressefreiheit weiter ein, in: Frankfurter Rundschau, 2.11.2002, S. 1.

Weste« der Armee kommen lassen. Für sie scheint es bequemer, Mißstände und Rechtsbrüche zu leugnen oder zu vertuschen, als sich der eigenen Verantwortung zu stellen. Typisch für diese Haltung sind die Anprangerung und sogar Strafverfolgung von Beschwerdeführern, sei es wegen Falschaussage, Meuterei oder Geheimnisverrats.

Drei Fälle sind geeignet, die Reaktionen von Militär und Militärgerichtsbarkeit auf bekannt gewordene Verbrechen und Mißstände zu veranschaulichen. Dies sind die drei Fälle Pasko, der »Protestmarsch der 54« und Budanow.

Der Fall Pasko. Grigorij Pasko, Journalist mit dem Dienstgrad eines Kapitäns 2. Ranges, arbeitete bis zu seiner Verhaftung für die Zeitung der Pazifikflotte *Boewaja wachta* (Kampfwacht).[38] Er verfaßte aber auch Artikel für die japanische Zeitung *Asahi Shimbun*. Die Themen, mit denen er sich hauptsächlich beschäftigte, betrafen den Betrieb der Atom-U-Boote der Pazifikflotte und ihren Umgang mit flüssigem und festem radioaktivem Abfall. Im Jahre 1993 deckte er die schon in der Sowjetära existierende völkerrechtswidrige Praxis der Flotte auf, den gefährlichen Atommüll einfach auf hoher See über Bord zu kippen. Ein entsprechender Filmbericht wurde unter anderem von der japanischen Fernsehgesellschaft NHK und einer regionalen russischen in Fernost (Primorje) ausgestrahlt. Der Film und nachfolgende Artikel wiesen auf die Umweltbedrohung hin, die nicht nur von der Praxis des »nuclear dumping« für die Küstenregionen der Fernost-Region Rußlands sowie für Japan und Korea ausgeht, sondern auch von Unfällen auf noch betriebenen Atom-U-Booten und der mangelnden Entsorgung stillgelegter Atom-U-Boote der Pazifikflotte. Korruption in der Marineführung war ebenfalls Gegenstand der Berichte. Im November 1997 wurde Pasko in Wladiwostok bei seiner Rückkehr von einer Reise nach Japan von Agenten des Inlandsgeheimdienstes FSB verhaftet und unter Anklage gestellt. Pasko wurde in ein Militärgefängnis verbracht und wartete 20 Monate auf seinen Prozeß.

Der Prozeß begann im Juli 1999 vor dem Militärgericht der Pazifikflotte in Wladiwostok. Die Anklage lautete auf Verrat von Staatsgeheimnissen an eine ausländische Macht (Japan). Von dieser Anklage wurde er freigesprochen. Das Gericht befand ihn aber für schuldig, seine Vollmachten als Offizier überschritten zu haben – ein Tatbestand, dessen er nicht angeklagt war –, und verurteilte ihn zu drei Jahren Gefängnis; gleichzeitig wurde er amnestiert. Pasko focht das Urteil mit dem Argument an, ein Unschuldiger könne nicht amnestiert werden. Auch die Militäranwaltschaft ging in Revision; sie wollte nach wie vor erreichen, daß Pasko wegen Geheimnisverrats verurteilt würde. Pasko blieb im Gefängnis. Im November 2000 hob der Oberste Militärgerichtshof das Urteil auf und ordnete eine Neuverhandlung vor dem Militärgericht der Pazifikflotte an. Der neue Prozeß begann im Juli 2001 und endete im Dezember. Pasko wurde wiederum verurteilt, nun doch wegen Verrats von Staatsgeheimnissen. Das Strafmaß betrug vier Jahre Haft. Die Begründung: Er habe Notizen besessen, die er auf einer Sitzung im Stab der Pazifikflotte angefertigt habe und die er an den japanischen Journalisten Tadashi Okano weiterleiten wollte.

Pasko focht auch dieses Urteil an. Mit dem Revisionsantrag hatte sich nun das Militärkollegium des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation in Moskau zu befassen. Im Juni 2002 fällte es sein Urteil: Die Verurteilung Paskos sei rechtens. In der Urteilsbegründung wich das Militärkollegium jedoch in zwei Punkten vom Militärgericht der Pazifikflotte ab: Erstens strich es die vorherige Begründung, Paskos Teilnahme an der Stabsbesprechung sei illegal gewesen, und zweitens sah es die Tatsache nicht als zutreffend an, daß er als Offizier Kontakte mit Ausländern unterhalten habe.[39] Seine Anwälte fochten auch dieses Urteil an, jedoch ohne Erfolg. Pasko mußte seine vierjährige Haftstrafe antreten. Im Januar 2003 wurde er wegen guter Führung vorzeitig entlassen. Die Staatsanwaltschaft ficht jedoch derzeit die Entlassung mit der Begründung an, Bedingung dafür sei Reue, die Pasko keineswegs zeige, der weiterhin seine Unschuld beteuere.

38 Der Fall Pasko ist von westlichen Menschenrechtsorganisationen und umfassend von der norwegischen Umweltorganisation Bellona dokumentiert worden; siehe <http://www.bellona.no/en/international/russia/envirorights/pasko/27746.html>. Aus Platzgründen wird hier darauf verzichtet, den ähnlich gelagerten Fall Nikitin (Aufdeckung von Gefahren nuklearer Umweltverschmutzung bei der Nordmeerflotte) zu behandeln.

39 Dies geschah vermutlich deswegen, weil die beiden Begründungen auf den Dekreten 10 und 55 des Verteidigungsministeriums fußten. Dekret 10 enthielt eine umfangreiche Liste von Tatbeständen des Geheimnisverrats, Dekret 55 stellte Kontakte mit Ausländern unter Strafe. Das Oberste Gericht hatte aber beide Dekrete vor dem Urteil des Militärkollegiums für null und nichtig erklärt.

Der »Protestmarsch der 54«. Am 8. September 2002 wurden fünf Soldaten einer in Kamyschin nahe Wolgograd stationierten Einheit der 20. Artilleriedivision des 242. MotSchützenregiments im Militärbezirk Nordkaukasus von ihren Vorgesetzten mißhandelt.[40] Am Vorabend hatten Wehrpflichtige ihre bevorstehende Entlassung gefeiert. In angetrunkenem Zustand kaperten sie dann ein gepanzertes Aufklärungsfahrzeug und fuhren damit in der Gegend herum. Vermutlich um die genaueren Umstände aufzuklären, wurden am darauffolgenden Morgen fünf Soldaten von Offizieren stundenlang mit Spatenstielen geprügelt und mit Fußtritten in Magen und Rippen malträtiert. An der Mißhandlung beteiligten sich ein Oberstleutnant, zwei Majore, zwei Oberleutnante und ein Leutnant. Die fünf Soldaten wurden zum Mittagessen entlassen, ihnen wurde aber angedroht, danach werde es mit der »Befragung« weitergehen.

Die Soldaten nahmen die Ankündigung ernst. Zusammen mit 49 Kameraden verließen die Fünf ihre Garnison und begaben sich in ein Büro der Menschenrechtsorganisation »Recht der Mütter« in Wolgograd. Dort legten sie in einer Erklärung die Gründe für ihren Auszug aus der Kaserne dar. Weiterhin planten sie, mit Mitarbeitern der Organisation zur zuständigen Militärstaatsanwaltschaft zu gehen, um ein Strafverfahren gegen die Offiziere anzustrengen. Dazu kam es allerdings nicht. Sie wurden vor der Ausführung ihrer Absicht von der Militärstaatsanwalt und dem stellvertretenden Kommandeur der 20. Division aus dem Büro der Menschenrechtsorganisation geholt und abgeführt. Zum Vorfall werden derzeit in der Division Nachforschungen angestellt. Eine Kommission der Militärstaatsanwaltschaft beschäftigt sich mit der Schuld eines Offiziers, der bei den Mißhandlungen besonders brutal vorgegangen sein soll. Hingegen ist bisher über das Schicksal der 54 Soldaten, die ihre Einheit aus Protest gegen die Mißhandlungen verlassen hatten, nichts bekannt geworden. Sie könnten wegen unerlaubten Fernbleibens vom Dienst oder sogar wegen Meuterei bestraft werden. Dies ist allerdings wegen des großen Aufsehens, den der Fall erregt hat, und des Grundes für ihren Auszug aus der Kaserne unwahrscheinlich. Dagegen ist offensichtlich, wie der damalige Oberkommandierende des Militärbezirks Nordkaukasus, General Troschew, das Problem sieht. Er hat öffentlich nicht die Gewalttäter, sondern die Organisatoren des Protestmarsches verurteilt, die er als »Aufwiegler« und »Trunkenbolde« bezeichnete.[41]

Ein drittes Beispiel für das Bemühen der Militärführung und der Militärstaatsanwaltschaft, Vergehen und Verbrechen in den Streitkräften und Sondertruppen entweder zu vertuschen oder, wo dies nicht gelingt, zu verharmlosen, ist der von **Oberst Jurij Budanow** begangene Mord an einer jungen Tschetschenin. Dieser Fall wird im Zusammenhang mit dem Vorgehen der föderalen Truppen in Tschetschenien erörtert (siehe unten, S. 16).

Die Rolle der russischen Truppen in Tschetschenien

Wenn es zutrifft, daß Kameradenschinderei und Mißhandlungen Untergebener, Diebstahl sowie Alkohol- und Drogenkonsum zum Alltag des Militärdienstes in Friedenszeiten gehören und sich Gewalttaten oft gegen Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten richten, werden die von den russischen Truppen in Tschetschenien in Kriegszeiten – im Zuge der »antiterroristischen Operation« – begangenen Greueltaten zumindest verständlicher.

Um Greuel handelt es sich in der Tat. Berichten internationaler und russischer Menschenrechtsorganisationen sowie unabhängiger Journalisten zufolge ist die »Antiterroraktion« der russischen regulären Truppen, Sondertruppen und Geheimdiensttruppen in Tschetschenien in Terror gegen die Zivilbevölkerung ausgeartet. Mord, Vergewaltigung, Folter, Geiselnahme, Raub und Plünderungen sind die Haupterscheinungsformen eines seit dreieinhalb Jahren eingespielten und verfestigten Systems der Unterdrükkung.[42]

40 Zu den hier benutzten Quellen gehören Andrej *Serenko*, Soldatskij marš protesta. Organizatorov pochoda za spravedlivost'ju General Trošev nazval podstrekatel'jami i p'janicami [Protestmarsch der Soldaten: General Troschew nannte die Organisatoren des Marsches zur Gerechtigkeit Aufwiegler und Trunkenbolde], in: Nezavisimaja gazeta (Internetausgabe), 12.9.2002, und: Desertiry ustroili p'janku i katalis' na brontechnike [Deserteure organisierten ein Trinkgelage und fuhren in einem gepanzerten Fahrzeug], in: Strana.ru (Integrum, online), 10.9.2002.

41 *Serenko*, Soldatskij marš protesta [wie Fn. 40].

42 Die umfassendste und zugleich verläßlichste Darstellung des staatlich ungezügelten Terrorregimes in Tschetschenien bietet Anna *Politkovskaja*, Tschetschenien: Die Wahrheit über den Krieg. Aus dem Russischen von Hannelore Umbreit und Ulrike Zemme, Köln 2003. Die Autorin hat von Beginn des Krieges im August 1999 an für eine der wenigen nicht gleich-

Ein typisches Beispiel ist der Fall Budanow, des bisher einzigen hohen Offiziers, gegen den wegen schwerer Verbrechen in Tschetschenien ein Prozeß abgehalten wurde. Wie oben erwähnt, ist der Prozeß gleichzeitig ein Paradebeispiel dafür, wie Militärgerichte, wenn sie überhaupt tätig werden, mit Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien umgehen.

Der Fall Budanow. Oberst Jurij Budanow, Kommandeur des in Tschetschenien eingesetzten 160. Garderegiments, erwürgte im März 2000 ein tschetschenisches Mädchen. Er ließ die damals 18jährige Heda Kungajewa in ihrem Elternhaus festnehmen, in einen Teppich wickeln und in seinen fahrbaren Befehlsstand bringen. Untergebene auf der Straße hörten Musik und Schreie. Nach zwei Stunden war die junge Frau tot. Nach einem gerichtsmedizinischen Gutachten wurde sie vergewaltigt. Soldaten seiner Einheit mußten die nackte Leiche am Rande des Dorfes verscharren. Obwohl Budanow warnte, wer die Geschichte ausplaudere, werde von ihm erschossen, brachten Soldaten sie ans Licht. Vermutlich wäre aber auch dieser Fall vertuscht worden, wenn nicht Budanows unmittelbarer Vorgesetzter, General Schamanow, Befehlshaber der Truppengruppierung West, gerade außerhalb Tschetscheniens gewesen wäre. Sein Stellvertreter, General Valerij Gerassimow, ließ den Oberst verhaften und in das Militärgefängnis des nordkaukasischen Militärbezirks in Rostow verbringen.[43] Zwei Jahre und acht Monate nach der Tat entschied das Militärgericht in Rostow unter Berufung auf Gutachten des für die »Behandlung« von Dissidenten in der Sowjetära berüchtigten Serbskij-Instituts für Psychiatrie in Moskau, Budanow sei im strafrechtlichen Sinne nicht schuldig. Er sei psychisch krank und zur Tatzeit unzurechnungsfähig gewesen.[44]

Umfassend dokumentiert sind mittlerweile nicht nur Verbrechen einzelner Militärangehöriger, sondern gewissermaßen »Serienverbrechen«, die im Rahmen von immer wieder stattfindenden »Säuberungen« *(satschistki)* und »Sonderoperationen« *(spezoperazija)* begangen worden sind. Dabei durchkämmen russische Truppen tschetschenische Dörfer auf der Suche nach vermeintlich dort untergetauchten Terroristen. Personen vor allem männlichen Geschlechts und Jugendliche werden festgenommen, manche erschossen, andere zusammengeschlagen und gefoltert, in irgendein Gefängnis oder in Erdlöcher gesteckt. Eine neue Regelung bestimmt, daß Militärstaatsanwälte bei Säuberungsaktionen anwesend sein sollen. Die Anzahl der militärischen Sondereinsätze scheint sich verringert zu haben. Die Zahl der Opfer ist aber trotzdem nicht zurückgegangen, nur werden sie jetzt gezielter von Todesschwadronen vor allem des FSB, MWD und von Sonderabteilungen der Polizei ausgeführt.

Der neueste Tschetschenien-Bericht des Europarats stellt sogar fest: »Die Menschenrechtssituation hat sich seit Jahresanfang 2003 erheblich verschlechtert. Die Zahl der Verschwundenen steigt.«[45] Männliche Jugendliche werden weiterhin willkürlich an Kontrollposten auf offener Straße festgenommen und verschleppt. Menschenrechtsorganisationen schätzen, daß jeden Monat zwischen 50 und 80 Männer von russischen Soldaten und Polizisten ermordet werden.[46] Insgesamt 18 000 Menschen gelten seit ihrer Festnahme als vermißt.[47]

Mit den Festgenommen und Verschleppten wird Handel getrieben. Ihren Angehörigen wird gesagt, wieviel Lösegeld sie in welcher Frist aufzubringen haben, um die Geiseln freizukaufen. Nicht alle schaffen es innerhalb der Frist, die ihnen gesetzt ist. In solchen

geschalteten Zeitungen in Rußland, die *Nowaja gazeta*, berichtet.

43 Der Tatbestand der Vergewaltigung wurde zwar von W. Janenko vom 124. Zentrallabor für medizinisch-kriminologische Gutachten bestätigt. Nach einem russischen Bericht wurde dann aber »das Sperma des Obristen zum Sperma jenes Vertragssoldaten degradiert, dem Budanow befahl, die Leiche zu vergraben (und der dann amnestiert wurde), und dann verschwand das Sperma selbst« (Viktor *Sokirko*, Vmenjaemaja nevmenjaemost' [Verantwortliche Unverantwortlichkeit], in: Moskovskij komsomolec, 21.5.2002).

44 Wie brisant der Fall ist, zeigt die Tatsache, daß der Militärausschuß des Obersten Gerichtshofs Rußlands im Februar 2003 die Rechtmäßigkeit des Urteils vom 31.12.2002 angezweifelt und den Fall zur nochmaligen Verhandlung an das Militärgericht in Rostow zurückverwiesen hat.

45 Florian *Hassel*, Der andere Krieg. Während die Welt auf Irak blickt, morden in Tschetschenien russische Todesschwadronen weiter, in: Frankfurter Rundschau, 19.3.2003, S. 1; siehe auch die von Hassel und Tomas Avenarius (Süddeutsche Zeitung) gemeinsam recherchierten Berichte über Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien in der *Süddeutschen* und der *Frankfurter Rundschau* vom selben Tag.

46 Internationale Helsinki-Föderation für Menschenrechte (IHF), die zum Teil wiederum auf Recherchen russischer Menschenrechtsorganisationen (wie »Memorial«) beruhen; siehe auch »Immer mehr Morde in Tschetschenien«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.7.2002, S. 5, und Jörg R. *Mettke*, Auszeit für die Justiz, in: Der Spiegel, 29.7.2002, S. 107.

47 Nach Angaben des damaligen russischen Nationalitätenministers, Alexander Blochin, zitiert im Jahresbericht 2002 der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Menschenrechte in Tschetschenien 2001, <http://www.igfm.de/tschetschen/Ch020328.htm>.

Fällen verlieren sich die Spuren der Verschleppten. Oder den Angehörigen wird erklärt, nun ginge es um den Freikauf einer Leiche. Besonders makaber ist dabei, daß eine Leiche mehr als ein Lebender kostet, denn die Militärs wissen sehr wohl, daß es für einen Tschetschenen nichts Schlimmeres gibt als die Verletzung des Begräbnisrituals.

Im September 2002 kündigte der von Moskau in Tschetschenien eingesetzte Verwaltungschef Achmad Kadyrow an, es werde keine großen Säuberungsaktionen mehr geben, nur noch gezielte Nachprüfungen bei begründetem Verdacht. Dies sei auf einem Treffen zwischen Putin, Kwaschnin und ihm selbst in Moskau beschlossen worden.[48] Falls tatsächlich auf diese neue Taktik umgeschwenkt worden sein sollte, hat sie nichts an der Tatsache von Entführungen und Morden geändert. Gegenwärtig häufen sich die Berichte über Männer, die nachts mit Masken und Tarnuniformen junge Tschetschenen verschleppen, deren Körper später von Granaten zerfetzt aufgefunden werden (vermutlich um eine Identifizierung zu erschweren).[49]

Und weiterhin wird am Krieg auf allen zivilen und militärischen Ebenen verdient: Die Truppe bekommt Sonderzulagen für Kampfeinsätze. Zeitsoldaten und Wehrpflichtige kassieren Schmiergeld an den Postenketten. Offiziere mittleren Ranges streichen erpreßte Lösegelder ein. Höhere Offiziere lassen Finanzmittel aus dem Militärbudget und Sonderzuweisungen für den Krieg in die eigenen Taschen fließen. Mitarbeiter der Zivilverwaltung veruntreuen die für den »Wiederaufbau« der Republik bereitgestellten Mittel. Und alle zusammen – russische Militärs, Verwaltungsbeamte und ein Teil der Rebellen – machen Geschäfte mit illegalem Ölhandel und dem Verkauf von Waffen.

Das eigentliche Ziel der militärischen Operationen, die Vernichtung der Rebellen, ist ungeachtet dessen nicht erreicht worden. Zwar gelang es den russischen Truppen, größere militärische Einheiten der Rebellen bis zum Frühjahr 2001 zu vernichten, so daß Generalstabschef Kwaschnin und der Chef der Interventionstruppen, General Troschew, den »militärischen Teil« der »antiterroristischen Operation« für beendet erklären konnten, nachdem schon vorher, im Januar, die Leitung des Kampfes dem FSB übertragen worden war.[50] Im April 2002 stellte aber Kadyrow fest, durch das Verhalten der föderalen Truppen nehme »die Zahl der Rebellen nicht ab: Früher war von 1500 die Rede, heute sprechen wir immer noch von 1500«.[51] Allerdings sind im Verlauf des Krieges ganz unterschiedliche Zahlen genannt worden, die von den 1500 Kämpfern Kadyrows bis zu von der russischen Militärführung angegebenen 26 000 Mann »illegaler bewaffneter Formationen« reichen.[52] Der Eindruck entsteht, als würden derartige Zahlen ganz willkürlich, ohne jeglichen Bezug zur Wirklichkeit gehandelt.

Wie groß auch immer die Anzahl bewaffneter Rebellen sein mag, auch heute erleiden die russischen Truppen nahezu täglich Verluste. Manchmal sind sie spektakulär. So wurde im August 2002 ein Armeehubschrauber über der russischen Militärbasis Chankala, der Kommandozentrale der russischen Truppen in Tschetschenien nahe Grosnyj, abgeschossen; 118 russische Militärs kamen dabei ums Leben. Insgesamt sind bisher nach offiziellen russischen Angaben 14 429 Tote und 12 285 Verwundete zu beklagen. Zum Vergleich: In Afghanistan kamen in den elf Jahren der sowjetischen Militärintervention zwischen 13 000 und 15 000 sowjetische Soldaten ums Leben.[53]

Das Verhalten der Streitkräfte und Sondertruppen in Tschetschenien, so steht zu befürchten, ist einerseits eine logische Konsequenz des allgemeinen Zustands der Armee; andererseits stellt es ein ernstes Hindernis für eine wirkliche »Normalisierung« und »Befriedung« der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Kaukasusrepublik dar. Der Krieg hat auch katastrophale Rückwirkungen auf den allgemeinen Zustand der Armee und die Gesellschaft, macht eine richtig verstandene Militärreform noch schwieriger, als sie ohnehin schon ist. »Die Männer«, um eine

48 No More Mass Sweep Operations in Chechnya – Administration Chief, in: Interfax-Military News Agency (AVN), Weekly Newsletter, 40 (30.9.2002) 55.

49 Markus *Wehner*, Entführt von Maskierten im Tarnanzug, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.2.2003, S. 3.

50 Putin Shifts Chechen Command to FSB, in: RFE/RL Features, 22.1.2001, <http://www.rferl.org/nca/features/2001/01/22012001121603.asp>; Simon *Saradzhyan*, Troop Withdrawal May Allow Rebels to Take Over, in: Moscow Times (Internetausgabe), 23.6.2000.

51 *Politkovskaja*, Tschetschenien [wie Fn. 42], S. 196.

52 Ebd., S. 151, 168.

53 Diese Berechnungen hat der bekannte Moskauer Publizist Otto Lazis angestellt; zitiert bei Elfie *Siegel*, Absturz in Tschetschenien, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.8.2002, S. 4. Die regelmäßig veröffentlichten Opferzahlen liegen um etwa 10 000 niedriger als diejenigen, auf die man (wie Lazis) durch die Addition offizieller Angaben kommt – ein Widerspruch, der sich dadurch erklärt, daß vom Kreml meistens nur die Zahlen eines der drei Bestandteile der föderalen Truppen angegeben werden. Manchmal werden fälschlich die Verlustzahlen für einen dieser drei Bestandteile als Gesamtzahl angesehen oder ausgegeben, so beispielsweise von Jurij *Gavrilov*, Čečnja. Trudnyj put' k miru [Tschetschenien: Schwieriger Weg zum Frieden], in: Krasnaja zvezda, 6.2.2001, S. 1.

besorgte russische Stimme zu zitieren, »die sich Offiziere nennen und diesen Sumpf aus allgegenwärtiger Lüge und moralischer Verkommenheit etabliert haben, nehmen die Erfahrung völliger Straflosigkeit ihres verwerflichen Tuns mit zurück in alle Regionen des Landes. ›Tschetschenien‹ als Denk-, Empfindungs- und Handlungsmuster breitet sich aus wie ein Krebsgeschwür, infiziert alle Schichten der Gesellschaft und verursacht eine Tragödie von gesamtnationalem Ausmaß.«[54]

Keine Alternative zur Militärreform

Das düstere Bild des Zustands und der inneren Verfassung der russischen Streitkräfte und Sondertruppen setzt sich aus vielen Mosaiksteinen zusammen. Nicht zuletzt um dem derzeit oft von offiziellen russischen Stellen erhobenen Vorwurf westlicher »Einseitigkeit« und »Voreingenommenheit« zu begegnen, stützt sich diese Studie nahezu ausschließlich auf offizielle russische Angaben und auf die freie Berichterstattung in Rußland. Einige Korrekturen sollten aber vorgenommen werden, weil sie geeignet sind, das düstere Bild etwas zu aufzuhellen.

Neben den drei Hauptträgern der Kampfhandlungen und »Säuberungen« in der abtrünnigen Republik – den Truppen des Verteidigungsministeriums, des Innenministeriums (MWD) und des Inlandsgeheimdienstes (FSB) – sind auch Grenztruppen und Spezialeinheiten (Speznas) des FSB, der militärischen Aufklärung (GRU), des Innenministeriums gegen organisierte Kriminalität (RUBOP) sowie zur Befreiung von Geiseln (SOBR) und der Polizei (OMON) aktiv. Ähnlich wie gezeigt wurde, daß zwischen dem Verhalten der Wehrmacht und jenem der Einsatzgruppen der SS im Zweiten Weltkrieg zu differenzieren ist, würde eine eingehende Untersuchung der Akteure im Tschetschenienkrieg vermutlich zeigen, daß die regulären Einheiten der Streitkräfte vergleichsweise seltener an Gewalttaten gegen Zivilisten beteiligt sind als Sondereinheiten wie die OMON. Die Betonung muß allerdings auf *vergleichsweise* liegen.[55]

Lichtblicke lassen sich aus der Bewertung Sergej Iwanows ableiten, der Zustand militärischer Einheiten hinge »ganz entscheidend davon ab, wer ihr Kommandeur ist«.[56] In der Tat, es gibt professionelle und reformfreudige Kommandeure, die gegen Versuchungen von Korruption gefeit sind. Insbesondere die Luftlandetruppen bilden eine Ausnahme vom allgemein desolaten Zustand der Streitkräfte (siehe nächstes Kapitel).[57] Vermutlich trifft das auch für Großeinheiten mit besonderen Aufgaben wie die 4. Panzer-(Kantemirow) und die 2. MotSchützen-(Taman)Division zu sowie für hochtechnisierte Einheiten wie die Raketentruppen.[58]

Insgesamt bleibt das Bild aber besorgniserregend, eine umfassende Militärreform erscheint unabdingbar. Nachfolgend soll untersucht werden, was unter Militärreform in Rußland verstanden wird, welche Maßnahmen getroffen und zum Teil wieder zurückgenommen worden sind, und welche Erfolgsaussichten die gegenwärtigen Reformpläne überhaupt haben.

54 *Politkovskaja*, Tschetschenien [wie Fn. 42], S. 185.

55 Probleme der Beweisführung bei der Aufklärung von Verbrechen sind: (1) Die bei den »Säuberungsaktionen« beteiligten Truppen verschmieren oft die Kennzeichen und Markierungen der Kraftfahrzeuge, Schützenpanzer und Panzer, um eine Identifizierung der Einheit unmöglich zu machen. (2) Gewalttäter weisen sich nicht aus und tragen meist schwarze Wollmützen, die nur Augen und Nase freilassen.

56 Sergej Ivanov: eksperiment po perechodu na kontraktnuju osnovu proizojdët vo vsech silovych strukturach [Sergej Iwanow: Das Experiment zum Übergang zu einer Kontraktbasis soll auf alle Machtstrukturen übertragen werden], in: Strana.ru, 19.4.2002, <http://strana.ru/print/130955.html>.

57 Dies ist auch der Eindruck, den deutsche Offiziere der Luftlandebrigade 26 während ihrer Besuche bei drei Regimentern der 98. Luftlandedivision (Iwanowo, Kostroma) im Rahmen des bilateralen Jahresprogramms 2002 gewannen; Quelle: Gespräche mit deutschen Offizieren.

58 Die Taman- und die Kantemirow-Division sind beide in der Nähe Moskaus dislociert. Traditionell werden sie nicht nur zu Paraden herangezogen, sondern sollen offenbar auch die Sicherheit der in der russischen Hauptstadt angesiedelten Verfassungsorgane und insbesondere des Präsidenten garantieren.

Reformbemühungen unter Putin

»Zum ersten Mal haben wir Ende der achtziger Jahre begonnen, über die Militärreform zu reden. Damals schien das eine revolutionäre Idee zu sein. Seitdem hat sich aber nichts Revolutionäres getan.«[59]

»Wir reden und reden und halten Sitzungen ab, aber das Räderwerk der Reform befindet sich im Leerlauf.«[60]

»Die Haupterrungenschaft der Umstrukturierungen der Streitkräfte besteht in der geringeren Zahl von Möglichkeiten, die Verteidigung Rußlands zu gewährleisten.«[61]

Alle Entscheidungen über die Reform des Militärwesens wurden zunächst auf den Sommer 2000 vertagt. Anfang Dezember 1999 hatte der Ausschuß für Militärreform des Sicherheitsrats zwar einen Arbeitsplan verabschiedet. Ein mit diesem Dokument vertrauter russischer Militärexperte kam jedoch zu folgendem Ergebnis: Die Kommandeure der »Machtministerien« seien einerseits mit dem Krieg in Tschetschenien beschäftigt, andererseits damit, wie sie ihre Privilegien bewahren oder auch Wohnungssituation, Gehälter und Pensionszahlungen verbessern könnten. Der Arbeitsplan »sieht überhaupt keine Bewegung auf dem ›Bauplatz‹ der militärischen Reformbemühungen vor – im Gegenteil, er programmiert eine tote Saison für die Reform der militärischen Organisation bis zum Abschluß der Präsidentschaftswahlen«.[62]

Auch nach Putins Wahl zum Präsidenten im März 2000 gab es anfangs keine Impulse für eine Neuauflage der Reformbemühungen. Im Zuge seines Aufstiegs zum höchsten politischen Amt und damit zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte schien es auch so, als wolle er dem Militär und den Sicherheitsdiensten wie in der Sowjetära eine privilegierte Rolle in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einräumen. Schließlich war Putins Aufstieg eng mit seiner Entscheidung verbunden, in Tschetschenien militärisch zu intervenieren, den Krieg dieses Mal »bis zum Ende« *(do konza)* zu führen und dem Militär dabei praktisch freie Hand zu lassen. Der Eindruck, er habe eine Schwäche für das Militär, wurde in den ersten Monaten seiner Amtszeit noch verstärkt. Im April stattete er der Nordmeerflotte in Murmansk und der Baltischen Flotte in Baltijsk einen Besuch ab, und im August nahm er an den Feierlichkeiten zum Jahrestag der Gründung der Luftlandetruppen sowie am Tag der Luftstreitkräfte teil. Putin unterzeichnete auch verschiedene Dokumente zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik: im Januar ein neues Sicherheitskonzept, im März eine Marinedoktrin und im April eine neue Militärdoktrin. Alle diese Dokumente verkündeten im wesentlichen hehre Grundsätze, enthielten jedoch keine Konkretisierungen zur Militärpolitik.[63]

Die Phase zwischen Putins Aufstieg zum höchsten Amt und der Konsolidierung seiner Macht war aber durch scharfe Auseinandersetzungen innerhalb der Militärführung gekennzeichnet. Verteidigungsminister Sergejew ging dabei so weit, die von Generalstabschef Kwaschnin entwickelten Vorstellungen etwa über den Vorrang der konventionellen Rüstung als »Schädigung der nationalen Sicherheit Rußlands« und als »verbrecherische Dummheit« zu bezeichnen.[64] Ein Machtwort des Präsidenten war dringend geboten.

59 Generalmajor a.D. Vladimir *Dudnik*, Naëmniki ili dobrovol'cy? [Söldner oder Freiwillige?], in: Večernaja Moskva (Integrum, online), 4.4.2002.
60 Putin auf einer Sitzung des nationalen Sicherheitsrats am 11. August 2000; Strategija voennogo stroitel'stva [wie Fn. 6].
61 Zitiert bei Igor' *Korotčenko* (Interviewer)/Andrej *Nikolaev* (Interviewter), Dumskij plan voennoj reformy [Der Plan der Duma für die Militärreform], in: Nezavisimoe voennoe obozrenie (online), 8.2.2002. General Andrej Nikolajew ist Vorsitzender des Duma-Komitees für Verteidigungsfragen.
62 Vladimir *Ermolin*, Mërtvyj sezon voennogo stroitel'stva [Tote Saison für die militärische Entwicklung], in: Izvestija, 7.12.1999, S. 2.
63 Einzelheiten bei Hannes *Adomeit*, Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter Putin: Neue Akzente oder gewohnte Großmachtnostalgie?, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik, September 2000 (S 434).
64 Russische Berichte zur Kontroverse über Organisationsstruktur und Finanzierung der Raketenstreitkräfte: Nikolaij *Petrov*, Koncepcija voennogo perevorota. Načal'nik Genštaba predložil reformirovat' ministra oborony [Konzept eines militärischen Umsturzes: Der Generalstabschef schlug vor, den Verteidigungsminister zu reformieren], in: Kommersant', 15.7.2000; weitere Berichte im NTV (russisches Fernsehen), 11.7. und 14.7.2000, sowie in: Itogi, 14.7.2000. Westliche Berichte: David *McHugh*, Sergeyev Slams Kvashnin Missile Plan as »Criminal«, in: Moscow Times (Internetausgabe), 15.7.2000;

Die Sitzung des Sicherheitsrats am 11. August 2000 über die militärische Entwicklung Rußlands bis zum Jahre 2015 markierte einen Wendepunkt. Sie läutete eine neue Runde in den Bemühungen um eine Militärreform ein und markierte einen Wandel in der öffentlichen Haltung Putins zum Militär. So überraschte Putin in seiner Eröffnungsrede die Öffentlichkeit und vermutlich auch die Militärführung mit herber Kritik: Er habe die Auseinandersetzungen im militärischen Establishment *(woennoje wedomstwo)* »ziemlich geduldig« verfolgt. In der Gesellschaft insgesamt, fügte er mit deutlicher Spitze gegen die Militärführung hinzu, sei der Streit »natürlich richtig gewesen«. Jetzt aber sei es an der Zeit, einen »Schlußstrich unter diese Diskussion zu ziehen [...], eine ausgewogene Entscheidung herbeizuführen und einen Plan für ihre Verwirklichung festzulegen.«[65]

Die Kernpunkte der von Putin im Sommer und Herbst 2000 getroffenen Richtungsentscheidungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:[66]

- Die Frage, ob der nuklearstrategischen oder der konventionellen Rüstung organisatorisch und finanziell Vorrang eingeräumt werden sollte, wurde im Prinzip zugunsten der *konventionellen Kräfte* entschieden. In der Militärführung bedeutete dies eine Schwächung der Machtposition Sergejews, der folgerichtig im März 2001 abgelöst wurde, und eine Stärkung des Einflusses Kwaschnins. Welche konkreten Konsequenzen die Entscheidung aber haben wird, bleibt unklar.
- Im Einklang mit Putins kurz nach der Sitzung des Sicherheitsrats vom 11. August 2000 erhobener Forderung, die Streitkräfte müßten »kompakt, modern und gut bezahlt« sein, wurden weitere drastische *Personalkürzungen* festgelegt. Diese sollten sowohl Streitkräfte und »andere Truppen« als auch Zivilangestellte in allen bewaffneten Kräften betreffen.
- Die *»anderen« Truppen* sollten in ihren militärischen Aufgaben und ihrer Ausrüstung eingeschränkt werden. Das Innenministerium (MWD) sollte zwar weiter militärische Formationen und eigene Verbände mit Schützenpanzern besitzen, die aber numerisch begrenzt werden und nicht mehr über schwere Waffen verfügen sollten. Das administrative System des MWD sollte aufgelöst, die Grenztruppen in einen im wesentlichen nichtmilitärisch strukturierten Grenzschutz umgewandelt werden.
- Die unter Jelzin begonnene Verringerung der Anzahl der Militärbezirke von acht auf sechs und ihre Zuordnung zu »operativen Kommandos in strategischer Richtung« sollte fortgesetzt werden. Den Kommandos sollten auch die vielfältigen »anderen Truppen« im jeweiligen Bezirk operativ unterstellt werden.
- Die chronische Unausgewogenheit der *Verteidigungsausgaben* sollte beseitigt werden: Statt bisher rund zwei Dritteln für den Unterhalt der Streitkräfte und einem Drittel für Forschung, Entwicklung und Beschaffung neuer Waffen sollten künftig die Ausgabenanteile aus zwei gleichen Hälften bestehen.

Was ist nun aus diesen Reformabsichten geworden? Die von Sergejew 1997 herbeigeführte Eingliederung der Weltraumraketenabwehr und der Militärkosmischen Kräfte in die Strategischen Raketentruppen wurde rückgängig gemacht. Die beiden Komponenten sollten nun in der Truppengattung *(rod)* »Militärkos-

Struggle in Russian Defense Ministry Bursts into Open, in: Jamestown Monitor, 13.7.2000.

65 Putin in seiner Rede zur Eröffnung der Sitzung des nationalen Sicherheitsrats am 11.8.2000 [wie Fn. 6].

66 Quellen: Beschlüsse des Sicherheitsrats vom 11.8.2000: Strategija voennogo stroitel'stva, in: Krasnaja zvezda (Internetausgabe), 16.8.2000; Andrej *Korbut*, Sovbez soglasil'sja s predloženijami genštaba [Der Sicherheitsrat stimmte den Vorschlägen des Generalstabes zu], in: Nezavisimaja gazeta (Internetausgabe), 15.8.2000. Meldung von Interfax am 7.9.2000: RFE/RL Newsline, 8.9.2000; Marschall Sergejew am 8.9.2000: Rešenija prinjaty [Die Entscheidungen sind getroffen worden], in: Krasnaja zvezda (Internetausgabe), 9.9.2000. – Putins Forderung, die Streitkräfte müßten »kompakt, modern und gut bezahlt« sein: Interv'ju prezidenta RF V.V. Putina [Interview des Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin], in: Monitoring SMI, RTR, CRPI (Integrum, online), 24.8.2002. – Sitzung des Sicherheitsrats vom 27.9.2000: Jurij *Gavrilov*, Mechaničeskogo sokraščenija voennych struktur ne budet [Eine mechanistische Kürzung der militärischen Strukturen wird es nicht geben], in: Monitoring SMI, RTR, CRPI (Integrum, online), 29.9.2000; Kvoennoj organizacii XXI veka [In Richtung auf eine Militärorganisation des 21. Jahrhunderts], in Krasnaja zvezda (Internetausgabe), 29.9.2000. – Beschlüsse des Sicherheitsrats vom 9.11.2000: Andrej *Korbut*, Genštab berjët upravlenie na sebja [Der Generalstab übernimmt die Regie], in: Nezavisimaja gazeta (Internetausgabe), 17.11.2000; Andrej *Rumjancev*/Evgenij *Poloiko*, in: Vesti, CRPI (Integrum, online), 9.11.2000. – Zur Umstrukturierung der RWSN: *Chodarenok*, Spasti čast' armii [wie Fn. 25]; Sergej *Ptičkin*, Vperëd, kosmičeskie sily! [Vorwärts, Raketentruppen!], in: Rossijskaja gazeta (Internetausgabe), 26.1.2001; V Rossii budjet sozdan novy rod vojsk [In Rußland wird eine neue Truppengattung geschaffen], in: Monitoring SMI, RTR, CRPI (Integrum, online), 25.1.2001. – Westliche Analysen: Franz *Walter*, Putin und das Militär: Rußlands Militärorganisation vor einer neuen Reformrunde, in: Osteuropa, 50 (Dezember 2000) 123, S. 1316–1328.

mische Kräfte« zusammengefaßt und zentral vom Generalstab geführt werden. Die Strategischen Raketentruppen ihrerseits sollten ihren Status als Teilstreitkraft *(vid)* verlieren und nur noch eine selbständige, ebenfalls zentral geführte Truppengattung sein. Diese organisatorischen Änderungen erfolgten im Januar 2001. Darüber hinaus sollen die strategischen Raketentruppen (RWSN) bis 2006 in die Teilstreitkraft Luftstreitkräfte eingegliedert werden. Im Zuge einer umfangreichen Beseitigung von Interkontinentalraketen ist geplant, zehn Divisionskommandos aufzulösen.

Die Landstreitkräfte sowie die nichtnuklearen Komponenten der Luftwaffe und der Marine sollen mittels zusätzlicher Finanzmittel modernisiert werden. Die 1997 vollzogenen Veränderungen bei den Landstreitkräften wurden im April 2001 zurückgenommen. Entsprechend wurde das Oberkommando der Landstreitkräfte wiederhergestellt. Im Rahmen der neuen Priorität zugunsten der konventionellen Streitkräfte und insbesondere der Landstreitkräfte erhielt der neue Kommandeur (Kormilzew) wieder größeren Einfluß sowohl im Generalstab als auch im Verteidigungsministerium, was sich unter anderem in der Tatsache niederschlägt, daß er als einziger Chef einer Teilstreitkraft gleichzeitig stellvertretender Verteidigungsminister ist (für Ausbildungsfragen zuständig).

Sieht man von der nunmehr erfolgten Kürzung der Anzahl der Teilstreitkräfte auf drei ab, dann stellte die Reform lediglich den Status quo ante in Organisationsfragen wieder her. Die Anzahl der Militärbezirke wurde zwar auf sechs verringert, und die Zusammenfassung aller sicherheitsrelevanten Aktivitäten kam voran, die Errichtung von Kommandos für »strategische Richtungen« aber nicht. Die Kompetenzen der Kommandeure der Militärbezirke scheinen sich also nicht wesentlich geändert zu haben.

Im März 2003 wurden weitere organisatorische Veränderungen vorgenommen. Der Grenzschutz mit seinen rund 200 000 Mann, Flugzeugen, Artillerie, Panzerfahrzeugen und Patrouillenbooten wurde dem Inlandsgeheimdienst FSB unterstellt. Ein ähnliches Schicksal erlitt der Kommunikationsgeheimdienst FAPSI mit seinen knapp 39 000 militärischen und 15 000 zivilen Mitarbeitern: Seine Funktionen wurden zwischen dem Verteidigungsministerium und dem FSB aufgeteilt. Die militärischen Fähigkeiten des Inlandsgeheimdienstes werden durch diese Veränderungen erheblich verstärkt, seine Aufgaben ausgeweitet – eine Tatsache, die sich bereits im Januar 2001 mit der Übertragung auch der militärischen Operationen in Tschetschenien an den FSB angekündigt hatte (siehe oben, S. 17).[67]

Mit einer Streitkräftereform haben diese Umstrukturierungen im Militär- und Sicherheitswesen allerdings wenig zu tun. Auch die ineffiziente und kostspielige Überlappung und Vervielfältigung militärischer und sicherheitsrelevanter Aufgaben wird dadurch nicht eingeschränkt. Und die organisatorischen Veränderungen betreffen auch nicht das eigentliche Kernstück der Reformansätze vom Sommer und Herbst 2000, das nach wie vor in der beabsichtigten drastischen Reduzierung aller bewaffneten Kräfte besteht.

Personalstärken im Zwielicht

Die Beschlüsse vom Sommer und Herbst 2000 sahen vor, insgesamt 600 000 Dienstposten für Militärangehörige und Zivilbeschäftigte zu streichen. Dabei ist zu beachten, daß es sich um *Soll-Stärken*, das heißt um Dienstposten in den bewaffneten Kräften handelt, nicht um tatsächlich dienende Militärangehörige oder beschäftigte Zivilpersonen.

Die Personalstärke der Streitkräfte sollte im Zeitraum von 2001 bis 2003 um 350 000 beziehungsweise bis zum Jahre 2005 um 365 000 Mann verringert, 240 000 Offiziere sollten entlassen werden, davon 30% mit höheren Dienstgraden (Oberst, Oberstleutnant, Major), und 380 von ungefähr 1400 Generalen.[68]

Die Kürzungen bei den »anderen Truppen« sollten 105 000 Mann betragen. Die Anzahl der Zivilbeschäftigten in den bewaffneten Kräften sollte um 130 000 reduziert werden. Die vorgesehenen Kürzungen für die den Teilstreitkräften und Waffengattungen sowie dem Generalstab unterstellten Kräfte, Einrichtungen und Dienststellen sind in Tabelle 4 (S. 22) zusammengefaßt.

Die bei den Streitkräften beabsichtigten Kürzungen werfen die Frage auf, welche Ausgangsgrößen angesetzt worden sind. Darüber wurden keine Angaben

67 Zur Reorganisation föderaler Militär- und Sicherheitsorgane vom März 2003 siehe Pavel *Felgengauer*, Železnyj Feliks [Der eiserne Felix], in: Novaja gazeta (Integrum, online), 13.3.2003; Natalja *Kalašnikova*, Silovoj priëm [Kraftakt], in: Itogi (Integrum, online), 18.3.2003; Markus *Wehner*, Putin stärkt den Geheimdienst, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.3.2003, S. 6.

68 Die Beschlüsse beziehen sich durchweg auf die Soll-Stärke *(štatnaja čislennost')*, nicht auf die Ist-Stärke *(spisočnaja čislennost')*.

Tabelle 4
Geplante Kürzungen sowie Soll- und Ist-Stärken der Streitkräfte

Teilstreitkräfte			*Reduzierungsumfang bis 2005*		
	Soll 2001	*Ist 2001*	*Soll*	*Ist*	*Soll 2005*
Landstreitkräfte inkl. Luftlandetruppen und Anteil in Ausbildungs-/Logistikeinrichtungen und zentralen militärischen Dienststellen	580 000	~410 000	−180 000	~ −10 000	400 000
Luftstreitkräfte / Luftverteidigung	190 000	~165 000	−40 000	~ −15 000	150 000
Seestreitkräfte	180 000	~136 000	−50 000	~ −6 000	130 000
Strategische Raketentruppen	170 000	~170 000	−70 000	~ −70 000	100 000
Zentral unterstellte Kräfte, Einrichtungen, Dienststellen	80 000	~80 000	−25 000	~ −25 000	55 000
Gesamt	1 200 000	~961 000	−365 000	~ −126 000	835 000

Quellen: Military Balance 1999–2000, S. 104–118; Military Balance 2000–2001, S. 109–126; Military Balance 2002–2003, S. 85–94; Franz *Walter*, Putin und das Militär: Rußlands Militärorganisation vor einer neuen Reformrunde, in: Osteuropa, 50 (Dezember 2000) 123, S. 1325; Christopher J. *Hill*, Russian Defense Spending, in: Russia's Uncertain Economic Future, Congress of the United States, Joint Economic Committee, Compendium of Papers, December 2001, Washington: U.S. Government Printing Office, 2002, S. 178; Russische Quellen finden sich in Anm. 66.

gemacht. Da aber sowohl die Zielgrößen bis 2005 als auch die Kürzungen angegeben wurden, lassen sich auch die Ausgangswerte berechnen.

Bei den »anderen Truppen« waren im September 2000 Reduzierungen in Höhe von lediglich 60 000 Mann vorgesehen (MWD 20 000, Eisenbahntruppen 10 000, Grenztruppen 5000, weitere Truppen 25 000). Das krasse Mißverhältnis der Einschnitte bei den Streitkräften im Vergleich zu den Kürzungen bei den Sondertruppen sprang sofort ins Auge: Während die dem Verteidigungsministerium unterstellten Truppen um 30,4% beschnitten werden sollten, waren Kürzungen bei den »anderen Truppen« (bei einer Ausgangsgröße von 1 Mio. Mann) nur in Höhe von 6% vorgesehen. Das Mißverhältnis zeigt, daß der Reduzierungsprozeß eine wichtige innenpolitische Dimension hat. Denn eine rationale Struktur verringerter bewaffneter Kräfte würde eine mehr oder weniger ausgewogene Kürzung bei allen bewaffneten Kräften erfordern. Offensichtlich hatten die Sondertruppen aber im Geflecht der Machtstrukturen eine so starke Stellung, daß sie nicht nur ihre zweifelhafte Existenz sichern, sondern auch drastische Einschnitte verhindern konnten. Im November 2000 wurde dann zwar vom Sicherheitsrat beschlossen, die »anderen Truppen« um 105 000 Mann zu verringern, der Kürzungsanteil bei diesen Truppen erhöhte sich dadurch allerdings lediglich auf 10,5%.

Das Mißverhältnis der geplanten Kürzungen bei den Zivilbeschäftigten war sogar noch krasser. Im August 2000 war davon die Rede, die Anzahl der zivilen Dienstposten bei den Streitkräften um 120 000 zu reduzieren, und im November hieß es, 130 000 Zivilbeschäftigte sollten bei *allen* bewaffneten Kräften gestrichen werden. Die Sondertruppen würden demnach nur 10 000 zivile Dienstposten verlieren.

Die Kürzungsvorhaben werfen drei zentrale Fragen auf: Erstens, wie zuverlässig sind die russischen Zahlenangaben? Zweitens, sind seit dem Sommer und Herbst 2000 tatsächlich Kürzungen erfolgt? Drittens, wie groß sind die Chancen, daß die Reduzierungsziele bis 2005 erreicht werden?

Zur Zuverlässigkeit der Zahlenangaben. Bei Betrachtung der russischen Angaben kann man sich schwerlich des Eindrucks erwehren, daß sie im wirtschaftlichen und politischen Interesse manipuliert und frisiert werden. Nicht deutlich genug kann unterstrichen werden, daß es bei den Angaben zur Truppenstärke um *Soll-Zahlen* geht, also um Dienstposten, die nur zu einem gewissen Prozentsatz tatsächlich besetzt sind. Die Gründe für die Zahlenmanipulationen sind offensichtlich: Die Zuweisungen des Finanzministeriums werden durch die Anzahl der autorisierten Dienstposten bestimmt, nicht durch die Anzahl der aktiv dienenden Soldaten, Unteroffiziere, Offiziere und Zivilbeschäftigten. Infolgedessen wäre

auch ein Teil der geplanten Kürzungen relativ schmerzlos zu vollziehen: Unbesetzte Posten könnten gestrichen werden. Dadurch würde die Wirklichkeit mit dem »Soll« in Einklang gebracht. Den offiziellen Angaben über die Zielgrößen für das Jahr 2005 oder darüber hinaus ist aber *nicht* zu entnehmen, ob die verringerten Soll-Truppenstärken mehr oder weniger mit den Ist-Stärken identisch wären.

Ebenfalls unbestimmt bleibt, ob es sich bei manchen offiziellen Daten um irrtümlich falsche Angaben, Verschleierungsversuche oder Berichtigungen handelt.[69] Allerdings läßt sich aus den offiziellen und inoffiziellen Zahlenangaben deutlich die Tendenz herauslesen, die Anzahl der Dienstposten nach oben zu »berichtigen«, um Kürzungserfolge präsentieren zu können.

- So wurde im August 2001 im russischen Verteidigungsministerium das Soll der regulären Streitkräfte, wenn auch inoffiziell, auf 1,365 Mio. Mann beziffert. Bis dahin war aber immer nur von 1,2 Mio. Mann die Rede gewesen.[70]
- Im Januar 2002 teilte Verteidigungsminister Iwanow mit, im Vorjahr habe der Personalbestand der Streitkräfte 1,274 Mio. Mann betragen.[71] Dieser Bestand sei im Laufe des Jahres 2001 um 91 000 Militärangehörige reduziert worden (das Zivilpersonal um 14 500 Personen). Seine Schlußfolgerung: »Wir nähern uns der Zahl, die vom Sicherheitsrat festgelegt worden ist, etwa eine Million Militärangehörige.« Ein kursorischer Blick auf diese Daten zeigt: Nach der angeblich erfolgten Kürzung auf 1,183 Mio. Mann liegt der Bestand näher an der seit Jahren offiziell verbreiteten Zahl von 1,2 Mio. als bei der »Zielgröße« von 1 Mio. Mann.[72]

Zu Kürzungen und Reduzierungszielen. Was immer auch die Zielgröße im Januar 2002 gewesen sein mag, im Juni 2002 wurde sie verändert: Der Sicherheitsrat »bestätigte Dokumente«, denen zufolge nicht nur der Zeitpunkt für die Reduzierung der Streitkräfte auf 850 000 (eigentlich 835 000) Mann von 2005 auf 2010 verschoben, sondern auch die Zielgröße für die Truppenstärke aufgestockt wurde. Im Jahre 2010 könnte sie »zwischen 850 000 und 1 Million« betragen, hieß es aus dem Sicherheitsrat.[73] Mit anderen Worten: Der Sicherheitsrat hat die Reduzierungspläne de facto aufgehoben, im Prinzip ein Millionenheer auch noch für das Jahr 2010 abgesegnet (!). Putin begründete diese Wende wie folgt: Sie sei aufgrund einer »realistischen Einschätzung der militärpolitischen Situation und einer klaren Erkenntnis potentieller Bedrohungen der nationalen Sicherheit« erforderlich geworden.[74]

69 So sagte beispielsweise Sergej Iwanow im Zusammenhang mit der Sitzung des nationalen Sicherheitsrats vom November 2000 (zu diesem Zeitpunkt war er noch Sekretär des Sicherheitsrats), in den Machtstrukturen täten »heute rund drei Millionen Leute in Uniform [ljudi w pogonach] Dienst«. Diese Zahl bezog sich offensichtlich auf Militärbedienstete und Zivilbeschäftigte, denn er sagte auch, die »Machtstrukturen« umfaßten 2,36 Mio. Militärangehörige *(woennye)* und 960 000 Zivilbedienstete. Stellt man jedoch die damals offiziell gehandelten Angaben zur Anzahl der Truppen des Verteidigungsministeriums mit 1,2 Mio. in Rechnung, würde Iwanows Aussage bedeuten, daß es im Jahre 2000 1,16 Mio. Planstellen bei den »anderen« militärischen Formationen gab – eine (wiederum viel zu hohe) Zahl, die zu vorherigen offiziellen Angaben in eklatantem Widerspruch steht; Natal'ja *Archangel'skaja*, Oborona bezopasnosti. Monologi o voennoj reforme [Verteidigung der Sicherheit: Monologe über die Militärreform], in: Ekspert (Internetausgabe), 20.11.2000; zu weiteren Einzelheiten der Sitzung vom 9.11.2000 siehe Čislennost' rossijskich silovikov sokratja na 20% [Die Anzahl der (Diensttuenden) in den russischen Machtstrukturen wird um 20% gekürzt], in: www.lenta.ru (eingesehen am 9.11.2000); Vitalij *Denisov*, Voennaja reforma: limit vremeni isčerpan [Militärreform: Die Frist ist verstrichen], in: Krasnaja zvezda (Internetausgabe), 11.11.2000.

70 Pavel *Felgenhauer*, Defense Dossier: Military Cuts Illusory, in: Moscow Times, 30.8.2001, S. 8.

71 Pressekonferenz Sergej Iwanows, Interfax (russ.), 31.1.2002.

72 Stellt man die bis dahin verbindliche Ausgangsgröße von 1,2 Mio. Mann in Rechnung, betrugen die Kürzungen der militärischen Dienstposten im Jahre 2001 lediglich 17 000 Mann. Nicht herauszufinden war, ob beziehungsweise wann und wo der Sicherheitsrat die von Iwanow zitierte Zielgröße von 1 Mio. Mann genannt hat.

73 Viktor *Barancev*, Sovbez rešil sokraščat' armiju. No ne tak bystro [Der Sicherheitsrat beschloß, die Armee zu reduzieren – aber nicht so schnell], in: Komsomol'skaja pravda (Integrum, online), 3.6.2002. Der Autor des Berichts über die Sicherheitsratssitzung stellte weiterhin fest: »Heute beträgt die Soll-Stärke der Streitkräfte Rußlands 1,2 Mio. Militärangehörige.« Unklar ist, ob er seine eigene Auffassung oder Angaben des Sicherheitsrats wiedergibt.

74 Zitiert bei *Barancev*, Sovbez rešil sokraščat' armiju [wie Fn. 73]. Ende November 2002 nahm Iwanow die Kürzungsrhetorik wieder auf. Bis zum 1. Januar 2003, kündigte er an, würde die Personalstärke der Streitkräfte auf eine Zahl von 1,126 Mio. Militärangehörigen verringert; Ivanov: do konca goda armija budet sokraščena do 1126 tysjač čelovek [Iwanow: Bis zum Ende des Jahres wird die Armee auf 1 126 000 Mann reduziert], in: Gazeta.ru (Integrum, online), 26.11.2002. Nimmt man wiederum 1,2 Mio. Mann (Januar 2000) als Ausgangsbasis, nicht also die 1,274 Mio. Iwanows, hieße das: Innerhalb von drei Jahren (2000–2002) wurden nur 74 000 Posten gestrichen. Bei dieser Kürzungsrate (24 666 Mann pro Jahr) würde man eine Truppenstärke von 850 000

Um die Zahlendiskussion abzuschließen: Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sind in Ausführung der Reduzierungspläne seit 2000 nur wenige, möglicherweise sogar überhaupt keine besetzten Dienstposten gestrichen worden. Entsprechend hat sich die Ist-Stärke der Streitkräfte und Sondertruppen seit 1998 nicht oder kaum verändert. Soweit Kürzungen vorgenommen worden sind, betreffen sie Gogolsche »tote Seelen«. Die Reduzierungen sind also »virtuell« und beziehen sich auf eine vorher künstlich erhöhte Ausgangsbasis.

Was die *Soll-Stärke*, das heißt die Anzahl der Planstellen bei den bewaffneten Kräften anbetrifft, so liegt sie wohl auch heute noch bei fast zwei Millionen. Bei den zivilen Dienstposten liegt diese Zahl bei einer Million, wobei die meisten Posten beim Verteidigungsministerium angesiedelt sind und ihre Inhaber oft militärische Aufgaben wahrnehmen. Rechnet man zu diesen Zahlen mehr als eine Million Mann der dem Innenministerium unterstellten Polizeieinheiten und die paramilitärischen Sondereinheiten der Polizei (OMON) hinzu, existieren beim »Heer« der Streitkräfte, Sondertruppen und Sicherheitskräfte sowie der in diesen militärischen, paramilitärischen und polizeilichen Formationen tätigen »Zivil«-Beschäftigten mindestens vier Millionen Dienstposten. Die Belastung der russischen Wirtschaft mit militärischen und sicherheitsrelevanten Ausgaben ist also immer noch sehr hoch.[75] Drastische reale sind anstelle virtueller Kürzungen unerläßlich – vor allem dann, wenn man eine Berufsarmee aufbauen will.

Aufbau einer Berufsarmee – eine »historische Entscheidung«

Präsident Jelzin hatte bereits im Mai 1996 in einem Erlaß festgelegt, daß bis zum Jahr 2000 eine Berufsarmee geschaffen werden solle.[76] Dem damaligen russischen Präsidenten schien es dabei weniger auf die Umsetzung eines wichtigen Bestandteils der Militärreform anzukommen als auf Wählerstimmen.[77] Darauf deutete ein zweiter Ukas vom Mai 1996 hin, demzufolge künftig in bewaffneten Konflikten nur noch Zeit- und Berufssoldaten *(kontraktniki)*, nicht aber Rekruten eingesetzt werden dürften.[78] Kurz vor Beginn des zweiten Tschetschenienkriegs zog Jelzin den Erlaß aber zurück und bestimmte: »Wehrpflichtige können für die Aufgabenerfüllung in bewaffneten Konflikten zur Teilnahme an Kampfhandlungen entsandt werden, wenn sie nicht weniger als sechs Monate Wehrdienst abgeleistet haben.«[79] Und was den Termin für die Einführung eines Berufsheeres anbetraf, hatte Verteidigungsminister Sergejew schon im August 1998 bei der Erläuterung der »Grundlagen für die Entwicklung des Militärwesens bis zum Jahr 2005« auf die Notwendigkeit einer Verschiebung hingewiesen.[80]

Im November 2001 gab Verteidigungsminister Iwanow bekannt, sein Ministerium werde einen konkreten Plan für den allmählichen Übergang von einer Wehrpflichtigen- zu einer Berufsarmee ab 2004 vorlegen. Der Übergang sei »eine historische Entscheidung, eine andere Möglichkeit haben wir nicht«.[81] Allerdings wollte er noch keinen Zeitpunkt nennen, bis zu dem die Umstellung verwirklicht werden sollte. Er merkte lediglich an, die Einführung eines Freiwilligenheeres sei »ein recht langwieriger Prozeß, der

Mann nicht 2005 oder 2010, sondern erst 2014 erreichen.

75 An dieser Stelle wird auf eine Darstellung und Analyse der Höhe und Struktur der russischen Verteidigungsausgaben verzichtet. Angaben dazu (bis zum Herbst 2000) finden sich bei *Adomeit*, Sicherheits- und Verteidigungspolitik [wie Fn. 63].

76 Ukas Nr. 722 vom 16.5.1996, »O perechode k komplektovaniju dolžnostej rjadovogo i seržantskogo sostava Vooružënnych Sil i drugich vojsk Rossijskoj Federacii na professional'noj osnove« [Betreffend den Übergang zur Ergänzung des Personalbestands an gemeinen Soldaten und Unteroffizieren der Streitkräfte und anderer Truppen der Russischen Föderation auf Vertragsgrundlage], in: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, (20.5.1996) 21, S. 5217.

77 Präsidentschaftswahlen waren für Juni 1996 anberaumt. Es war damals keineswegs sicher, ob sich Jelzin gegen seinen Kontrahenten von der Kommunistischen Partei, Gennadij Sjuganow, durchsetzen würde.

78 Ukas Nr. 723 vom 16.5.1996, »O porjadke napravlenija voennoslužaščich sročnoj služby po prizyvu dlja vypolnenija zadač v uslovijach vooružënnych konfliktach i dlja učastija v boevych dejstvijach« [Betreffend die Bedingungen für die Entsendung von Wehrpflichtigen für den befristeten Dienst laut Einberufung für die Erfüllung von Aufgaben in bewaffneten Konflikten und für die Teilnahme an Kampfhandlungen], in: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, (20.5.1996) 21, S. 5218.

79 Ukas Nr. 1366 vom 15.10.1999, »Voprosy prochoždenija voennoj služby po prizyvu« [Fragen der Ableistung des Militärdienstes bei Einberufung], in: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, (18.10.1999) 42, S. 9439–9440.

80 More on Russian Defense Concept and Military Reform, in: Jamestown Foundation Monitor: A Daily Briefing on the Post-Soviet States, 4 (14.8.1998) 157. Die genaue Bezeichnung des Erlasses ist »Grundlagen (Konzept) der staatlichen Politik der Russischen Föderation für die Militärentwicklung bis zum Jahr 2005«. Das Dokument wurde aber nie veröffentlicht. Es gibt dazu nur offizielle Kommentare.

81 Interfax (russ.), 21.11.2001.

mehrere Jahre und beachtliche Mittel« erfordere, nach Schätzungen des Verteidigungsministeriums »Hunderte Milliarden von Rubeln«. Wenn einige Politiker glaubten, »man könne beispielsweise mit 20 Milliarden Rubeln zurechtkommen, dann stimmt das absolut nicht.« Kurz darauf verfügte Putin aber, der Übergang zur Berufsarmee (in dem vom Verteidigungsministerium zu entwickelnden Plan) solle bis zum Jahre 2010 abgeschlossen werden.[82]

Mit diesem Ziel verbinden sich Fragen nach Anzahl und Struktur der Streitkräfte und Sondertruppen sowie ihrer Finanzierung. Das Thema »Berufsarmee« ist zu einem zentralen Punkt der scharfen Auseinandersetzungen über Inhalt und Richtung der Militärreform geworden.

Die Kontroversen zeigen: Wenn die russische Militärführung tatsächlich an einer Massenarmee festhalten und Millionen von Reservisten für den Mobilisierungsfall bereithalten will, dann braucht sie weiterhin die Wehrpflicht. Derzeit dienen rund 410 000 Wehrpflichtige in den Streitkräften (52%), weitere 100 000 in den »anderen« Truppen. Lediglich 150 000 (16%) Soldaten und Unteroffiziere der Streitkräfte sind Zeit- oder Berufssoldaten, und ihr Anteil ist in den letzten Jahren zurückgegangen. In der Phase umfangreicher militärischer Operationen während des zweiten Tschetschenienkriegs soll der Anteil der Wehrpflichtigen an der Gesamtstärke der föderalen Truppen sogar zwei Drittel betragen haben.[83]

Wie verhält es sich mit dem von der Militärführung verwendeten Argument, die Möglichkeiten der Wehrpflicht könnten noch besser genutzt werden? Sehr viel ist von ihm nicht zu halten. Das ergibt sich aus folgenden Überlegungen: In seinen Berechnungen des Prozentsatzes der Einberufenen geht der Generalstab jedes Jahr von der Gesamtzahl aller zum Wehrdienst verpflichteten Männer im Alter zwischen 18 und 27 Jahren (3 Mio. im Jahre 2002) aus, bezieht darauf die Anzahl der Einberufenen (in jenem Jahr etwas weniger als 380 000) und kommt so auf die hier mehrmals zitierte Quote einberufener Wehrpflichtiger von 12%.[84]

Derartige Werte sind allerdings irreführend. Addiert man die in den Jahren 1995 bis 2001 tatsächlich eingezogenen Wehrpflichtigen, kommt man auf eine Zahl von 2,74 Mio. Mann. Nach den Statistischen Jahrbüchern der Russischen Föderation standen in diesem Zeitraum insgesamt 7,9 Mio. junge Männer zur Einberufung an. Das ergibt einen Einberufungsprozentsatz von 34,6%. Ein ähnliches Ergebnis erhält man, wenn man die Anzahl der männlichen 18jährigen als Basis nimmt (1,26 Mio. im Jahre 2002) und ihre Zahl auf 380 000 Einberufene bezieht, nämlich 30,2%.[85] Der Spielraum, den Anteil von einberufbaren Wehrpflichtigen zu vergrößern, ist also gering.

Negative demographische Entwicklungen werden die Möglichkeiten der Militärführung, Wehrpflichtige einzuberufen, weiter beschneiden. Schon bei der Frühjahrseinberufung 2001 beklagte sich der für Einberufungsfragen zuständige Offizier im Generalstab: »[Bereits] heute können wir nicht so viele Leute einberufen, wie sie von den Streitkräften benötigt werden. Bald wird niemand mehr da sein, den wir einberufen können.«[86] »Niemand« ist natürlich übertrieben. Nach ernst zu nehmenden russischen Schätzungen wird sich aber ab 2006 der Anteil der Wehrpflichtigen drastisch verringern, so daß in den Jahren 2010 bis 2012 nur 50 bis 55% des gegenwärtigen Mannschafts- und Unteroffiziersbestands aufrechterhalten werden könnten.[87]

Auch der Anteil von Wehrdienstwilligen kann kaum vergrößert werden. In Anbetracht der negativen Erwartungen an den Militärdienst ist der Prozentsatz der russischen Teenager hoch, welche die Wehrpflicht ablehnen und der Einführung einer Berufsarmee das Wort reden, und er wächst noch an – nicht zuletzt angesichts der Möglichkeit, zum Dienst in Tschetschenien einberufen zu werden.

Um die Probe aufs Exempel zu machen und die Bedingungen des Aufbaus einer Berufsarmee zu testen, entschloß sich das Verteidigungsministerium, einen Modellversuch zu starten. Das Bemühen, dieses Projekt zu verwirklichen, hat die bestehenden Probleme der Militärreform noch einmal deutlich werden lassen und zu erheblichen Auseinandersetzungen über die künftige Struktur der Streitkräfte geführt.

82 »Raspisivat' sroki – ne rabota prezidenta« [»Fristen festzulegen – das ist keine Arbeit des Präsidenten«], in: *Pressezentrum der Regierung*, Übersicht der Medienberichterstattung vom 8.12.2001, <http://government.ru:8080/news>.
83 Il'ja *Bulavinov*, Sto let do prikaza [Hundert Jahre bis zur Verordnung], in: Kommersant vlast', 28.3.2000, S. 7. Nach einer anderen Quelle seien von den 1,2 Mio. Angehörigen der Streitkräfte lediglich 150 000 Berufssoldaten.
84 Zolotaja žila [wie Fn. 10].
85 Ebd.
86 Zitiert bei Margaret *Coker*, Military Luster Fades in Russia, in: The Atlanta-Journal Constitution (Internetausgabe), 9.5.2001.
87 Anatolij *Dokučaev*, Obespečit' oboronosposobnosti Rossii [Die Verteidigungsfähigkeit Rußlands aufrechterhalten], in: Krasnaja zvezda (Internetausgabe), 6.10.2001.

Der Pskow-Modellversuch und die künftige Streitkräftestruktur

Ende Juni 2002 verfügte die russische Regierung, daß die 76. Garde-Luftlandedivision in Pskow im Zeitraum vom 1. September 2002 bis zum 31. August 2003 in eine Modelldivision der zukünftigen Berufsarmee umgewandelt werden sollte.[88] Die gesamte Division würde dann aus Vertragssoldaten bestehen. Zur Durchführung des Pilotprojekts stellte die Duma über einen Nachtragshaushalt 2,67 Mrd. Rubel (86 Mio. Euro) zur Verfügung. Die Bedeutung des Modellversuchs wurde von Verteidigungsminister Iwanow durch seine Ankündigung unterstrichen, daß ähnliche Versuche auch in den anderen bewaffneten Organen durchgeführt werden sollten.[89]

Schnell wurde aber das Pilotprojekt zu einem Kristallisationspunkt radikal unterschiedlicher Vorstellungen zur Wehrreform und künftigen Struktur der Streitkräfte sowie zum Spielball unterschiedlicher Interessen zwischen Verteidigungsministerium und Generalstab sowie innerhalb der Streitkräfte. Und während schon die ursprünglichen Parameter kaum erwarten ließen, daß der Modellversuch erfolgreich verlaufen würde, sind diese seit seinem Beginn in einem Maße verändert worden, daß die Aussichten seiner Verwirklichung wie auch seine Aussagekraft für Strukturveränderungen des Wehrwesens noch fraglicher geworden sind.

Zu den Problemen des Modellversuchs gehört vor allem die Rekrutierung. Von Anfang an herrschte Skepsis, ob die Rekrutierungsziele tatsächlich erreicht werden könnten.[90] Die Ziele wurden denn auch schnell revidiert: Statt die gesamte Division mit Berufssoldaten aufzufüllen, ist nun geplant, nur ein Regiment mit Freiwilligen auszustatten; bis Ende 2002 sollen lediglich 1100 (bis Ende 2003 insgesamt 3100) Berufssoldaten neu verpflichtet werden.[91] Wie steht es mit der entsprechenden Anwerbung?

Ähnlich wie in anderen Bereichen des Wehrwesens herrscht bei den Zahlenangaben ein heilloses Durcheinander. Das zeigte sich im Zusammenhang mit dem Besuch einer Duma-Delegation bei der »Modelldivision« Anfang Oktober 2002, an dem auch Boris Nemzow, Vorsitzender der Union der Rechtskräfte (SPS), und Eduard Worobjow, stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses der Duma, teilnahmen. Der Militärfachmann der *Nesavisimaja gazeta* berichtete: Ursprünglich sei geplant gewesen, bis zu diesem Zeitpunkt 3000 Vertragssoldaten neu zu verpflichten, diese Zahl sei jedoch auf 1000 reduziert worden. Den Abgeordneten der Duma wurde vom Kommandostab der Division gesagt, es seien 300 Mann angeworben worden. Soldaten meinten dagegen, die Zahl sei nicht richtig, nur 150 hätten sich neu verpflichtet.[92] Dabei stellte sich heraus, daß der Begriff »neu verpflichtet« mißverständlich ist. Denn bei den meisten der »neuen« Vertragssoldaten handelte es sich entweder um Soldaten, die ihren gerade abgelaufenen Vertrag lediglich verlängerten, oder um Absolventen des Ausbildungszentrums der Luftlandetruppen in Omsk, die ihren ersten Vertrag abschlossen. Auch die Qualität der angeworbenen Berufssoldaten ließ zu wünschen übrig. Wie die russische Presse mit unverhohlener Schadenfreude berichtete, schaffte der 42jährige Nemzow bei einem körperlichen Leistungstest 20 Klimmzüge, die »künftigen russischen Rambos« dagegen nur sechs bis acht.[93] Scheinbar ungerührt

88 Zu den Einzelheiten des Regierungsbeschlusses und zu den entsprechenden Ausführungsbestimmungen des Verteidigungsministeriums siehe Gennadij *Rjavkin*, V Pskove načalsja perechod divisii VDV na kontrakty [In Pskow begann die Umstellung einer Luftlandedivision auf Berufssoldaten], in: Izvestija.ru: Novostnaja lenta (Integrum, online), 2.9.2002.
89 Sergej Ivanov: eksperiment po perechodu na kontraktnuju osnovu proizojdët vo vsech silovych strukturach [Sergej Iwanow: Das Experiment zum Übergang auf eine Kontraktbasis soll auf alle Machtstrukturen übertragen werden], in: Strana.ru, 19.4.2002, <http://strana.ru/print/130955.html>.
90 So lautet die Schlußfolgerung eines Berichts von Vladimir *Georgiev*, Generaly ne znajut, gde nabrat' kontraktnikov [Die Generale wissen nicht, woher sie die Berufssoldaten nehmen sollen], in: Nezavisimaja gazeta (Internetausgabe), 30.8.2002.
91 Laut Angaben von Generalleutnant Wasilij Smirnow, der im Generalstab für Organisations- und Mobilisierungsfragen zuständig ist, sollen in der Division insgesamt 1600 Berufssoldaten bis Ende 2002 und 4600 bis Ende 2003 dienen; Bolee 500 voennoslužaščich zaključili kontrakty v 76-j Pskovskoj vozdušno-desantnoj divizii [Mehr als 500 Militärdienstleistende haben Verträge für den Dienst in der 76. Luftlandedivision in Pskow abgeschlossen], in: RIA »Nowosti« (russ.), 29.10.2002.
92 Salavat *Sulejmanov*, Založniki prožektorstva. V 76-ju vozdušno-desantnuju diviziju udalos' nabrat' tol'ko 150 kontraktnikov [Geiseln der Projektemacherei: Für die 76. Luftlandedivision konnten nur 150 Vertragssoldaten angeworben werden], in: NVO (Internetausgabe), 4.10.2002. Nemzow war vorher Gouverneur von Nischnij-Nowgorod und Erster Stellvertretender Ministerpräsident, Worobjow war vorher Erster Stellvertretender Kommandeur der Landstreitkräfte.
93 *Sulejmanov*, Založniki prožektorstva [wie Fn. 92]; V elitnoj Pskovskoj divisii VDV skandal [Skandal in der Pskowschen Elite-Division], in: Komsomol'skaja pravda (Internetausgabe), 5.10.2002.

erweckt der Generalstab jedoch den Eindruck, als gehe alles nach Plan.[94]

Die Gründe für die Rekrutierungsprobleme sind vielfältig: Seit Juli 2002 wurde den Armeeangehörigen eine Reihe von Vergünstigungen gestrichen, woraufhin auch in den Luftlandetruppen die Zahl der Berufssoldaten stieg, die den Dienst quittieren wollten. Nach Angaben des Leiters des Organisations- und Mobilisierungskomitees der Luftlandetruppen, Oberst Viktor Sajzew, lösen bei seiner Truppe bis zu 2% der Berufssoldaten monatlich ihre Verträge auf. Wenn das so weiterginge, meint er, würde es in den russischen Luftlandetruppen bald keine Berufssoldaten mehr geben. Woher solle man also neue Kader für die Division in Pskow nehmen?[95]

Der geringe Sold, der den Berufssoldaten gezahlt wird, ist ein weiterer Faktor, der die Rekrutierung erschwert. Der Löwenanteil der für den Modellversuch zugeteilten Summe von 2 Mrd. Rubel war für Infrastrukturmaßnahmen bestimmt (Bau von 29 Häusern mit 2214 Wohnungen, Truppenunterkünften, Ausbildungseinrichtungen, einer Schule und zwei Kindergärten), lediglich 67 Mio. hingegen für die Besoldung. Jeder Berufssoldat erhält durchschnittlich 2000 Rubel (60 Euro) im Monat. Der Durchschnittslohn in Pskow beträgt aber 3500 Rubel, wobei das Existenzminimum bei 1400 bis 1600 Rubeln liegt. Zieht man die durchschnittliche Miete für eine Einzimmerwohnung ab, so stehen einem Berufssoldaten in Pskow lediglich 1500 Rubel pro Monat zur Verfügung.[96] Da die Regierung es ablehnt, zusätzliche Mittel freizugeben, um den Sold aufzustocken, sind die finanziellen Anreize also keineswegs groß.[97]

Statt dessen werden die Vertragssoldaten mit der Zuteilung von Wohnungen geworben. Aber auch dieser Anreiz hat sich schnell verflüchtigt. Schon in der Anfangsphase des Versuchs kürzte der Regierung die vorgesehenen Finanzmittel um 500 Mio. Rubel (18% der ursprünglich angesetzten Gesamtzuweisung) mit der Folge, daß sich die Anzahl der zu bauenden Wohnungen verringerte.[98] Dann wurde bekannt, daß die Wohnungen ganz oder teilweise für ausscheidende Offiziere aus Moskau verwandt werden sollten. Und als der für den Modellversuch verantwortliche Generalstabschef Ende September 2002 die Division besuchte, erklärte er, daß die fertiggestellten Wohnungen nur den Familien von Offizieren und Feldwebeln zugeteilt würden; alle Armeeangehörigen ohne Familie würden in Wohnheimen leben, die Soldaten in den Kasernen. Angesichts dessen kündigten 40 neu angeworbene Berufssoldaten ihren Vertrag. Schließlich wurde erklärt, als Kompensation würde nun doch der Sold derjenigen Kontraktniki erhöht (auf 4000 Rubel monatlich), die keine Wohnung erhielten.[99]

Aufgrund all dieser Probleme wurden die Zielrichtung des Modellversuchs und damit auch die Schwerpunkte einer Militärreform erneut verändert.

Im Wettstreit konkurrierender Reformkonzepte

Bei einer Sitzung der Regierung am 21. November 2002 wurden Konzepte des Verteidigungsministeriums, des Generalstabs und auch der Union der Rechtskräfte (SPS) diskutiert; Nemzow, SPS-Vorsitzender, nahm an der Sitzung teil. Trotz wesentlicher Unterschiede zwischen den drei Konzepten (wobei die Entwürfe des Verteidigungsministeriums und des Generalstabs nur unwesentlich voneinander abwichen) läßt sich in dreierlei Hinsicht ein Konsens feststellen: Die Armee soll erstens weiter drastisch reduziert, zweitens der Anteil der Berufssoldaten erheblich erhöht und drittens die Wehrpflicht nun doch – wenn auch mit kürzeren Dienstzeiten – bis auf weiteres beibehalten werden.

Die von Iwanow vorgestellte Konzeption des Verteidigungsministeriums sieht folgende Schritte vor:

94 So berichtete General Wasilij Smirnow Ende Oktober, in den zwei Monaten seit Beginn des Modellversuchs seien 519 Soldaten neu verpflichtet worden. Falls *diese* Zahl zuträfe, würde bei der Neuverpflichtungsrate das revidierte Ziel von 1100 bis Ende des Jahres erfüllt; Bolee 500 voennoslužaščich [wie Fn. 91]. Allerdings trug der General dadurch zu dem heillosen Durcheinander bei, daß er nun behauptete, die *gesamte* Division würde bis zum 1. März 2003 (!) mit Kontraktsoldaten aufgefüllt; Genštab izmenil parametry pskovskogo eksperimenta [Der Generalstab hat die Parameter des Pskowschen Experiments verändert], in: Kommersant' (Integrum, online), 17.7.2002.

95 *Georgiev*, Generaly ne znajut [wie Fn. 90].

96 Ivan *Safronov*, in: Kommersant vlast' (Integrum, online), 17.7.2002.

97 *Georgiev*, Generaly ne znajut [wie Fn. 90].

98 *Smirnow*, Genštab izmenil parametry [wie Fn. 94]. Nach anderen Quellen waren es 305 Mio. Rubel oder 11% der Gesamtsumme; Pskovskim kontraktnikam yrezajut bjudžet [Den Pskowschen Vertragssoldaten wird das Budget beschnitten], in: Izvestija (Internetausgabe), 14.9.2002.

99 Pskovskij eksperiment okazalsja neudačnym [Das Experiment von Pskow erweist sich als erfolglos], in: Kommersant' (Integrum, online), 4.10.2002; V elitnoj Pskovskoj divisii VDV skandal [wie Fn. 93].

1. Bis zum Jahre 2004 eine Vorbereitungsetappe, in der das Experiment bei der Luftlandedivision in Pskow fortgeführt und ein detailliertes Programm für den Übergang zur Berufsarmee ausgearbeitet werden soll.
2. Ab 2004 eine stufenweise Rekrutierung von Soldaten auf Vertragsbasis mit dem Ziel, daß bis zum Jahre 2011 insgesamt 50 bis 60% der Soldaten und Unteroffiziere auf Vertragsbasis dienen.
3. Ab 2011 eine Verkürzung der allgemeinen Wehrpflicht auf sechs, acht oder zehn Monate.[100]

Weiterhin sieht das Programm vor, den Kern der künftigen Armee aus 92 Großeinheiten (10 Divisionen, 7 Brigaden und 13 Regimenter) mit insgesamt 166 000 Mann zu bilden. Die in diesen Einheiten derzeit dienenden 126 000 Wehrpflichtigen sollen durch Berufssoldaten ersetzt werden. Was aus dem »Rest« des derzeitigen Millionenheeres (und den Sondertruppen) werden soll, blieb ungeklärt. Ob Präsident und Regierung sich mit Iwanows oben erwähnter Zielgröße von 850 000 bis 1 Mio. für die Streitkräfte im Jahre 2010 identifizieren, ist nicht bekannt.

Nach den Vorstellungen der Union der Rechtskräfte Nemzows sähe die Lösung des Problemkomplexes Truppenstärke, Berufsarmee und Wehrpflicht wie folgt aus:

- Der Personalabbau bei den Streitkräften soll beschleunigt werden.
- Der Umfang der Streitkräfte soll auf 400 000 Mann beschränkt werden, wobei es sich ausschließlich um Berufssoldaten handeln soll.
- Um die Chancen der Rekrutierung dieser Berufssoldaten zu verbessern, soll ihr Sold mindestens 10 bis 20% über dem russischen Durchschnittslohn liegen.
- Zusätzlich zu den 400 000 Mann soll ein Pool von 142 000 ehemals wehrpflichtigen Reservisten geschaffen werden.
- Der Wehrdienst soll auf sechs Monate verkürzt werden. Er wird ausschließlich in Zentren zur Ausbildung von Reservisten abgeleistet und im Gegensatz zur alten Regelung vorwiegend nach dem Territorialprinzip organisiert.
- Zurückstellungen vom Wehrdienst aus anderen als gesundheitlichen Gründen soll es nicht mehr geben, auch nicht für Studenten.
- Mit der Einführung des Misch- oder Ergänzungssystems soll ab 1. Januar 2004 begonnen, die neue Struktur soll bis 31. Dezember 2005 verwirklicht werden.

Die politische Taktik der SPS besteht vermutlich darin, mit Hilfe des Finanzministeriums und regierungsunabhängiger Fachleute Widerstände im Generalstab zu überwinden und die Konzeption des Verteidigungsministeriums zu »kippen«. Finanzminister Alexej Kudrin und sein Stellvertreter Alexej Ulykajew haben bereits die Berechnungen des Instituts für die Erforschung der Wirtschaft der Übergangsperiode (IEPP) und seines Direktors Jegor Gajdar als realistisch bezeichnet. Jedenfalls wird das Finanzministerium noch eine wichtige Rolle spielen, wenn es um die Frage geht, welche Konzeptionen und Programme finanzierbar sind.[101]

Die reformorientierten Kräfte außerhalb der Machtstrukturen haben aber ihren Einfluß auf den politischen Entscheidungsprozeß geschwächt, weil sie sich uneins sind. Das ist aus den Ausführungen Alexej Arbatows zum Plan der SPS ersichtlich. Er und seine Partei Jabloko bedauern die Abkehr der SPS vom Ziel der Aufhebung der Wehrpflicht, auch wenn dies nur für eine Übergangsfrist gelte. Die Wehrpflicht sollte nicht auf sechs Monate begrenzt, sondern ganz abgeschafft werden. Man brauche sie nicht, weil der heutige Bestand an Reservisten so groß sei, daß er noch fünfzehn Jahre reiche.[102]

Ob sich Jabloko mit ihren Vorstellungen durchsetzen wird, ist zweifelhaft. Richtig ist aber, daß die SPS mit ihren Vorschlägen die Front der Befürworter einer schnellen oder sofortigen Abschaffung der Wehrpflicht aufweicht. Das Mischsystem aus Wehrpflichtigen und Berufssoldaten wird deswegen wohl noch auf Jahre hinaus beibehalten werden, die Umsetzung der »historischen Entscheidung« für den Aufbau einer Berufsarmee auf unbestimmte Zeit verschoben. Noch ist der Modellversuch nicht abgebrochen worden. Er bleibt höchst brisant, auch weil ihn der Befehlshaber

100 Das Konzept trägt den Titel »Föderales Programm zur Überführung der Streitkräfte in ein Berufsheer«. Die Zielvorstellungen des Generalstabs richten sich ebenfalls darauf, die Wehrpflicht auch nach dem Jahr 2011 beizubehalten, sie jedoch auf nur 1,5 Jahre zu verkürzen. Der Regierungschef unterstützte im wesentlichen das Programm des Verteidigungsministers, allerdings plädierte er für kürzere Übergangsfristen.

101 Letzten Endes wird dann Putin entscheiden müssen; siehe Evgenij *Natarov*, Pozisionnye boi s primeneniem prezidenta [Stellungskämpfe unter Einsatz des Präsidenten], in: Konservator (Integrum, online), 22.11.2002.

102 Vladimir *Muchin*/Maksim *Glikin*, Georgij Špak kak zerkalo perestrojki armii [Georgij Schpak als Spiegel der Umgestaltung der Armee], in: Nezavisimaja gazeta (Internetausgabe), 22.11.2002.

der Luftlandetruppen, Generaloberst Schpak, zum Anlaß genommen hat, Vorstellungen über die künftige Struktur der Streitkräfte zu entwickeln, die in der russischen Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt haben.

Eine Alternative zur alten Streitkräftestruktur?

Schpak schlägt vor, als Alternative zur gegenwärtigen, auf der Wehrpflicht beruhenden Massenarmee 200 000 Mann starke mobile Einsatzkräfte zu schaffen, die auf der Basis der Luftlandetruppen entwickelt werden und ausschließlich aus Zeit- und Berufssoldaten bestehen sollen. Dieses Vorhaben könne innerhalb von fünf Jahren realisiert werden. Zusätzlich zu den Luftlandetruppen sollen die mobilen Einsatzkräfte Teile der Landstreitkräfte, der Luftwaffe, der Marine und der Flugabwehr sowie logistische und medizinische Einheiten umfassen. Die Einsatzkräfte müßten fähig sein, innerhalb kurzer Frist auf Bedrohungen entlang den russischen Grenzen zu reagieren.[103]

Derzeit bestehen die Luftlandetruppen als potentielle Basis der mobilen Einsatzkräfte aus vier Divisionen mit ungefähr 40 000 Mann. Zu ihnen gehören neun Fallschirmjägerregimenter, eine Brigade, vier Artillerieregimenter und ein Ausbildungszentrum in Brigade-Stärke. In der Sowjetära verfügte die Luftlandetruppe über acht Divisionen mit 77 000 Mann.[104]

In ihrer Begründung gehen Schpak und der Stab der Luftlandetruppen davon aus, daß Rußland im Gegensatz zur Sowjetunion nicht mehr in der Lage ist, in jeder der vier möglichen Gefahrenrichtungen umfangreiche Kräftegruppierungen zu unterhalten. Die Zeit der großen Panzerschlachten wie bei Kursk im Sommer 1943 sei unwiderruflich vorbei. Infolgedessen sei es unumgänglich, kompakte, gut ausgerüstete und gut ausgebildete Kräfte aufzubauen, die in ständiger Bereitschaft stünden und schnell verlegt werden könnten. Nur die Luftlandetruppen seien in der Lage, den Kern dieser Kräfte zu bilden. Wollte man beispielsweise heute eine Panzer- oder MotSchützendivision aus der Gegend um Moskau in den Fernen Osten transportieren, bräuchte man nach konservativen Schätzungen 500 Eisenbahnzüge und einen Zeitaufwand von zwei Monaten. Wollte man dagegen eine der vier Luftlandedivisionen verlegen, betrüge der Zeitaufwand nur wenige Tage.[105]

Für die Idee, die Fallschirmjägerdivisionen als Basis für schnelle Eingreiftruppen heranzuziehen, sprechen auch die bisherigen Erfahrungen mit ihrem Einsatz. Sie stellten bis 2002 die Kontingente für SFOR und KFOR. Während des militärischen Teils des Konflikts in Tschetschenien wurden sie fast immer an vorderster Front eingesetzt. Jeder dritte Fallschirmjäger soll direkt an den Kämpfen beteiligt gewesen sein. Einerseits hätten sie 42% des Territoriums befreit, aufgrund ihrer guten Ausbildung und Disziplin aber nur 8% der Verluste erlitten.[106]

Pläne für den Aufbau mobiler Einsatzkräfte sind keineswegs neu in Rußland. Bereits Mitte der neunziger Jahre galten derartige Kräfte als beschlossene Sache. Festgelegt war ihre Schaffung durch ein entsprechendes Dekret Jelzins und dazugehörige Direktiven des Verteidigungsministeriums. Innerhalb der darin vorgeschriebenen Zeit wurden die vorgesehenen 200 000 Mann als einsatzbereit gemeldet. Wie sich schnell herausstellte, existierten die mobilen Einsatzkräfte aber nicht wirklich. Der zweite Tschetschenienkrieg förderte diese Tatsache zutage. Im Zuge des Krieges wurden zwar Einsatzgruppen verschiedener bewaffneter Kräfte ad hoc zusammengestellt. Die Einsatzkräfte erwiesen sich auch als wirksam, wurden aber nicht Teil einer fest verankerten neuen Struktur.[107]

103 Oleg *Odnokolenko*, Desant generala Špaka. V Rossii možet pojavitsja mobil'naja 200-tysjačnaja professional'naja armija, sposobnaja stat' al'ternativnoj nynešnoj polutora-millionnoj [Die Landung General Schpaks: In Rußland könnte eine mobile, 200 000 Mann umfassende professionelle Armee als Alternative zu den gegenwärtigen eineinhalb Millionen (Mann umfassenden Streitkräften; H.A.) entstehen], in: Itogi (Integrum, online), 2.7.2002. – Russische Militärs kritisieren es oft, wenn der Begriff »professionelle Armee« statt »Berufsarmee« verwendet wird. Er erwecke den Eindruck, als seien die gegenwärtigen Streitkräfte nicht professionell. Das umstrittene Adjektiv ist aber wohl im Bericht über Schpaks Vorstellungen ganz bewußt gewählt worden. Zur Gesamtstärke der Streitkräfte und Sondertruppen scheint sich Schpak in diesem Zusammenhang nicht geäußert zu haben.
104 Angaben laut Military Balance verschiedener Jahre.
105 *Odnokolenko*, Desant generala Špaka [wie Fn. 103].
106 Aleksandr *Olejnik*, »Každyj tretij desantnik – v boju« [»Jeder dritte Fallschirmjäger befindet sich im Kampf«], Interview mit dem Oberkommandierenden der Fallschirmjägertruppen, Generaloberst Georgij Schpak, in: NVO, (10.–16.12.2000) 48, S. 1–2; *Odnokolenko*, Desant generala Špaka [wie Fn. 103].
107 Hierauf hat Andrej Kokoschin hingewiesen, der von März bis September 1998 in seiner Funktion als Sekretär des Sicherheitsrats eine zentrale Rolle bei der Ausarbeitung von Konzepten für die Militärreform spielte; Russian Security Council Must Discuss Concept of Military Reform Says Official, in: Military News Agency (Moscow), 25.7.2000.

Das Scheitern der Pläne war eine der vielen Pannen, die noch einmal die Stagnation der Reformbemühungen unterstrich. Als besonders peinlich wurde dieser Fehlschlag empfunden, weil wirtschaftlich weniger entwickelte Staaten wie die Ukraine und Rumänien in der Lage waren, derartige Kräfte aufzustellen – von westlichen Staaten wie den USA oder verschiedenen NATO-Ländern gar nicht zu reden.[108]

Auch die Aufstellung gemeinsamer schneller Einsatzkräfte (KSBR) in drei strategische Richtungen im Rahmen des Vertrags über kollektive Sicherheit (Taschkenter Vertrag) erwies sich als Fehlschlag. Im Anschluß an das Gipfeltreffen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) Ende Mai 2001 in Jerewan wurde zwar ein gemeinsamer Stab für Zentralasien eingerichtet und angeblich wurden auch schnelle Eingreiftruppen in einer Kampfstärke von bis zu 1600 Mann mit einem Brigadekommando in Bischkek bereitgestellt. Dabei handelt es sich allerdings nicht um Kräfte in permanenter Bereitschaft, sondern um Einheiten, die in den jeweiligen Teilnehmerstaaten bereitgehalten und erst im Krisenfall verfügbar gemacht werden sollen. Nach dem 11. September wurden jedoch Afghanistan und der strategische Raum Zentralasien den USA und anderen NATO-Staaten als militärisches Operationsfeld überlassen. Von den mobilen Einsatzkräften der Taschkenter Vertragsstaaten war nichts zu sehen und nun auch nichts mehr zu hören.[109]

Demgegenüber betrachtet der Stab der Luftlandetruppen die Verlegung und den Einsatz mobiler strategischer Luft- und Seestreitkräfte der USA in Afghanistan und vorher schon im Golfkrieg 1990/91 als schlagenden Beweis für Machbarkeit und Notwendigkeit des Aufbaus entsprechender Kräfte in Rußland.[110]

Die Geiselnahme in Moskau hat offensichtlich Putins Unzufriedenheit mit der Struktur der Streitkräfte geschürt. Am 28. Oktober 2002 kündigte er an, daß »im Zusammenhang mit der ständig wachsenden Bedrohung durch den internationalen Terrorismus der Generalstab angewiesen wird, *Änderungen in den Plänen für den Einsatz der Streitkräfte* vorzunehmen«.[111]

Der Vorstoß des Präsidenten ist zunächst nicht als Zustimmung zu den Vorstellungen Schpaks zu werten, denn die Einsatzkräfte sollen äußere Gefahren abwenden. Sie könnten aber auch im Inneren eingesetzt werden. Jedenfalls scheint der Präsident nach neuen Möglichkeiten zu suchen, die Streitkräfte verstärkt zur Zerschlagung jedweden bewaffneten Widerstands gegen die Staatsgewalt heranzuziehen. Darauf deuten auch Bemühungen hin, Kampfeinsätzen der russischen Streitkräfte im Inneren eine gesetzliche Grundlage zu geben.[112] Dadurch könnten sich sowohl die Bedeutung der Streitkräfte für die russische Innenpolitik als auch die Konzeption der Militärreform grundlegend ändern.

Im Generalstab trifft Schpaks Initiative auf erbitterten Widerstand. Dort hat man ganz andere Auffassungen darüber, wie die Armee zu reformieren sei. Erst einmal sollten die Ergebnisse des Modellversuchs von Pskow abgewartet, und dann, falls sie positiv ausfielen, sollte die Umstellung der Streitkräfte *insgesamt* in Angriff genommen werden. Von der Idee, die Luftlandetruppen als Basis für mobile Einsatzkräfte heranzuziehen, hält man im Generalstab nichts. Bereits einige Male ist dort die Rede davon gewesen, die Luftlandetruppen, wenn nicht ganz abzuschaffen, so doch noch weiter zu beschneiden. Dabei sei das Argument zu hören gewesen, die Transportkapazitäten der Luftwaffe reichten ohnehin nur dazu aus, ein Regiment von Fallschirmjägern zu transportieren. Insofern könne man die Truppe gleich ganz abschaffen.[113]

Zu folgern ist, daß der Generalstab den Modellversuch von Pskow und damit den Gesamtkomplex aus Abschaffung von Wehrpflicht, Einführung einer

108 *Odnokolenko*, Desant generala Špaka [wie Fn. 103].
109 Interfax, zitiert bei Newsline Izvestia.ru, 17.9.2001, <http://www.izvestija.ru>. KSBR: *Kollektivnye sily bystrogo razvërtyvanija.* Einzelheiten zu den geplanten gemeinsamen schnellen Einsatzkräften des Vertrags über kollektive Sicherheit finden sich bei Hannes *Adomeit*/Heidi *Reisinger*, Militärische Macht und politischer Einfluß, in: Olga *Alexandrova*/Roland *Götz*/Uwe *Halbach* (Hg.), Rußland und der postsowjetische Raum, Baden-Baden 2003, S. 149–174.
110 *Odnokolenko*, Desant generala Špaka [wie Fn. 103].
111 Sergej *Sokut*/Mikhail *Chodarjonok*, Po boevikam – jadernoj bomboj [Gegen die Rebellen – mit der Atombombe], in: Nezavisimaja gazeta (Internetausgabe), 29.10.2002 [Hervorhebung nicht im Original].
112 Eine derartige Grundlage gibt es derzeit nicht. Im ersten Tschetschenienkrieg vertrat Präsident Jelzin die Auffassung, daß er von der Verfassung ermächtigt sei, Maßnahmen zum Schutz der staatlichen Integrität der Russischen Föderation zu ergreifen (Art. 80 Abs. 2). Daher seien die entsprechenden Dekrete über den Einsatz der Streitkräfte durchaus verfassungsgemäß gewesen. Dieser Interpretation schloß sich das Verfassungsgericht in seinem Urteil vom 30. Juli 1995 an, allerdings nicht unter Berufung auf konkrete Verfassungsbestimmungen oder Gesetze, sondern unter Hinweis auf die Staatsräson. Für diesen Hinweis bin ich meinem Kollegen Eberhard Schneider dankbar.
113 *Odnokolenko*, Desant generala Špaka [wie Fn. 103].

Berufsarmee und Schaffung mobiler Einsatzkräfte zu Fall bringen will. So sieht es jedenfalls Nemzow, der sich mit seiner Partei für eine umfassende Militärreform stark gemacht hat. »Der Generalstab baut Potemkinsche Dörfer«, meint er. »Dies gefährdet das ganze Programm der Armeereform. Ich neige zu der Behauptung: Alles, was in Pskow vor sich ging und geht, ist Sabotage des Generalstabs an der Armeereform und direkter Betrug des Präsidenten. Wenn das Experiment dann danebengegangen ist, wird Kwaschnin erklären, daß eine Berufsarmee nicht eingeführt werden könne und man alles beim alten lassen müsse.«[114]

In diesem Zusammenhang ist auch das neue Gesetz über den zivilen Ersatzdienst von Bedeutung. Denn es kann durchaus als Stärkung des gegenwärtigen Mischsystems betrachtet werden. Auch hier haben sich also Verteidigungsministerium und Generalstab mit ihren Vorstellungen durchgesetzt.

Das Gesetz über den zivilen Ersatzdienst

Ein Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen ist zwar in der russischen Verfassung verbrieft, es gab aber kein Gesetz, das es Wehrpflichtigen ermöglicht hätte, dieses Recht auch in Anspruch zu nehmen. Auch wenn ihnen in einigen Fällen von reformfreudigen Bürgermeistern die Möglichkeit eingeräumt wurde, zivilen Ersatzdienst zu leisten, betrachteten Militär, Militärstaatsanwaltschaft und Kreiswehrersatzämter diese Praxis doch als illegal. Wer den Wehrdienst aus Gewissensgründen verweigern wollte, hatte die Wahl, entweder ins Gefängnis zu gehen oder unterzutauchen. Um letzteres zu verhindern, haben sich die Behörden in den letzten Jahren verstärkt bemüht, potentielle Wehrdienstverweigerer aufzuspüren und zwangsweise einzuberufen.

In Moskau – und vermutlich nicht nur dort – erstellten das Verteidigungsministerium und das Innenministerium Listen potentieller Wehrdienstverweigerer, die an die Polizei weitergeleitet wurden, damit diese Fahndungen einleiten konnte. Bei den routinemäßigen Personenkontrollen auf U- und Fernbahnhöfen wurden dann die Namen mit denen auf den Listen verglichen. Ergab der Vergleich Übereinstimmung, wurden die Verdächtigen festgenommen und binnen 24 Stunden der zuständigen Einberufungskommission zur medizinischen Untersuchung vorgeführt. Falls die Untersuchten für »tauglich« befunden wurden, wurden sie gleich an die Truppe überstellt. Diese Praxis wurde auch von der Militärstaatsanwaltschaft als illegal bezeichnet.[115]

Am 28. Juni 2002 hat die Duma in dritter Lesung ein »Gesetz über den zivilen Ersatzdienst« verabschiedet, das vom Föderationsrat am 10. Juli bestätigt wurde.[116] Damit es am 1. Januar 2004 in Kraft treten kann, muß es noch vom Präsidenten unterzeichnet werden, was allerdings nur als Formalität zu betrachten ist. Nachfolgend wird daher nicht mehr von einem Gesetzentwurf gesprochen. Die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes sind:

- Wer aus Gewissens- oder anderen Gründen den Wehrdienst verweigern will, muß dies vor der Einberufungskommission seines Kreiswehrersatzamts *(woenkomaty)* begründen.
- Wird über den Antrag positiv entschieden, müssen die Wehrdienstverweigerer 42 Monate zivilen Ersatzdienst leisten, das heißt anderthalb Jahre länger als die anderen Wehrpflichtigen dienen.
- Sie können zum Zivildienst bei Organisationen und Unternehmen der Streitkräfte und Sondertruppen einberufen werden; in diesem Fall beträgt der Dienst 36 Monate. Über die Zuweisung entscheiden wiederum die Einberufungskommissionen.
- Für Hochschulabsolventen (Wehrdienstzeit: 12 Monate) beträgt der »normale« Ersatzdienst 21 Monate; wenn sie bei den Streitkräften und Sondertruppen Zivildienst leisten, 18 Monate.
- Zivildienstleistende können auch außerhalb ihres Wohngebiets eingesetzt werden.
- Nach Abschluß ihres Dienstes erhalten Zivildienst-

114 Genštab otkazyvaetsja reformirovat' armiju [Der Generalstab weigert sich, die Armee zu reformieren], in: Izvestija.ru (Internetausgabe), 27.9.2002.

115 Nach dem »Gesetz über die Wehrpflicht und den Wehrdienst« ist einzig und allein die Einberufungskommission befugt zu entscheiden, ob jemand vom Wehrdienst zu befreien oder zurückzustellen beziehungsweise als »Wehrdienstverweigerer« anzuerkennen ist, niemand sonst. Die illegale Praxis wurde auf einer erweiterten Sitzung des Moskauer Kreiswehrersatzamts unter Vorsitz der Vizebürgermeisterin Ludmilla Schwezowa Ende Januar 2002 behandelt; Oleg *Vladykin*, Ne pojman – ne voin. Gosudarstvo osvaivaet novye metody prizyva v armiju [Fängt man sie nicht, gibt's keine Kriege: Der Staat entwickelt neue Methoden der Einberufung zur Armee], in: Obščaja gazeta (Integrum, online), 31.1.2002.

116 Federal'nyj zakon ob al'ternativnoj graždanskoj službe [Bundesgesetz über den alternativen Zivildienst], <http://www.government.ru:8080/government/mp43.html>.

leistende den Status von Reservisten. (Sie können zwar nicht zu Wehrübungen eingezogen werden, aber für den Fall einer Mobilisierung bleibt ihr Status unklar.)

Für die Bewertung von Stand und Aussichten einer Militärreform ist es aufschlußreich, die Entstehung dieses Gesetzes zu beleuchten.

Bedingungen des Entscheidungsprozesses. Im Verlauf der Beratungen zwischen Mitte April und Ende Juni 2002 verschärfte die Regierung den von ihr vorgelegten Gesetzentwurf. Ausgenommen war lediglich die Dauer des Zivildienstes, die von 48 auf 42 Monate verkürzt wurde. Hingegen setzte sich der Vertreter der Regierung in der Sitzung vom 19. Juni 2002 mit seiner Forderung durch, mehr als die Hälfte der Änderungsanträge des Parlaments zu streichen, obwohl sie mit der Regierung vereinbart und vom Ausschuß für Gesetzgebung zur Annahme empfohlen worden waren. Unter den gestrichenen Anträgen befanden sich alle, die eine Verkürzung der Zivildienstzeit, die Ableistung des Dienstes außerhalb des Wohngebietes nur auf eigenen Wunsch, den Modus der Zuweisung zum Zivildienst, den Verlauf des Zivildienstes, die Besoldungsordnung sowie den Verzicht auf den Zivildienst bei Organisationen und Unternehmen der Streitkräfte und Sondertruppen betrafen.

Der Regierungsentwurf wurde mit Hilfe der dem Präsidenten und der Regierung loyal ergebenen Fraktionen »Einheit«, »Vaterland – Ganz Rußland«, »Volksdeputierte« und »Russische Regionen« akzeptiert und mit allen vom Regierungsvertreter geforderten Änderungen angenommen. Nach Meinung von Mitarbeitern des Verteidigungskomitees der Duma hatten »das Verteidigungsministerium und die anderen Gewaltstrukturen just vor der Erörterung des Gesetzes Druck auf die Regierung ausgeübt und mit Sanktionen gedroht, damit diese ihre Position zugunsten einer massiven Verhärtung des Zivildienstgesetzes verändert«.[117] Dieser Druck war offensichtlich erfolgreich.

Bewertung des Gesetzesvorhabens. Das Recht auf Verweigerung des Militärdienstes aus religiösen, moralischen oder anderen Gründen gilt als Attribut von entwickelten Demokratien. Entsprechende Gesetze gibt es in allen europäischen Staaten, in denen die Wehrpflicht noch besteht, nicht aber beispielsweise in der Türkei.[118] Daß ein Ersatzdienstgesetz in Rußland verabschiedet wird, darf allerdings nicht als Ausdruck eines Bestrebens des Präsidenten und der von ihm eingesetzten Regierung gewertet werden, demokratische Strukturen zu entwickeln und den Aufbau einer Zivilgesellschaft zu fördern.

Das geht auch aus der Kritik ziviler wie auch militärischer Sachverständiger in Rußland hervor. So meint beispielsweise General Eduard Worobjow, einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Verteidigungskomitees der Duma, »das Gesetz wird nicht funktionieren«.[119] Als besonders problematisch und als nahezu zynisches »Angebot« wird dabei die mögliche Zwangszuweisung von Wehrdienstverweigerern zum Zivildienst in Kasernen gesehen. So klagte Alexej Arbatow, einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Verteidigungskomitees der Duma, das Gesetz rufe anstelle des Wehrersatzdienstes eine »Gratis-Arbeitsarmee« ins Leben.[120]

Andere Beobachter sind davon überzeugt, das Gesetz werde die Zahl derjenigen in die Höhe treiben, die sich einer Einberufung widersetzen. Zudem drohe es die Korruption bei der Einberufungspraxis noch zu vergrößern. Das neue Gesetz werde auch »die Bemühungen um die seit langem angekündigte Militärreform deutlich schwächen, da es das am Boden liegende und völlig in Mißkredit geratene System der Zwangsergänzung der Streitkräfte und anderer Truppen nach der Einberufung beibehält.«[121]

Insgesamt beweist des Gesetz dreierlei: Das Militär in Rußland will erstens weiterhin an der Wehrpflicht festhalten, ist zweitens entschlossen, keine Aufwei-

117 Bei den Mitarbeitern handelt es sich um Wladimir Jewsejew und Pawel Romaschkin. Zitat und ausführliche Darstellung der Beratungen in der Duma sowie des Abstimmungsverhaltens der Parteien finden sich bei *Jewsejew/Romaschkin*, Die lange Geschichte des Gesetzes über den Zivildienst in Rußland, in: Wostok, 4 (2002). Diese Bewertung stimmt mit dem Urteil von Sergej Kriwenko von der NGO-Koalition »Für ein demokratisches Zivildienstgesetz« (Moskau) und von Irina Kisilowa vom Zentrum zur Unterstützung demokratischer Jugendinitiativen (Perm) überein; vgl. ihre Ausführungen auf der Diskussionsveranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung »Ziviler Ersatzdienst in Rußland: Wie weiter nach der Verabschiedung des Gesetzes?«, Berlin, 19.11.2002.

118 Hierauf wurde auch in der russischen Diskussion hingewiesen; so z.B. von Oleg *Belosludcev*, Al'ternativnaja služba z rubežom [Ersatzdienst im Ausland], in: NVO (Internetausgabe), 28.6.2002.

119 Zitiert bei Salavat *Sulejmanov*, Minoborony odolelo pacifistov. Zakon ob al'ternativnoj graždanskoj službe stal bolee žëstkim [Das Verteidigungsministerium hat die Pazifisten besiegt: Das Gesetz über den zivilen Ersatzdienst ist verschärft worden], in: NVO (Internetausgabe), 28.6.2002.

120 »Gratisarmee statt Zivildienst«, in: *Deutsche Welle*, Monitor-Dienst Osteuropa, (20.6.2002) 115, Originalquelle: Interfax (russ.), 19.6.2002.

121 *Jewsejew/Romaschkin*, Die lange Geschichte [wie Fn. 117].

chung der Dienstpflicht mit der Waffe zuzulassen, und verfügt drittens weiterhin über bestimmenden Einfluß auf Entscheidungsprozesse in Militär- und Sicherheitsfragen. Der starke Einfluß der Militärführung und der Kommandeure der »anderen« Truppen sowie der sogenannten Machtministerien und Ämter auf die Militärpolitik erklärt auch, warum die Reform des Militärwesens nicht vorangekommen ist.

Reformstau: Militärbürokratie und Politik

»Das neueste Bemühen ist nichts anderes als ein Spiel der Bürokraten, den Zeitplan auf die Zeit nach 2011 zu verschieben, wenn Putin und Iwanow nicht mehr an der Macht sind.«
Walentina Dmitriewna, Vorsitzende des Komitees der Soldatenmütter[122]

»Diese Mütter wären besser beraten, sich darauf zu konzentrieren, ihre Söhne zu füttern, damit sie stark genug sind, ihre verfassungsmäßigen Pflichten zu erfüllen.«
Generalleutnant Wasilij Smirnow, Chef für Mobilisierungsfragen beim Generalstab[123]

»Ihre Außenpolitik ist ihrem Wesen nach eine Fortsetzung der verbrecherischen Politik des ›Neuen Denkens‹ Gorbatschows.«
Aus einem Offenen Brief früherer Generale und Admirale an Putin[124]

Der politische Einfluß der Militärs ist vermutlich deshalb so groß, weil ihre Anschauungen im außen- und sicherheitspolitischen Establishment weitgehend geteilt werden. Dem Establishment paßt die Entwicklung der letzten Jahrzehnts nicht ins Weltbild. Es hat den Zusammenbruch der Sowjetunion noch immer nicht überwunden und träumt davon, daß Rußland wieder zur Großmacht aufsteigt. Die politische Klasse betreibt keine unvoreingenommene Vergangenheitsbewältigung, und sie tut sich schwer, die Gründe zu begreifen, die zum Zusammenbruch der sowjetischen Weltmachtposition geführt haben. Nicht langfristig wirksame, strukturelle Mißstände des Sowjetsystems und eine sich immer weiter öffnende Schere zwischen imperialen Ambitionen und ökonomischen Ressourcen werden für die Auflösung des Sowjetimperiums verantwortlich gemacht, sondern eine *fehlgeleitete* Politik. Diese habe mit dem »Neuen Denken« Gorbatschows begonnen, sich mit Jelzins Machtübergabe an die Oligarchen fortgesetzt und habe in Putins schnödem »Verrat« der strategischen Interessen Rußlands an die USA ihren Gipfel gefunden.

Diese Sicht findet sich unter anderem in offenen, scharf und häufig beleidigend formulierten Briefen pensionierter Generale und Admirale an den Präsidenten. In den im November 2001 und Februar 2002 verfaßten Briefen heißt es unter anderem:

- **Zur Innenpolitik:** »Für uns ist der Zusammenbruch des Landes und seiner Streitkräfte eine persönliche Tragödie. Jeder von uns hat ja der Stärkung der Verteidigung des Staates praktisch sein ganzes Leben gewidmet. Offensichtlich fällt es Ihnen schwer, das trotz der Tatsache zu verstehen, daß sie in der Sowjetära Mitarbeiter des KGB waren. Weiterhin haben Sie nicht verstanden oder wollen nicht verstehen, daß in den letzten Präsidentschaftswahlen das Volk nicht Sie gewählt hat, sondern die an Ihre Person geknüpfte Hoffnung, daß das Land wiederhergestellt und wieder Ordnung in ihm eingeführt wird. Leider haben Sie das Volk getäuscht und seine Interessen verraten.«
- **Zur Militärpolitik:** »Besondere Sorge bereitet uns die Auflösung der Streitkräfte, der Rückgang im Niveau ihrer Ausrüstung mit neuer Technologie, [...] die beispiellose Verringerung der Kampffähigkeit und Kampfbereitschaft. Es ist unerträglich, wenn Stäbe und Einheiten der Landstreitkräfte beginnen, sich im wesentlichen mit der Erledigung von Polizeiaufgaben im Inneren des Landes zu beschäftigen statt mit der ihnen zukommenden Aufgabe der Landesverteidigung.«
- **Zur Außenpolitik:** »Ihre Außenpolitik ist ihrem Wesen nach eine Fortsetzung der verbrecherischen Politik des ›Neuen Denkens‹ Gorbatschows, dem besten Deutschen [im Kreml], der kriecherischen Politik gegenüber dem Westen, [...] der Auflösung des Landes und der Verschleuderung seiner Reichtümer. So würde es uns nicht wundern, wenn man Sie morgen den besten Amerikaner, Europäer oder NATO-Anhänger nennen würde, haben doch die USA mit Ihrer Unterstützung Militärbasen in Usbekistan, Tadschikistan, Kirgistan und womöglich auch in Kasachstan erhalten. [...] Die kürzlich getroffene Entscheidung, unsere Basen in Kuba, Vietnam

122 Zitiert bei Andrew *Jack*, Russia's Conscript Army Still Frozen in Its Communist Past, in: Financial Times, 13.12.2002, S. 20.
123 Ebd.
124 Brief vom 21.2.2002: Tekst obraščenija, opublikovannyj v gazete »Sovetskaja Rossija« [Der in der *Sowjetskaja Rossija* veröffentlichte Text des Briefes], in: Lenta.ru (Integrum, online), 22.2.2002.

und Abchasien zu schließen, ist [...] ein verräterischer politischer Akt.«[125]

Sicher wäre es übertrieben, derartige verbale Frontalangriffe auf Putin, seine Militärpolitik und seine Westorientierung als Zeugnis nahtloser Übereinstimmung der aufmüpfigen pensionierten Generale und Admirale mit ihren heute amtierenden Kollegen zu werten. Dennoch besteht Übereinstimmung in erheblichem Maße. Auf diesem Hintergrund kommt es auch zu Akten der Ignoranz gegenüber der politischen Führung. Um ein Beispiel herauszugreifen: Im Dezember 2002 weigerte sich General Troschew, Oberkommandierender des nordkaukasischen Militärbezirks, seiner Versetzung in den Militärbezirk Sibirien Folge zu leisten. Die Begründung? »Wenn ich ginge, [...] würde ich die Militärangehörigen des [Militär-] Bezirks und das tschetschenische Volk verraten, welche glauben, daß eine antiterroristische Operation geführt wird, die sich wirklich ihrem Ende nähert.«[126] (Welchen Ausgang diese Insubordination genommen hat, wird im nächsten Abschnitt behandelt.)

Putin hat aller Wahrscheinlichkeit nach erkannt, daß es notwendig ist, das Alte Denken der Generale grundlegend zu ändern, wenn es zu einer umfassenden Zusammenarbeit zwischen Rußland und dem Westen auch in Sicherheitsfragen kommen und die Militärreform eine Chance erhalten soll, in die Tat umgesetzt zu werden. Ein sicheres Indiz für diese Auffassung sind Putins Personalentscheidungen vom März 2001, die von den russischen Medien als »sensationell« empfunden wurden und die der Präsident als »Schritt zur ›Demilitarisierung des gesellschaftlichen Lebens‹« bezeichnet hat.

- Die aufsehenerregendste Entscheidung war die Ablösung des Verteidigungsministers: Putin enthob Marschall Sergejew seines Postens und gab dieses Amt dem bisherigen Sekretär des Sicherheitsrates, *Sergej Iwanow*, einem Zivilisten. Iwanow stand zwar vorher im Rang eines Generalleutnants des Inlandsgeheimdienstes FSB, einer der Nachfolgeorganisationen des KGB. Wie Putin stieg Iwanow aber in höhere Geheimdienstposten mit militärischem Rang nicht über den KGB/FSB-Truppendienst auf, sondern über die Auslandsarbeit. Soweit bekannt, hat er sich vor seiner Ernennung nicht mit militärischen Fragen befaßt. Es gibt weitere Parallelen zwischen den beiden Politikern: Sie sind gleichaltrig, stammen aus Sankt Petersburg und haben ähnliche Anschauungen von Politik und Gesellschaft. Eine enge Freundschaft verbindet sie.
- Putins Gedanke bei der Ernennung Iwanows war offensichtlich: Da die Militärs in Ministerium und Generalstab nicht bereit oder in der Lage sind, von sich aus eine grundlegende Reform des Militärwesens durchzuführen, sollte man ihnen einen durch jahrzehntelangen Dienst in den Streitkräften und durch Seilschaften nicht vorbelasteten, ihm persönlichen Vertrauten voranstellen. Weitere Argumente für Iwanows Ernennung waren seine Erfahrungen im KGB und vermutlich auch sein Zugang zu Informationen aus dem Geheimdienst. Schließlich schien er sich für die Konzipierung und Durchsetzung grundlegender Veränderungen im Militärwesen zu eignen, weil er in seinen Funktionen als Sekretär des Sicherheitsrats und als Leiter der Kommission für die Militärreform das Programm für die militärische Entwicklung bis 2005 ausgearbeitet hatte, das Putin dann am 16. Januar 2001 in Kraft setzte.[127]
- Zu den im März 2001 vollzogenen Neubesetzungen im Rahmen der »Demilitarisierung des gesellschaftlichen Lebens« gehört auch die von *Ljubow Kudelina*. Sie wurde zu einem der Stellvertretenden Verteidi-

125 Brief vom 9.11.2001: Obraščenie generalov i admiralov [wie Fn. 4]. Brief vom 21.2.2002: Tekst obraščenija [wie Fn. 124]. Der erste Brief war sowohl an den Präsidenten als auch an die Abgeordneten der Duma, Mitglieder der Regierung und Gouverneure der Regionen adressiert, der zweite nur an den Präsidenten. Die Bezeichnung Gorbatschows als »bestem Deutschen« und die sich daran anschließende Vermutung, der Westen könnte Putin morgen als »besten Amerikaner« betrachten, beziehen sich offensichtlich auf das Buch von Alexander *Rahr*, Wladimir Putin: Der Deutsche im Kreml, das ab 2000 in verschiedenen Auflagen erschienen ist.

126 Zitiert in: Nick Paton *Walsh*, Campaign Chief Sacked as Moscow Seeks Chechen Talks, in: The Guardian, 19.12.2002, S. 1.

127 Weitere Einzelheiten zur Biographie Iwanows:
am 31.1.1953 in Leningrad geboren, Philosophiestudium in Leningrad, 1976 Beginn der Karriere im KGB;
ab 1997 Arbeit in der 1. Hauptabteilung (Auslandsaufklärung) des zentralen Apparats in Moskau, 1981–1983 KGB-Chef in London (»2. Sekretär der Botschaft«), danach in Finnland und Kenia;
ab August 1998 Direktor der Abteilung für Information und Analyse im FSB sowie Stellvertreter des FSB-Direktors (Chef: Putin);
ab November 1999 Sekretär des nationalen Sicherheitsrats;
Rukovoditeli federal'nych organov vlasti i upravlenija [Leiter föderaler Machtorgane und Verwaltungen], in: Lica Rossii (Integrum, online), 1.3.2002. – Zu Putins Personalrevirement vom März 2001 siehe Eberhard *Schneider*, Neue »Machtminister« in Moskau: Erste wichtige Personalveränderungen Putins, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2001 (SWP-Aktuell 8/01).

gungsminister mit Zuständigkeit für den Militärhaushalt ernannt. Bemerkenswert an dieser Stellenbesetzung ist nicht nur die Tatsache, daß ein weiterer Zivilist in eine hohe Führungsposition im Verteidigungsministerium beordert wurde, sondern auch daß Kudelina Wirtschaftswissenschaftlerin ist und als erste Frau ein derartig hohes Amt bekleidet. Auch ihre frühere Position gibt über Putins Zielsetzungen Aufschluß: In den Jahren 1996 bis 1999 leitete sie die Abteilung für Rüstungsfragen im Finanzministerium, war also mit den militärischen Finanzierungsfragen bereits vertraut.

- Generaloberst *Alexej Moskowskij*, von Iwanow aus dem Sicherheitsrat ins neu geschaffene Amt eines Stellvertretenden Ministers für Bewaffnung berufen, kann langjährige Erfahrungen im Management des militärisch-industriellen Komplexes vorweisen. Die Rationalisierung des Forschungs-, Entwicklungs- und Beschaffungswesens und seiner Finanzierung sollte offensichtlich mit diesen Personalumstellungen und Reorganisationen vorangetrieben werden.[128]
- Vermutlich der wichtigste Mitarbeiter Iwanows im Verteidigungsministerium ist sein persönlicher Berater, General *Andrej Tschobotow*. Beide hatten sich im Geheimdienst kennengelernt, als Iwanow Leiter der Abteilung für Information und Analyse des FSB wurde. Als Iwanow zum Sekretär des Sicherheitsrats avancierte, war Tschobotow der einzige »Tschekist«, den er mitnahm. Dies hat sich mit Iwanows Wechsel ins Verteidigungsministerium wiederholt. Einer der ersten Schritte, die Tschobotow unternahm, um die politische Kontrolle der Streitkräfte zu verbessern, war die Ablösung des Chefs der Hauptabteilung für internationale militärische Zusammenarbeit, General Leonid Iwaschows, durch Generalleutnant Anatolij Masurkewitsch im Juli 2001. Tschobotow unterstellte sich den Pressedienst des Verteidigungsministeriums direkt. Außerdem machte er Pläne Kwaschnins zunichte, einen eigenen Pressedienst beim Generalstab einzurichten.[129]

Was ist nun aus Putins Vorstellungen geworden, die politische Kontrolle über die Streitkräfte zu verbessern und mit Hilfe von Zivilisten an der Spitze des Verteidigungsministeriums die steckengebliebene Militärreform voranzubringen? Im wesentlichen hatten diese Maßnahmen Putins nicht den gewünschten Erfolg. Es wurde schnell deutlich, daß die Zivilisten isoliert sind.

Iwanow hat sich gegenüber dem Generalstab und dem umfangreichen bürokratischen Apparat im Verteidigungsministerium nicht durchsetzen können. Von den Uniformträgern wird den »Neuankömmlingen« aus dem FSB und dem Finanzministerium »mangelnde Professionalität« unterstellt. Darüber hinaus werfen zivile Kritiker Iwanow vor, er habe gar nicht erst versucht, sich durchzusetzen. Er sei ohne Enthusiasmus ins Verteidigungsministerium übergewechselt, weil er eigentlich Premierminister hätte werden wollen. Entscheidungen, die für die Generalität von Nachteil hätten sein können, seien nicht getroffen worden. Bei Fragen der militärischen Entwicklung gebe es erneut Gegensätze zwischen dem Generalstab und dem Sicherheitsrat, personifiziert durch Generalstabschef Kwaschnin und Sicherheitsratssekretär Ruschajlo. Verteidigungsminister Iwanow befasse sich mit diesen Gegensätzen lediglich aus der Warte eines Außenbeobachters. Er habe »nicht an einer einzigen Sitzung des Sicherheitsrats teilgenommen, auf der die Struktur der bewaffneten Formationen des Landes erörtert wurde«, und er sei »immer abwesend, wenn Angelegenheiten diskutiert werden, bei denen die politische Führung des Landes anderer Meinung ist als das Militär«.[130]

Kudelina, so wird berichtet, werde regelrecht unter einem Berg von Papieren begraben, der sich tagtäglich in ihrem Büro auftürme. Sie sei von Fachleuten aus dem Militär umgeben, die über »bessere« Informationen verfügten und es verstünden, auf politische Ent-

128 Vladimir *Georgiev*, Novye ljudi v ministerstve oborony [Neue Leute im Verteidigungsministerium], in: Nezavisimaja gazeta (Internetausgabe), 17.5.2001; Vadim *Solov'ëv*, Slavoslovie na službe edinonačalija [Glorifizierung im Dienst der einheitlichen Führung], in: NVO (Internetausgabe), 30.11.2001.

129 Iwaschow war im Westen als »Hardliner« bekannt. An den »reformerischen« Qualitäten seines Nachfolgers sind allerdings Zweifel angebracht. – Zur herausragenden Stellung Tschobotows siehe *Solov'ëv*, Slavoslovie na službe edinonačalija [wie Fnm. 128], und Vadim *Solov'ëv*, V Minoborony grjadët čistka [Im Verteidigungsministerium naht eine Säuberung], in: NVO (Internetausgabe), 1.3.2002.

130 Salvat *Sulejmanov*, Sovbez vnov' korrektiruet plan voennoj reformy. Oppozicija v Genštabe razygrivaet kartu »zakriticheskogo« sostojanija armii [Der Generalstab korrigiert erneut den Plan der Militärreform: Die Opposition im Generalstab spielt die Karte der »kritischen« Situation in der Armee aus], in: Nezavisimaja gazeta (Internetausgabe), 4.6.2002; Vadim *Solov'ëv*, Generaly protiv ministra oborony [Die Generale gegen den Verteidigungsminister], in: Nezavisimaja gazeta (Internetausgabe), 2.3.2002.

scheidungen und die Zuteilung von Finanzmitteln einzuwirken.[131]

Vor allem Iwanow schwebt gewissermaßen im luftleeren Raum. Im Establishment wird sporadisch spekuliert, Putin habe vor, ihn zu ersetzen. Die Frage wäre nur: durch wen? Kwaschnin wird in diesem Zusammenhang genannt. Nach Meinung ziviler Militärfachleute wäre er aber definitiv nicht der richtige Mann. Er sei es gewesen, der ab 1999 die für die Beziehungen zwischen Generalstabschef und Verteidigungsminister charakteristische »Doppelherrschaft« im Ministerium errichtet habe, die erst mit der Ablösung Sergejews ein vorläufiges Ende fand. Kwaschnin habe »voluntaristische« und »bonapartistische« Neigungen. Mit neuen Machtbefugnissen ausgestattet, würde er mit seinen Widersachern in Verteidigungsministerium und Generalstab abrechnen. Die Maßnahmen, welche er ergreifen werde, könnten den »völligen Zusammenbruch der Streitkräfte herbeiführen«.[132]

Die Frage aber, wer es besser machen könnte, bleibt unbeantwortet. Darüber hinaus stellt sich die Frage, wer für das Scheitern der Militärreform verantwortlich ist.

Kto winowat? – Wer ist schuld?

Vertreter der politischen und der militärischen Führung des Landes schieben sich gegenseitig die Schuld zu. Andere sehen in der politischen Führung *und* dem Generalstab die Hauptverantwortlichen. So meint beispielsweise der in Pension geschickte General Iwaschow: »In den letzten zwei Jahren ist alles getan worden, um aus dem Verteidigungsministerium hohe Militärs zu verdrängen, die in Sachen Reformierung der Armee einen eigenen Standpunkt vertraten. Dieser Standpunkt unterschied sich vom Standpunkt des Generalstabs. Diese Personen konnten ihre Meinung jedoch vertreten und haben sich in keinerlei Intrigen hineinziehen lassen. Heute wird ihre Position durch die Wirklichkeit bestätigt, sie selbst sind jedoch nicht mehr im Amt.«[133]

131 *Solov'ëv*, V Minoborony grjadët čistka [wie Fn. 129].

132 Igor' *Korotčenko*, Štrichi k portretu načal'nika Genštaba [Konturen für ein Porträt des Chefs des Generalstabs], in: NVO (Internetausgabe), 1.3.2002.

133 Vladimir *Georgiev*, Leonid Ivašov, »Likvidacija baz za rubežom – strategičeskaja ošibka« [Leonid Iwaschow: »Die Auflösung der Basen im Ausland ist ein strategischer Fehler«], in: Nezavisimaja gazeta (Internetausgabe), 18.12.2001.

Es ist offensichtlich, daß Iwaschow sich zu denjenigen hohen Militärs rechnet, die einen eigenen Standpunkt vertreten haben. Aber auch seine Vorstellungen, wären sie in die Tat umgesetzt worden, hätten mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nichts an der Misere des russischen Militärwesens geändert.

Wie in anderen Situationen, in denen Akteure zwar die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen erkennen, diese aber nicht vollziehen können (»Reformstau«), ist dafür meist nicht ein einziger Faktor, sondern eine Kombination von Faktoren ursächlich. Dazu gehören in diesem Falle Politik und Persönlichkeit des Präsidenten.

Im Gegensatz zu Jelzin hat sich Putin intensiv mit militärischen Fragen befaßt. Ihm blieb auch keine andere Wahl. Seinen Aufstieg verdankt er dem Krieg in Tschetschenien, der wie alle Kriege Moral, Führungsqualitäten, Ausbildung, Ausrüstung und Organisationsstruktur der Streitkräfte auf den Prüfstand gestellt hat. Auch der Untergang der »Kursk« rückte Militärfragen grell ins Rampenlicht der russischen und internationalen Öffentlichkeit. Putin mußte auf die amerikanische NMD/BMD-Herausforderung, die NATO-Osterweiterung und den 11. September nicht nur international, sondern auch im Inneren, mit Anpassungen in der russischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik reagieren. Und schließlich konnte nicht länger hingenommen werden, daß die militärischen Führungsspitzen in aller Öffentlichkeit Jahr für Jahr den Zustand der Streitkräfte als »katastrophal« beklagten und sowohl pensionierte als auch aktive Generale und Admirale sich gegenseitig oder die politische Führung »verbrecherischer« und »verräterischer« Umtriebe bezichtigten, ohne daß der Präsident je ein Machtwort gesprochen und politische Lösungen aufgezeigt hätte.

Putin hat in der Tat starke Worte gefunden. Mittels strafferer Kontrollen über die Informationspolitik hat er die Kakophonie à la russe im Militärwesen eingedämmt. Aber im Gegensatz zu internationalen militärischen und sicherheitspolitischen Fragen wie NMD/BMD, NATO, NATO-Osterweiterung, Schließung russischer Militärbasen oder US-Militärpräsenz in Zentralasien und im Kaukasus hat er sich bei den internen russischen Militärfragen nicht durchsetzen können, es auch letzten Endes nicht energisch genug versucht. Zumindest ist seine Haltung ambivalent.

So kommt es zwar einerseits immer wieder vor, daß er Generale und Admirale ablöst, die sich entweder auf ihrem Posten als unfähig erwiesen haben (die Füh-

rungsriege der Nordmeerflotte nach der »Kursk«-Katastrophe), die politisch nicht mehr in die Landschaft passen (General Iwaschow) oder sich Befehlen widersetzten (General Troschew). Andererseits zeigt gerade die Troschew-Affäre die Widersprüchlichkeit in Putins Haltung zum Militär: Statt den General kommentarlos zu entlassen, ernannte er ihn zum »Koordinator der Aktivitäten aller Machtstrukturen in Tschetschenien«. Der Posten ist neu. Wenn die mit ihm verbundenen Funktionen möglicherweise auch nur beratender Natur sind, hat Putin letzten Endes mit diesem Schritt in gewisser Weise Troschews Weigerung akzeptiert, sich versetzen zu lassen, und demonstrativ die Rolle des Generals in Tschetschenien honoriert.[134]

Putins ambivalente Haltung zeigt sich auch darin, daß er dem Widerstand des Militärs gegen einen Bruch mit der sowjetischen Vergangenheit Vorschub leistet. So marschieren nach dem Willen von Präsident und Militärführung die russischen Streitkräfte und Sondertruppen erneut nach den Klängen der sowjetischen Nationalhymne, und bald soll auch wieder der rote Stern der Sowjetarmee auf ihren Uniformen prangen. Von Putin unwidersprochen blieb ebenfalls die im September 2002 von Kwaschnin unterzeichnete Direktive des Generalstabs über die Wiedereinführung des »Stellvertretenden Kommandeurs der Armee und Flotte für Erziehungsarbeit«. Die Direktive ist aus vier Gründen problematisch:

- Die Offiziere für Erziehungsarbeit *(ofizjery-wospitatel)*, soweit sie zivilen und politisch liberalen Grundsätzen anhängen, werden aller Voraussicht nach durch der Militärführung ideologisch genehmere Offiziere ersetzt. Damit ginge eine Anfang der neunziger Jahre eingeleitete Entwicklung ihrem Ende entgegen: Damals wurden die Politische Hauptverwaltung der Armee und Flotte (GPU) beim Verteidigungsministerium und die ihr nachgeordneten, kommunistisch-linientreuen Politorgane in der Truppe aufgelöst. Die GPU wurde durch eine Hauptverwaltung für Erziehungsarbeit ersetzt. Die kommunistischen Politoffiziere *(politruky)* wurden von Absolventen ziviler Hochschulen abgelöst, die ihren zweijährigen Wehrdienst abgeleistet hatten und sich weiter verpflichteten. Noch im Jahre 2002 machten die neuen Offiziere für Erziehungsarbeit rund 80% der Politoffiziere aus, der Rest wurde aus der Sowjetära übernommen. Allerdings waren die Vollmachten der neuen Offiziere rechtlich erheblich eingeschränkt, und ihr Einfluß war auch deswegen gering, weil sie in der Truppe isoliert waren.
- Jetzt erhält der Status neu zu ernennender Politoffiziere eine völlig neue Qualität: Sie werden mit Dienstvollmachten ausgestattet und »regieren« in der Truppe gemeinsam mit dem Kommandeur. Das Prinzip der Ein-Mann-Führung *(edinonatschalje)* wird somit wieder durch das Prinzip der Doppelführung *(dwojenatschalje)* ersetzt; auch in dieser Beziehung werden die russischen Streitkräfte wieder sowjetischen Vorbildern angepaßt.
- Die Direktive läßt sich schwerlich mit den von Putin geforderten Kürzungen der Personalstärke und der Beseitigung der »Kopflastigkeit« im Offizierskorps vereinbaren, denn ihr zufolge soll die Zahl der Generals- und Admiralsposten um weitere 55 Stellen wachsen.
- Der »zivile« Verteidigungsminister ist wiederum durch den Generalstabschef übergangen oder ausmanövriert worden, denn die Erziehungsarbeit in den Streitkräften gehört eindeutig zum Verantwortungsbereich Iwanows, nicht Kwaschnins.[135]

Putins Ambivalenz und seine mangelnde Bereitschaft, sich energisch gegen die Militärführung durchzusetzen, lassen sich aller Wahrscheinlichkeit nicht damit erklären, daß er eine Militärrevolte oder einen Umsturz befürchten müßte. Für »Bonapartismus« gibt es in der zaristischen, sowjetischen und neurussischen Geschichte keine Tradition; Putins Verfassungskompetenzen sind ebenso groß wie seine Popularität im Lande, und die Generale sind untereinander zerstritten. Er braucht trotz alledem den guten Willen der Streitkräfte und Sondertruppen sowohl für die Fortsetzung des Krieges in Tschetschenien als auch für die Umsetzung einer Reform des Militärwesens. Vielleicht will er deswegen die Militärs nicht mit grundsätzlichen Neuorientierungen »überfordern«, welche die Außenpolitik und die interne Militärpolitik betreffen.

Ein weiterer Grund für Putins mangelnde Durchsetzungsbereitschaft ist seine Haltung zu Politik, Gesellschaft und Militär. Er versteht sich nicht als radikaler Reformer. Sein Ansatz entspricht nicht der Zielvorstellung Gaidars, Kosyrews, Nemzows,

134 Natalja *Melnikova*, General Trošev – superkomandujuščij Čečnej [General Troschew –Superkommandeur Tschetscheniens], in: Nezavisimaja gazeta (Internetausgabe), 20.2.2003.

135 Zur neuen Direktive über die Politruks siehe Vladimir *Levin*, »Politruk« general Kwašnin gotovit armiju k vyboram [Der »Politruk« General Kwaschnin bereitet die Armee auf die Wahlen vor], in: Press-centr.ru (Integrum, online), 11.9.2002; Viktor *Litovkin*, Generaly, strojsja! [Generale, angetreten!], in: Vremja-MN (Integrum, online), 11.9.2002.

Kokoschins oder Jawlinskijs, die Anlehnung an den Westen in der Außenpolitik gezielt mit Liberalismus, Pluralismus und Demokratie im Innern sowie mit Transparenz und ziviler Kontrolle in der Militärpolitik zu verbinden. Putin will Recht und Ordnung im wahrsten Sinne des Wortes nach eigener Lesart mit Hilfe von Druck bis hin zur Anwendung von Gewalt (Tschetschenien) durchsetzen, und dazu braucht er die Machtministerien und Ämter, insbesondere die Ministerien für Verteidigung und Inneres sowie den FSB. Insofern ist es nicht verwunderlich, daß seine immer wieder geäußerte Kritik an den Generalen praktisch keine Konsequenzen nach sich zieht.

Die Rolle des Westens

Westliche Institutionen bemühen sich seit einem Jahrzehnt, einen Beitrag zur Integration des russischen Militärs in eine noch im Aufbau befindliche Zivilgesellschaft zu leisten. Mit Hilfe von Programmen, Lehrgängen und Seminaren für Generalstabsoffiziere und Offiziere der mittleren Führungsebene sollen Bewußtseinsveränderungen im russischen Offizierskorps bewirkt werden, um so auch eine breitere Basis für militärische und militärpolitische Zusammenarbeit zu schaffen.

Derartige Programme werden sowohl von der NATO, den Verteidigungsministerien westlicher Länder als auch von nationalen und internationalen Instituten für Politik und Sicherheit durchgeführt – beispielsweise von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin, dem Marshall Center in Garmisch, der John F. Kenndy School of Government in Cambridge, Massachusetts und dem International Institute for Strategic Studies (IISS) in London.

Die Erfahrungen westlicher Organisatoren und Teilnehmer an derartigen »Austauschbeziehungen« sind gemischt, im wesentlichen ernüchternd und entmutigend. Einige der wichtigsten Gründe dafür sind:

- Westliche Angebote werden im russischen Verteidigungsministerium oft lebhaft begrüßt, Einzelheiten von Programmen werden ausgearbeitet und vereinbart, dann aber nicht voll eingelöst. Es gibt also ein Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage.
- Das Mißverhältnis ist nicht auf einen Mangel an Interesse im Offizierskorps zurückzuführen, sondern auf mangelnde Bereitschaft der russischen Militärführung, über die Symbolik der Kooperation hinaus eine Verbreiterung der Kontakte zuzulassen. Zu vermuten ist, daß der Führung Sinn und Zweck der Austauschprogramme gerade aufgrund ihrer westlichen Ausrichtung ein Dorn im Auge sind. Sie will verhindern, daß russische Generale und höhere Offiziere mit Prinzipien der Inneren Führung und des Verhältnisses von Armee und Gesellschaft vertraut gemacht und in die NATO oder andere westliche Verteidigungsstrukturen »integriert« werden.
- Für diese Interpretation spricht, daß die Generale und höheren Offiziere, deren Teilnahme vom Generalstabschef genehmigt wird, oft nicht aus dem aktiven Truppendienst kommen, sondern aus der Hauptverwaltung für internationale militärische Zusammenarbeit, dem diplomatischen Arm des Verteidigungsministeriums. Sie sind darauf geeicht, Standpunkte des Verteidigungsministeriums und insbesondere des Generalstabs international zu vertreten. Der Gedanke, mit offenen Augen und Ohren in den Westen zu reisen, um etwas über seine Reformvorstellungen zu lernen und sie dann in Rußland einzuführen, würde ihnen absurd vorkommen.
- Ähnliches läßt sich für die Programme, Seminare und Lehrgänge an nationalen oder internationalen Verteidigungsakademien und in der Truppe sagen, an denen russische Offiziere der mittleren Ebene für einige Monate oder ein ganzes Jahr teilnehmen. Derartige Lehrgänge scheinen die Karriereaussichten ihrer russischen Absolventen eher zu bremsen als zu fördern. Es sieht so aus, als herrsche im Generalstab die Ansicht vor, daß die Lehrgangsteilnehmer nach ihrer Rückkehr an Abläufe und Ausrüstungen in der russischen Armee unrealistische »westliche« Maßstäbe und Erwartungen anlegten, sie also für den Dienst in den russischen Streitkräften »verdorben« seien.

Nach einem derartigen Fazit wäre es konsequent, die Austauschprogramme zu beenden. Das wäre immerhin ein ernsthafter symbolischer Akt. Im Wehrwesen würde er allerdings nichts bewirken. Politisch hätte er dagegen negative Auswirkungen: Der Militärführung würde das Argument in die Hand gegeben, der Westen sei zu ernsthafter Zusammenarbeit nicht bereit. Noch folgenschwerer aber wäre, daß durch diesen Schritt Putin bloßgestellt, das Scheitern seiner Militärpolitik noch deutlicher und seine Anlehnung an den Westen in Frage gestellt würde.

Der Präsident stellt ja in seiner Außen- und Sicherheitspolitik unter Beweis, daß er lernfähig und lernwillig ist. In der Militärpolitik ist er sich, wie oben dar-

gestellt, durchaus der Notwendigkeit umfassender Veränderungen bewußt. In dieser Überzeugung sollte er durch westliche Politiker, auf die er ja in anderen Fragen oft hört, bestärkt werden.

1. Konkret sollte, soweit das noch nicht geschehen ist, in Gesprächen mit Putin, mit anderen Politikern, hochrangigen Beamten der Präsidialadministration und der Regierung die Frage aufgeworfen werden, warum auch eine eng an »professionellen«, technokratischen Kriterien orientierte Reform des Militärwesens gescheitert ist. Diese Frage ist ebenso legitim und sollte genauso westliche Besorgnisse wiedergeben wie andere »sensible« Themen, die russische Gesprächspartner gerne schönfärben oder ganz ausklammern möchten: Einschränkungen der Pressefreiheit, Gefahren von Umweltverschmutzung durch stillgelegte Atom-U-Boote, Fragen der Lagerhaltung nuklearer Materialien und chemischer Waffen, Risiken der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen durch Transfer russischer Technologie sowie Probleme massiver Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien.
2. Bei der Kritik am russischen Vorgehen in Tschetschenien sollte tunlichst der Eindruck vermieden werden, als handle es sich dabei um bloße Pflichtappelle, eine Verunglimpfung des russischen Ansehens oder um humanitäre Streitfragen. Vielmehr sollte auch auf die verheerende Wirkungen hingewiesen werden, welche die mangelnde Verfolgung von Gewaltakten gegen die Zivilbevölkerung auf Moral und Disziplin der Truppe, auf die Verwirklichung einer umfassenden Militärreform und nicht zuletzt auch auf die Chancen einer politischen Lösung des Konflikts ausübt.
3. Auch in diesem Zusammenhang könnte der westliche Standpunkt deutlich gemacht werden, daß sich eine umfassende Militärreform substantiell von den russischen Bemühungen im letzten Jahrzehnt unterscheiden muß; daß Demokratie und Zivilgesellschaft ohne eine gesellschaftspolitisch orientierte Militärreform nicht vorstellbar sind; und daß sich eine so verstandene Militärreform und die von Putin *und* der Militärführung geforderte Erhöhung der Kampfbereitschaft der Streitkräfte nicht ausschließen, sondern einander gegenseitig bedingen.
4. Von politischem Gewicht ist außerdem das Argument, daß eine Ausweitung der Militärkooperation der NATO oder von NATO-Staaten mit Rußland kaum vorstellbar ist, solange die russische Armee unreformiert bleibt. Die Verbreiterung der Kontakte mit der NATO ist ja Teil der strategischen Westorientierung Putins, und für diesen Zweck gibt es auch ein Gremium, den neuen NATO–Rußland-Rat. Warum sollte Rußland nicht recht sein, was für die neuen Mitglieder der NATO billig ist: Anpassung an NATO-Standards nicht nur bei Rüstung und Ausrüstung, sondern auch bei der zivilen Kontrolle des Militärs sowie bei Struktur, Ausbildung und innerer Verfassung der Streitkräfte. Dies müßte vor allem bereits im Bewußtsein der politischen Führung Rußlands verankert sein, wenn die Voraussetzungen für eine künftige NATO-Mitgliedschaft Rußlands angesprochen werden sollen.
5. Mit den Offizieren sollten dagegen weniger allgemeine außen- und sicherheitspolitische Themen, sondern konkrete Fragen behandelt werden. Dazu gehört nicht nur ein Austausch darüber, wie man die Streitkräftestruktur an neue Herausforderungen anpassen könnte, sondern auch ein Gespräch über Probleme der Menschenführung, der Ausbildung, des inneren Dienstes, der Wehrpflicht und des zivilen Ersatzdienstes. Dabei sollte einerseits nach den Defiziten gefragt werden, auf die in der russischen Diskussion – auch in der Militärpresse – hingewiesen wird, andererseits sollten Informationsangebote mit Blick auf bewährte westliche Konzepte wie Innere Führung und Staatsbürger in Uniform bereitgehalten werden.

Vielleicht sollte die Hoffnung doch nicht ganz aufgegeben werden. Möglicherweise gibt es noch eine gewisse Aussicht auf Bewußtseins- und Verhaltensänderungen im russischen Militär. Diese Möglichkeit bestünde beispielsweise dann, wenn Putin an seiner strategischen Westorientierung festhielte und wenn mit Hilfe eines neuen Generalstabschefs und einer gezielten Personalpolitik die derzeit schwachen reformerischen Kräfte im Offizierskorps gestärkt würden. Auch mit Blick auf diese Option sollten die Austauschbeziehungen nicht abgebrochen werden.

Fazit

Im wesentlichen lassen sich bei einer Militärreform zwei Zielrichtungen unterscheiden: eine innen- oder gesellschaftspolitisch orientierte, die darauf gerichtet ist, das Militärwesen eines Staates mit seiner Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Einklang zu bringen, und eine technokratische, die vorwiegend militärische Leistungskriterien als Maßstab nimmt und auf Verbesserung der Einsatzfähigkeit, effizientere Nutzung vorhandener Finanzmittel, Modernisierung von Waffen und Ausrüstung sowie Steigerung der Moral der Truppe zielt.

In der Endphase der Amtszeit Präsident Gorbatschows und der Anfangsphase der Ära Jelzin stand die erste Zielrichtung im Vordergrund der Bemühungen; beide Phasen waren vom »Neuen Denken« auch in der Außen- und Sicherheitspolitik geprägt. Ab Herbst 1992 begannen sich jedoch konservative, nationalistische und »nationalpatriotische«, mit der Kommunistischen Partei zusammenwirkende Kräfte zu formieren und in breiter Front gegen den demokratisch, marktwirtschaftlich und westlich orientierten Kurs vorzugehen. Seitdem stehen technokratische und professionelle Aspekte im Vordergrund der Bemühungen des Präsidenten und der Generalität um eine Militärreform.

Hauptziel dieser Anstrengungen ist die Schaffung von Streitkräften, die – so Putin wörtlich – »kompakt, modern und gut bezahlt« sowie gut ausgebildet und ausgerüstet sind. Keine Massenarmee also, sondern Truppen mit erheblich verringertem Umfang. Drastische Personalkürzungen sollten entsprechend sowohl die Streitkräfte und »anderen Truppen« als auch Zivilangestellte in allen bewaffneten Kräften betreffen. Der verringerte Streitkräfteumfang wiederum sollte es ermöglichen, bis zum Jahre 2010 die Wehrpflicht abzuschaffen und eine Berufsarmee einzuführen.

Diesem Hauptziel sind folgende Zielsetzungen untergeordnet:

- Beseitigung der chronischen Unausgewogenheit der Verteidigungsausgaben zugunsten von Forschung und Entwicklung und zugunsten der Beschaffung neuer Waffensysteme.
- Erhalt und Teilmodernisierung des nuklearstrategischen Potentials bei Verschiebung der Prioritäten zugunsten der konventionellen Rüstung.
- Ausstattung der Streitkräfte mit hochentwickelter Technologie.
- Beseitigung überflüssiger und überholter Praktiken.
- Auflösung ineffizienter Organe und Ämter.
- Verbesserung von Qualität und Wirksamkeit der Infrastruktur sowie von Personalpolitik und Ausbildung.
- Gewährleistung der sozialen Sicherheit der Militärangehörigen.

Diese Zielsetzungen haben aber zunächst eher den Charakter von Wunschvorstellungen. In der Praxis ist mit ihrer Umsetzung – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen – nicht einmal begonnen worden. Zu den Ausnahmen scheint zu gehören, daß der Anteil der Personalkosten im Verhältnis zur Finanzierung von Forschung, Entwicklung und Beschaffung neuer Waffen verringert worden ist. Und im militärisch-industriellen Komplex, der hier nicht behandelt worden ist, läßt sich ein Konzentrationsprozeß feststellen, der eine gewisse Effizienzsteigerung mit sich gebracht hat. Ansonsten überwiegen die Defizite der Implementierung.

Kompakte, moderne und gut bezahlte sowie gut ausgebildete und ausgerüstete Streitkräfte sind weiterhin nicht in Sicht. Es gibt auch keine eigenständigen Krisenreaktionskräfte, die im Sinne der Grundsätze Flexibilität, Mobilität und Nachhaltigkeit schnell eingesetzt werden könnten. Das Programm der Truppenreduzierung ist ins Stocken geraten, so daß die derzeit rund 1 Mio. Mann umfassende Massenarmee noch 2010 existieren könnte. Vorliegenden Entwürfen des Verteidigungsministeriums, des Generalstabs und sogar der Union der Rechtskräfte (SPS) vom November 2002 zufolge soll nun doch die Wehrpflicht (wenn auch mit verkürzten Dienstzeiten) und somit das Mischsystem von Wehrpflichtigen und Berufssoldaten beibehalten werden. Auch unter Putin ist die Militärreform also nicht vorangekommen. Einige in der Jelzin-Ära vollzogenen Veränderungen der Organisationsstruktur sind sogar wieder rückgängig gemacht worden.

SWP-Berlin
Putins Militärpolitik
April 2003

Die Studie hat herausgearbeitet, warum die Reformbemühungen gescheitert sind. Ausschlaggebend dafür sind folgende vier Faktoren:

- Der auch im Generalstab als »desolat«, »katastrophal« und »kritisch« bewertete Zustand der Streitkräfte (und Sondertruppen), der schnelle Veränderungen zum Besseren auch bei richtig konzipierter und konsequent durchgeführter Reformpolitik nicht erwarten läßt.
- Mangelnde Reformbereitschaft und -fähigkeit der Militärführung, ein weiterhin »sowjetisch« geprägtes Weltbild des Offizierskorps, das Beharrungsvermögen der aufgeblähten Militärbürokratie und scharfe Auseinandersetzungen zwischen den Chefs der Teilstreitkräfte und Waffengattungen sowie zwischen Militärführung und politischer Führung (Verteidigungsminister und Präsident).
- Die schwache Führungsrolle eines Präsidenten, der zwar die Notwendigkeit weitreichender Veränderungen erkennt, aber nicht gewillt ist, das Notwendige durchzusetzen. Putin verhält sich vermutlich deshalb so, weil er selbst aus der Sowjetära überkommene Vorstellungen nicht überwunden hat, seine Haltung zum Militär und den Truppen des Innenministeriums und des FSB ambivalent ist und weil er negative Rückwirkungen auf seine Machtposition befürchtet, sobald er einen konfrontativen Kurs gegenüber dem Militär einschlägt.
- Der Krieg in Tschetschenien, der einerseits die »Machtstrukturen« politisch aufwertet und ihnen zusätzliche Finanzmittel beschert, sich andererseits aber – in der Weise, wie Putin die Truppen gewähren läßt – verheerend auf den Zustand der Streitkräfte und die Reformbemühungen auswirkt.

Das wirft noch einmal die Frage auf: Welchen Beitrag könnte die westliche Seite leisten, um den Reformstau zu überwinden? Über die am Ende des letzten Kapitels angegebenen Schritte hinaus derzeit wenig. Wenn es aber richtig ist, daß enge Verbindungen zwischen der fehlgeleiteten Tschetschenienpolitik Putins und dem Scheitern der Militärreform bestehen, könnte ein Hebel für neue Anstöße eine stärkere Mitsprache bei einer Normalisierung und Befriedung in Tschetschenien sein.

Die Lösung dieses europäischen Problems sollte als genauso dringlich angesehen werden wie die politische Neuordnung und Befriedung Afghanistans. Westliche Regierungen sollten überlegen, in welcher Form und unter welchen Bedingungen eine Mitsprache angemeldet werden könnte. Womöglich wäre eine Beteiligung an einer internationalen Friedenstruppe vorstellbar. Entsprechende Initiativen könnten, sogar noch vor den Parlamentswahlen im Dezember 2003 und den Präsidentschaftswahlen im März 2004, sogar auf offene Ohren Putins treffen. Untergräbt doch das Scheitern der Befriedung Tschetscheniens seine innenpolitische Stellung.

Abkürzungsverzeichnis

BMD	Ballistic Missile Defence
CRPI	Centr regional'nych prikladnych issledovanij [Zentrum für angewandte Forschung]
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
FAPSI	Federal'noe agenstvo pravitel'stvennoj svjasi i informacii pri prezidente Rossiiskoj Federacii [Föderale Agentur für Regierungskommunikation und Information beim Präsidenten der Russischen Föderation], zuständig für den Schutz und die Überwachung öffentlicher und privater Kommunikationseinrichtungen
FSB	Federal'naja služba bezopasnosti]Föderaler Gemheimdienst]
GPU	Gosudarstvennoe političeskoe upravlenie [Staatssicherheitsdienst]
GRU	Glavnoe političeskoe upravlenie [Politische Hauptverwaltung (der Armee und Flotte beim Verteidigungsministerium der Russischen Föderation)]
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
GUVR	Glavnoe upravlenie po vospitatel'noj rabote [Hauptverwaltung für Erziehungsarbeit]
IEPP	Institut ėkonomiki perehodnogo perioda [Institut für die Erforschung der Wirtschaft der Übergangsperiode]
IGFM	Internationale Gesellschaft für Menschenrechte
IHF	Internationale Helsinki-Föderation für Menschenrechte
IISS	International Institute for Strategic Studies
KFOR	Kosovo Force
KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti [Komitee für Staatssicherheit]
KSBR	Kollektivnye sily bystrogo razvërtyvanija [Gemeinsame schnelle Einsatzkräfte der GUS]
MWD	Ministerstvo Vnutrennych Del [Innenministerium]
NMD	National Missile Defense
NVO	Nesavisimoe voennoe obozrenie [Unabhängige Übersicht für Militärfragen], Wochenausgabe der Tageszeitung *Nezavisimaja gazeta*
OMON	Otdel milicii osobogo naznačenija [Abteilung der Miliz für besondere Aufgaben]
RFE	Radio Free Europe
RL	Radio Liberty
RTR	Russkoe televidenie i radioveščanie [Russisches Fernsehen und Rundfunk]

RUBOP	Regional'noe upravlenie po bor'be s organisovannoj prestupnost'ju [Regionalverwaltung für den Kampf gegen die organisierte Kriminalität], Sonderabteilung des Innenministeriums für die Ermittlungen bei Geiselnahme und die Suche nach Geiseln; die Abteilung hat Kontakte zu tschetschenischen Feldkommandeuren
RWSN	Raketnye vojska strategičeskogo nasnačenija [Strategische Raketentruppen]
SFOR	Stabilization Force
SMI	Sredstva massovoj informacii [Massenmedien]
SOBR	Special'nyj otrjad bystrogo reagirovanija [Sonderabteilung für schnelle Reaktion], Spezialkräfte des Innenministeriums u.a. für Geiselbefreiung
SPS	Sojuz pravych sil [Union der Rechtskräfte], russische liberaldemokratische Partei mit Boris Nemzow als Vorsitzendem